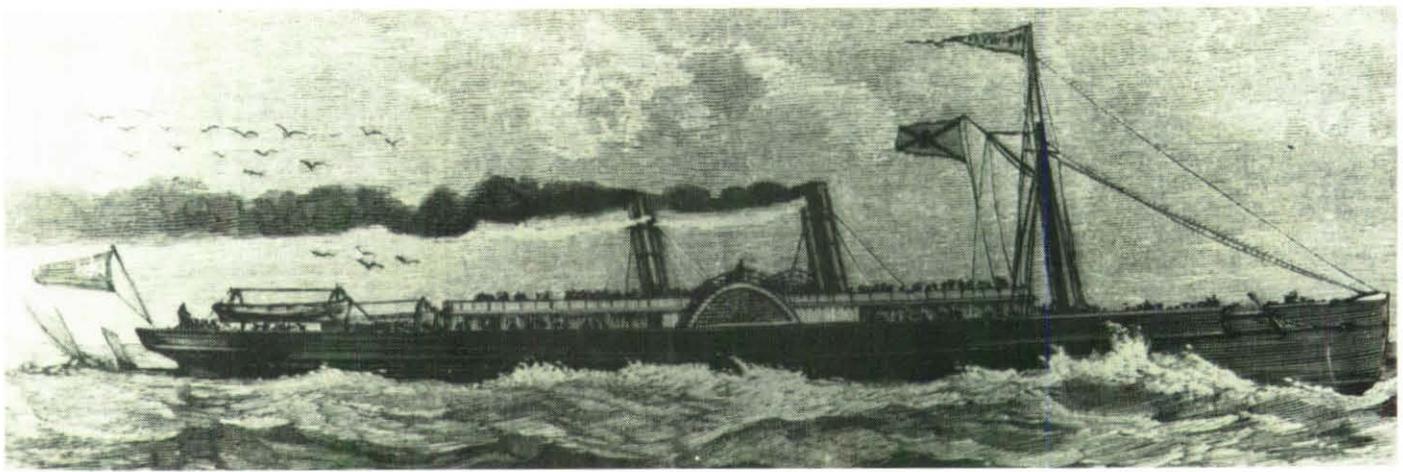


zivilschutz magazin





Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

Ausflugsdampfer in zwei Hälften gespalten

Heute: Der Untergang des Themseschiffes „Princess Alice“
am 3. September 1878

Dienstag, 3. September 1878, kurz vor 8 Uhr abends: Eine Vergnügungsfahrt der Londoner Dampfschiffahrtsgesellschaft – von London die Themse hinab bis nach Gravesend und Sherness mit anschließender Rückfahrt – geht allmählich zu Ende.

Fröhliches Treiben herrscht angesichts der gelungenen Fahrt unter den schätzungsweise 1 000 Passagieren und Besatzungsmitgliedern an Bord des Raddampfers „Prinzess Alice“.

Ausflugsfahrten dieser Art sind bei Londons Bürgern sehr beliebt, und so sind etliche Menschen mehr auf dem Schiff, als eigentlich zulässig ist. Später wird nicht eindeutig zu klären sein, ob dieser Umstand ausschlaggebend war für die nachfolgenden Ereignisse.

Der Salondampfer hat nun jenen Themseabschnitt erreicht, der Tripcock oder Barking Beach genannt wird. Soeben biegt das Schiff um eine kleine Landspitze namens Margaret Ness am südlichen Themseufer. Die Fahrt gegen die an diesem Tage ungewöhnlich starke Strömung vermindert sich rasch, der Kapitän der „Alice“ führt ein Wendemanöver durch, um so das Schiff mit dem Bug flussabwärts ans Ufer zu bringen.

In diesem Moment naht in schneller Fahrt

die „Bywell Castle“, ein gewaltiges eisernes Kohlenschiff. Der Schraubendampfer fährt unter vollem Dampf zu Tal, die starke Strömung gibt ihm zusätzliches Tempo. Mit Kohlen schwer beladen ist er auf dem Weg von Newcastle-upon-Tyne nach London.

Da taucht im vollen Mondlicht ein Hindernis



Nur etwa 200 Menschen können aus den Fluten der Themse gerettet werden. (Foto: Roden-Press)

auf: Die „Princess Alice“ hat ihr Wendemanöver noch nicht abgeschlossen – wie eine Wand steht sie quer zur Fahrinne!

Mit unvorstellbarer Wucht rammt die „Bywell Castle“ die Steuerbordseite der „Alice“, fährt förmlich durch sie hindurch. Der eiserne Bug des Kohlenschiffes spaltet den Salondampfer in zwei Hälften.

Zahllose Passagiere werden durch die Wucht des Anpralls über Bord geschleudert, bald darauf wimmelt es im Wasser von hilflosen Menschen.

Weitere Opfer kommen hinzu, als sich die beiden Teile des gerammten Schiffes mit Wasser füllen und binnen weniger Minuten in der Themse versinken.

Und wieder ist es die starke Strömung des Wassers, die das Schicksal vieler Menschen diesmal endgültig besiegelt. Zwar hat die „Bywell Castle“ unmittelbar nach dem Unglück beidreht und ihre Boote ausgesetzt. Von Bord aus werden Taue und schwimmende Gegenstände zu den im Wasser treibenden Menschen hingeworfen. Weitere Fahrzeuge beteiligen sich an den Rettungsversuchen.

Tatsächlich können durch die vereinten Anstrengungen etwa 200 Personen gerettet werden.

Doch um wieviel größer ist die Zahl derjenigen, die von der Strömung mit fortgerissen werden. Allein in den ersten Tagen nach dem Unfall werden nicht weniger als 558 Leichen aus dem Wasser gezogen, viele andere noch später.

Die Ursache des Unglücks kann im Anschluß nicht mit letzter Sicherheit ermittelt werden. Es wird vermutet, daß das Passagierschiff zu stark überladen war, um bei der herrschenden Strömung das Wendemanöver innerhalb kurzer Zeit durchzuführen.

Insgesamt kamen beim Untergang der „Prinzess Alice“ schätzungsweise 700 Männer, Frauen und Kinder ums Leben. Zahlreiche Familien sind durch dieses entsetzliche Unglück urplötzlich in tiefe Trauer versetzt worden.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Mai
5/86

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Der Schutzraumbau ist eine wichtige humanitäre Aufgabe“** 7
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann zum Schutzraumbau
- „Wo Not am Mann ist, helfen wir schnell und unbürokratisch“** 9
Katastrophen- und Notfallhilfe durch den Bundesgrenzschutz
- Katastrophenschutz auch im Winter** 15
Zivil-militärische Zusammenarbeit bei Manövern
- Für die Badesaison bestens vorbereitet** 17
DLRG-Wachleiter werden in ihre Aufgaben eingewiesen
- Möglichkeiten und Grenzen der Luftrettung heute** 21
Eine rückblickende Betrachtung aus medizinischer Sicht
- Unterrichtsthema: „Gefährliche Stoffe und Güter“** 26
Neues Seminar des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen
- Aus Protest wurde Zustimmung** 30
4 400 Schutzraumplätze in Wertheim
- Bundesverband für den Selbstschutz** 34
- Technisches Hilfswerk** 38
- DRK: Hohe Auszeichnung für Alfons Goppel** 43
- ASB: Technische Hilfe soll 1986 verstärkt werden** 45
- JUH: Unfallfolgedienst eine soziale Aufgabe der Johanniter-Unfall-Hilfe** 47
- MHD: Auf dem Prüfstand: Die neuen Vorschriften für die Helferausbildung** 51
- DFV: 5. Bundeswertungsspielen in Wissen/Sieg** 55
- DLRG: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfing Repräsentanten der DLRG** 57



Umschau

„HOSPITECH '86 Hannover“ zeigt Markt mit Zukunft

Die Technik im Krankenhaus unterliegt immer höheren Anforderungen insbesondere im Hinblick auf Hygiene und Zuverlässigkeit. So werden in den kommenden Jahren allein in der Bundesrepublik mehrere Milliarden Mark in Neubau und Sanierung, Einrichtung und Ausrüstung von Krankenhäusern sowie den dazugehörigen Dienstleistungen investiert.

Mit der „HOSPITECH '86 Hannover“ – 14. Kongreß und Ausstellung für Krankenhaustechnik – stellt der Messeplatz Hannover eine neue jährliche Veranstaltung für diesen Markt vor. Sie findet erstmals vom 11. bis 13. September 1986 auf dem Messegelände statt.

Das Kongreßprogramm steht 1986 unter dem Motto „Service und Technik im Krankenhaus“; mehr als vierzig renommierte Fachleute referieren über produkt- und serviceorientierte Themen der Krankenhaustechnik. Dieses zentrale und zugleich aktuelle Leitthema des Kongresses wendet sich an alle mit dem Gesundheitswesen mittelbar und unmittelbar befaßten Fachleute.

Mit dieser Informations- und Fortbildungsveranstaltung wird den Teilnehmern ein neutraler und verständlicher Überblick zur aktuellen Situation von Technik und technischem Service im Krankenhaus gegeben. An drei Tagen wird im Tagungs-Centrum auf dem Messegelände in Hannover in zwei parallelen Sektionen über den Aufbau, den Ablauf, die Konfliktbereiche und die Funktion von Service und Technik im Krankenhaus referiert und diskutiert.

Parallel zum umfangreichen Kongreßprogramm stellen bedeutende Unternehmen der Branche im Rahmen von Vorträgen, Seminaren und Workshops ihre Produkte und Systeme problemorientiert vor.

In der an das Tagungs-Centrum angrenzenden Halle 15 präsentieren zusätzlich über 100 Unternehmen Produkte und Weiterentwicklungen sowie Serviceangebote aus der umfangreichen Palette der Krankenhaustechnik.



Dekontamination am Grenzübergang Herleshausen

Die aus dem Ostblock kommenden Transport-Fahrzeuge aus EG-Ländern wurden nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl auf dem Rückweg in die Bundesrepublik am Grenzübergang Her-

leshausen in Nordhessen von oberflächiger Kontamination (radioaktiver Verschmutzung) gereinigt. Die Dekontamination wurde von spezialisierten Feuerwehr-Einheiten durchgeführt.

Schäden durch Regenfluten in Stuttgart

Am Abend des 29. April 1986 kam es durch rasch auftretende Gewitter, verbunden mit starken Regenfällen zu zahlreichen Schäden in der Landeshauptstadt Stuttgart.

Besonders schwer betroffen war der Südosten der Stadt. In den Stadtteilen Hedelfingen, Obertürkheim und Wangen wurden viele Straßen und Plätze sowie

Keller und andere tiefliegende Objekte überflutet. Die Kanalisation konnte diese plötzlichen Wassermassen nicht mehr fassen und ableiten. Auch Bäche liefen über.

Die Feuerwehr und das THW waren bis zum nächsten Tag im Einsatz, um die größten Schäden zu beseitigen.

TÜV untersuchte Verbandkästen

In jedem dritten Pkw sucht man im Notfall vergeblich nach brauchbarem Erste-Hilfe-Material. Zu diesem Ergebnis kam der Rheinisch-Westfälische TÜV (RWTÜV) Essen nach einer Untersuchung im Auftrage des Bundesverkehrsministeriums und der Bundesanstalt für Straßenwesen. In rund 1 000 Pkw hatte der RWTÜV die Verbandkästen genauer untersucht.

Während etwa jeder zehnte Autofahrer das vorgeschriebene Erste-Hilfe-Material überhaupt nicht mitführt, war bei weiteren 20 Prozent der Inhalt unvollständig oder nicht mehr brauchbar.

Über rostige Scheren, verdreckte Mullbinden und ausgetrocknete Heftpflaster waren die Autofahrer selbst überrascht. Manche Verbandkästen wurden sogar als Ersatzteillager oder Werkzeugkästen mißbraucht.

Verbeulte Kästen sowie abgerissene Scharniere und Verschlüsse waren häufig

die Ursachen für die Verschmutzung des im Ernstfall lebensrettenden Inhalts.

Der notwendige Inhalt von Erste-Hilfe-Kästen ist in der Norm DIN 13164 beschrieben. Daneben empfiehlt der RWTÜV aufgrund seiner Untersuchung:

- den Inhalt der Erste-Hilfe-Kästen/-Kissen stets entsprechend dem mitgelieferten Inhaltsverzeichnis auffüllen,
- den Verbandkasten befestigt im Auto unterbringen, jedoch so, daß man ihn im Notfall leicht findet,
- das Verbandmaterial so lagern, daß es vor direkter Sonneneinstrahlung und Hitze geschützt ist, damit das Heftpflaster nicht austrocknet.

Das ausführliche Ergebnis dieser repräsentativen Untersuchung wurde anlässlich des 6. Rettungskongresses des Deutschen Roten Kreuzes in Nürnberg der Öffentlichkeit vorgestellt.

Rettungsdienste können durch moderne Technik noch erfolgreicher werden

Ca. 250 Rettungsleitstellen sind das Rückgrat des Rettungswesens der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden pro Jahr rund 6 000 000 mal in Anspruch genommen, d. h. durchschnittlich jeder zehnte Bundesbürger ruft einmal im Jahr um Hilfe an. Dies ergibt statistisch 66 Anrufe pro Rettungsleitstelle pro Tag. Das flächendeckende Netz der Rettungsleitstellen ist das Nervensystem des Rettungsdienstes, der zusätzlich mit dem Brand- und Katastrophenschutz sowie mit den Polizeidiensten zusammenarbeiten muß. Die Rettungsleitstellen müssen ständig besetzt und erreichbar sein.

Nach Eintreffen des Hilfeersuchens koordiniert und steuert die Leitstelle den Einsatz der verfügbaren Rettungsmittel, wie beispielsweise Notarztwagen, Feuerwehrgewagen oder auch Rettungshubschrauber. Die Wirksamkeit der eingeleiteten Rettungsmaßnahmen hängt wesentlich davon ab, ob der Einsatzbearbeiter möglichst präzise über Art, Schwere und Ort des Unfalls informiert wird und ob er rasch und zuverlässig Kenntnis über die zur Verfügung stehenden Einsatzmittel hat. Auf der Basis dieser Informationen trifft er seine Einsatzentscheidung. Die Bereitstellung zusätzlicher Informationen, wie zum Beispiel über geeignete Krankenhäuser, deren Bettenbelegung oder gefährdende Stoffe (Gifte) bei Unfällen mit Transportfahrzeugen erleichtert eine schnelle und fundierte Einsatzentscheidung wesentlich.

Bei der Bewältigung dieser zeitkritischen Aufgabe können technische Kommunikations- und Informationssysteme den Einsatzbearbeiter wirkungsvoll unterstützen. So ermöglichen die automatische Standortermittlung der Einsatzfahrzeuge, die Datenkommunikation auf dem Funkweg, der Zugriff auf Dateien und die übersichtliche Darstellung dieser Informationen in der Leitzentrale einen raschen und zuverlässigen Überblick über die Notfallsituation und über die aktuelle Verfügbarkeit der Einsatzmittel. Im Rahmen des Programms Technische Kommunikation sollte das Modell einer integrierten rechnerunterstützten Einsatzleitstelle zeigen, daß die konsequente Anwendung moderner Informationstechnik zu einer Verbesserung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen führen kann.

Das entwickelte und realisierte Systemkonzept besteht aus folgenden Hauptkomponenten:

- Zentralrechner (Prozeßrechner)
- Arbeitsplatzsystem
- Datenfunksystem

- Funkmeldesystem
- Fahrzeug-Ortungssystem
- Dokumentationsanlage.

Der Zentralrechner steuert das Gesamtsystem; er verfügt über ein leistungsfähiges Datenbanksystem. Das wichtigste Glied dieser Kette sind die Arbeitsplatzsysteme. Diese sind so ausgelegt, daß sie den Bearbeiter wirkungsvoll unterstützen, wie folgendes Ablaufschema zeigt:

Annahme des Notrufs über Telefon oder Funkmeldesystem. Der Arbeitsplatzrechner bietet dem Bearbeiter automatisch auf dem Sichtschirm ein Bearbeitungsformular an, bei dem laufende Nummern, Uhrzeit des Anrufes und Arbeitsplatznummer eingetragen sind. Das Formular ist so gestaltet, daß alle wichtigen Informationen abgefragt werden: Unfall, Brand, Katastrophe, Ort, Personenschäden u. ä. Nach Eingabe des Ortes wird automatisch an einem angeschlossenen Mikrofichegerät die Notfallstelle im eingeblenden Stadtplan markiert. Hat der Einsatzbearbeiter ein ausreichendes Bild der Notfallsituation erhalten, kann er sich per Knopfdruck die dem Unfallort nächstpostierten Einsatzfahrzeuge (Feuerwehrgewagen, Krankenwagen, Notarztwagen) auf dem Sichtgerät mit dem Stadtplan und mit der Notfallstelle einblenden lassen. Die ausgewählten Einsatzfahrzeuge werden per Funk oder Alarmsystem in Marsch gesetzt und erhalten auf dem Weg gegebenenfalls ergänzende Informationen und Anweisungen. Beispielsweise kann mit Hilfe der Krankenhausdatei die nächstgelegene Unfallklinik ausgewählt

Überblick über zwölf Jahre Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg

Einen „Bericht über den Stand des Feuerwehrwesens in Baden-Württemberg 1973-1985“ haben Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium und der Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und Ehrenvorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Albert Bürger, der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach Darstellung von Staatssekretär Ruder gibt das Werk einen umfassenden Überblick über das Feuerwehrwesen in den letzten zwölf Jahren. Er dankte dem Verfasser, Albert Bürger, daß er sich bereitgefunden hat, diese sehr umfangreichen Informationen zusammenzutragen. „Außer Albert Bürger wäre kaum jemand in der Lage gewesen, das vorhandene Material zu sichten und das Wesentliche für den Bericht zusammenzufassen“, sagte Staatssekretär Ruder.

werden und dem Sanitäter übermittelt werden.

Während der Einsatz läuft, kann der Bearbeiter neue Anrufe annehmen und bearbeiten. Das alte Einsatzdokument verschwindet im Hintergrund und wird erst wieder durch die Meldung des Einsatzfahrzeuges oder durch den Bearbeiter selbst aktiviert. Statusmeldungen wie „Einsatz abgeschlossen“ oder „Fahrt zum Standort“ werden in codierter Form via Datenfunk automatisch in das Einsatzformular geschrieben. In einer „ruhigen Minute“ überprüft der Einsatzbearbeiter das abgeschlossene Formular und legt es im Dokumentensystem ab.

Die Standortbestimmung der Fahrzeuge erfolgt sowohl durch Statusmeldungen über an festgelegten Orten geparkter Fahrzeuge als auch durch ein fahrzeugautonomes Koppelnavigationssystem, welches den jeweiligen Standort anhand des zurückgelegten Weges und des Stadtplanes ermittelt. Die Informationsübertragung erfolgt über das Datenfunksystem.

Das System wurde im Frühjahr 1985 in der Feuerwehrzentrale des Stadt- und Landkreises Esslingen installiert und ist seit dem Start im Juli 1985 in Betrieb. Weitere Einzelheiten zum technischen System können von Dornier System GmbH, Postfach 1360, 7990 Friedrichshafen (Tel.: 0 75 45/81) angefordert werden. Fragen zur Anwendung des Systems beantwortet die Stadt Esslingen am Neckar, Bürgermeister, 7000 Esslingen/Neckar (Tel.: 07 11/3 51 21).



Der Bericht spricht – so Ruder – alle in der Zeit von 1973 bis 1985 aktuellen feuerwehrpolitischen Fragen an. Die Organisation und die Rechtsgrundlagen, die Finanzierung und die Sozialfürsorge im Feuerwehrwesen werden in ihren Veränderungen dargestellt, ebenso die Fortentwicklung der Feuerwehrentechnik, die Ausbildung der Feuerwehren und die Einsätze bei Katastrophen. Weiter wird über die Veranstaltungen des Verbandes, seine Öffentlichkeitsarbeit und die internationale Zusammenarbeit der Feuerwehrverbände informiert. Staatssekretär Ruder hat besonders auf die ausführliche Darstellung über die Jugendfeuerwehr in Baden-Württemberg hingewiesen. Der Leser könnte in diesem Abschnitt Einzelheiten über die Gründung der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg im Jahr 1973 und über deren weitere Entwicklung erfahren. „In dem Bericht wird deutlich, daß den Angehörigen der Jugendfeuerwehren neben der fachlichen Ausbildung eine vielseitige und lehrreiche Freizeitgestaltung angeboten wird,“ sagte Staatssekretär Ruder. „Ich hoffe sehr, daß dieser Bericht mit dazu beitragen wird, weitere Jugendfeuerwehren in den Gemeindefeuerwehren zu bilden.“

Albert Bürger hat in den vergangenen knapp 40 Jahren das Feuerwehrwesen als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (1952 bis 1981), als Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Württemberg (1952 bis 1972) und des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg (1973 bis 1984) maßgeblich mitbeeinflusst. Außerdem ist Herr Bürger als Vizepräsident des Internationalen Komitees für Feuerwehren auch über die Bundesrepublik hinaus tätig gewesen. Ruder: „Wesentliche Neuerungen, die in dem Bericht dargestellt sind, hat Albert Bürger selbst mitgestaltet.“ Dies erkläre auch die Sachkenntnis, von der der Bericht zeugt.

Der „Bericht über den Stand des Feuerwehrwesens in Baden-Württemberg 1973–1985“ sollte – so Ruder – zur Grundausstattung jeder Gemeindefeuerwehr und jeder Abteilungsfirewehr in Baden-Württemberg gehören. Das Innenministerium hat die Herstellung des Berichts finanziell unterstützt. (Bezug über die Geschäftsstelle des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, 7030 Böblingen, Röhrer Weg 12, Telefon 0 70 31/27 68 81.)

Stade: Über tausend Helfer probten den Ernstfall

Überall liegen Menschen. Sie haben schwere Verletzungen. Einige schreien laut, andere stöhnen. Ein Flugzeug mit



mehr als 100 Passagieren ist bei einer Notlandung zerschellt, anschließend explodiert. Mehrere Wrackteile brennen lichterloh. Den ersten Helfern bietet sich ein Bild des Grauens. Sie stehen der Situation zunächst hilflos gegenüber.

So echt war am Sonnabend, 3. Mai 1986, ein Unglück simuliert worden. Ähnlich sah es an vier weiteren „Unfallorten“ aus. Der Landkreis Stade probte mit seinen freiwilligen Hilfsorganisationen den Ernstfall unter Katastrophenbedingungen. Rund 1 030 Personen waren an der Großübung beteiligt.

Morgens gegen 5.30 Uhr heulten in vielen Dörfern des Landkreises die Sirenen, piepten bei vielen freiwilligen Helfern die Funkmeldeempfänger und klingelte in manchem Haus das Telefon.

Die Führungskräfte des Katastrophenschutzstabes waren schon nach und nach ab 2.00 Uhr im Kreishaus eingetroffen, um gemeinsame Einsätze zu koordinieren und vorzubereiten.

An der Veranstaltung waren beteiligt: Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Polizei, Bundeswehr und der Stab des Hauptverwaltungsbeamten des Stadter Landkreises.

Besonders geprobt werden sollte die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzstabes, der Aufbau von Fernmeldemitteln und die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen. Als Einsatzziele hatte der Landkreis wieder die „Schadensstellen“ wie bei der letzten großen Katastrophenschutzübung vor zwei Jahren gewählt, um „Lernerfolge zu erkennen“.

Als Ausgangssituation der Übung wurde ein großes Unwetter mit höchsten Windstärken angenommen, bei dem sich gleichzeitig mehrere Unfälle ereigneten.

Der Flugzeugabsturz wurde auf dem Agathenburger Flugplatz simuliert.

Beobachtern fiel auf, daß die Mannschaften überwiegend selbständig arbeiteten. Kein Leiter gab konkrete Anweisungen. Deshalb fehlte auch teilweise eine gewisse Koordination und Planmäßigkeit. Mängel gab es auch in der Verbindung vom Führungsstab im Kreishaus zu den technischen Einsatzleitungen, kritisierten einige Teilnehmer. Die Mannschaften vor Ort beklagten die oft langen Wartezeiten, bevor sie eingesetzt wurden.

In einer Ziegelei mußten nach einer Explosion viele „Verletzte“ geborgen werden. Auch wurde ein Gebäudeteil in Brand gesteckt. Eine riesige Rauchwolke, die kilometerweit zu sehen war, stieg in den Himmel. Doch das Feuer war bald gelöscht.

In Aspe wurde ein Zusammenstoß zwischen einem Zug und Bus simuliert. Nach einem „Unglück“ mit einem vollbesetzten Fährrschiff kamen die Boote der Katastrophenschutz-Organisation auf der Elbe bei Krautsand zum Einsatz. Bei der Lühebrücke in Guderhandviertel „stürzte“ ein Tanklastzug um. Dabei „liefen“ 20 000 Liter Kraftstoff aus, die den Flußlauf verseuchten.

Alle „Verletzten“ der verschiedenen Übungsstationen wurden zu einer Sammelstelle gefahren, die in der Turnhalle der Berufsbildenden Schule in Stade eingerichtet worden war.

Es seien sicherlich Fehler vorgekommen und Mängel aufgedeckt worden, meinte Oberkreisdirektor Dieter Diekmann, zum Abschluß der Übung. Über die Schwächen soll nach Auswertung der Checklisten der Jury ausführlich beraten werden.

Zu unserem Foto: Teilweise unter schwerem Atemschutz bergen die Einsatzkräfte die „Verletzten“.

Ein „Feuerwehr-Trompeter“ in Grünenbach

Als historischer „Feuerwehr-Trompeter“ ist jetzt – nach fast 20jähriger Pause – Georg König einem alten Brauch in Grünenbach (Landkreis Lindau) gefolgt: Mit Trompete und Dienstfahrrad ist er unterwegs. Von der Sirene war der Feuerwehrmann ursprünglich in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden, doch jetzt bläst er wieder streng nach Dienstplan die



Feuerwehrmänner zu den wöchentlichen Übungen zusammen. Die Noten hatte Georg König bereits im Jahre 1956 ordnungsgemäß von seinem Vorgänger übernommen, der seinerseits als „Feuerwehr-Trompeter“ seit 1919 aktiv war.

(Foto: dpa)

Drei Menschen starben bei Verkehrsunfall

Ein tragischer Verkehrsunfall auf der Bundesstraße 51 in Ostercappeln forderte drei Menschenleben. Ein 18jähriger Mann fuhr mit seinem Wagen in Richtung Osnabrück und geriet aus bisher unbekanntem Gründen in einer langgezogenen Rechtskurve immer mehr auf die Gegenfahrbahn. Dort stieß er mit zwei entgegenkommenden Motorradfahrern zusammen. Das erste Motorrad bohrte sich förmlich in den Personenwagen, der sofort Feuer fing und in hellen Flammen stand. Der Autofahrer verbrannte in seinem Fahrzeug. Auch für die beiden Motorradfahrer kam jede Hilfe zu spät. Einer von ihnen war auf der Stelle tot, der andere starb trotz aller ärztlichen Bemühungen im Rettungshubschrauber.

Die Freiwillige Feuerwehr nahm die Löscharbeiten vor und auch den Ab-



sperrdienst auf der Bundesstraße. Dort hatten sich wegen des regen Ausflugsverkehrs Schlangen von mehreren hundert Metern gebildet.

Die Staatsanwaltschaft nahm noch an der Unfallstelle die Ermittlungen nach der Unfallursache auf.

(Foto: Wöhrmann)

Auffahrunfall von Güterzügen

Zwölf Waggons und eine Elektrolokomotive wurden schwer beschädigt, als auf der Bahnstrecke Kassel–Frankfurt bei Baunatal-Rengerhausen (Schwalm-Eder-Kreis) ein Güterzug auf einen stehenden Güterzug auffuhr. Es entstand hoher Sachschaden.

Ein Nahverkehrsgüterzug war in den frühen Morgenstunden auf einen im Bahnhof haltenden Durchgangsgüterverkehrszug aufgefahren. Die Lokomotive und zwölf Waggons des auffahrenden Zuges

entgleiten, fünf der Waggons stürzten um. Nach Angaben der Bundesbahn wurde der Zugführer eingeklemmt und konnte erst nach einigen Stunden von Rettungsdiensten befreit werden. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Aus den umgestürzten Wagen lief zentnerweise Zucker aus. Erst am späten Nachmittag war die zweigleisige Strecke Kassel–Frankfurt wieder eingeleisig befahrbar.

(Foto: dpa)



Zusätzliche Fachdienstaus-rüstung für die Fernmeldezüge

Die Zugführer der acht in Rheinland-Pfalz stationierten THW-Fernmeldezüge (Westerburg, Andernach, Speicher, Birkenfeld, Bad Kreuznach, Alzey, Pirmasens und Herxheim) konnten jüngst vom Vertreter des Ministeriums des Innern und für Sport zusätzliche Fachdienstaus-rüstung in Empfang nehmen, welche aus Landesmitteln beschafft wurde.

Für jeden Zug wurde ein Funkgerät FuG 9 c mit folgendem Material übergeben: Ein Relaisstellenzusatz für RS-1- und RS-2-Betrieb (große Relaisstelle), um somit eine Überleitung von einem 4-m-Kanal zum anderen oder von einem 2-m-Kanal auf einen 4-m-Kanal zu ermöglichen, ferner eine 2-m-/4-m-kombinierte Rundstrahlantenne, die einen gleichzeitigen Betrieb auf 2 m und 4 m erlaubt, eine 2-m-Richtfunkantenne für den Aufbau einer 2-m-Richtfunkstrecke, zwei je 30 m lange HF-Kabellängen, drei verschiedene Teile zur Befestigung der Antennen im Gelände (Mastbefestigung, an Gebäudeecken und für Brüstungsbefestigung); eine HF-Weiche mit Abschlußwiderstand erlaubt ferner das Zusammenschalten von zwei Funkgeräten auf eine Antenne, 2 m/4 m oder 4 m/4 m. Die gesamte Ausrüstung ist auf dem GBKW (Geräte- und Betriebskraftwagen) verlastet. Das Funkgerät wird mit der Autohalterung und der Autoantenne in den Funkwagen Nr. 1 (Beschaffung 1984 gegenüber Funkwagen Nr. 2, Beschaffung 1979) eingebaut.

Mit dem im Funkwagen vorhandenen Netzteil ist auch ein Betrieb außerhalb des Fahrzeugs möglich. Es ist hierbei vorwiegend daran gedacht, eine 2-m-Relaisstelle RS 1 im Gelände errichten zu können, z. B. an einem Aussichtsturm.

Diese Ausrüstung ermöglicht den Katastrophenschutzkräften im Einsatzfall, auch im schwierigen Gelände, wie es in Rheinland-Pfalz anzutreffen ist, eine sichere Funkverbindung auf 2-m-Kanälen herzustellen.

„Schulweg-Ratgeber“ des ADAC

Straßenverkehr ist Streß – besonders für Kinder, die alles andere im Kopf haben als Autos, Ampeln oder Achtungsschilder. Deswegen müssen sich besonders die Eltern viel Zeit nehmen, ihre Sprößlinge mit den täglichen Gefahren auf der Straße vertraut zu machen. Der ADAC hat in seinem soeben erschienenen „Schulweg-Ratgeber“ Tips zusammengestellt, wie man Kinder als Fußgänger, Radfahrer und Schulbus-Benutzer auf den Verkehrsalltag vorbereitet.

Der Ratgeber richtet sich aber nicht nur an Eltern, sondern an alle Erwachsenen, und zeigt ihnen, wie Kinder ihrem Entwicklungsstand entsprechend reagieren.

Insbesondere die Autofahrer werden darüber informiert, warum Kinder so leicht

abzulenken sind, manche Verkehrssituationen falsch einschätzen oder sich unerwartet verhalten.

Der „Schulweg-Ratgeber“ ist ab sofort in allen ADAC-Geschäftsstellen kostenlos zu haben.

„Zukunfts-Feuerwehr“ vorgestellt

Beim „Brandschutz von übermorgen“ könnte – so meint zumindest ein Aussteller auf der Hannover-Messe „Industrie '86“ – die Feuerwehr auf Luftkissen-Fahrzeugen kommen. Auf dem Stand des Unternehmens in Hannover wurde zu dieser Idee auch gleich ein Modell für ein

derartiges, ungewöhnlich aussehendes Fahrzeug vorgestellt. Die Luftkissen-Rettungsfahrzeuge sollen vor allem für Feuerwehren auf Flughäfen interessant sein, die sich in der Nähe von Gewässern oder Sumpfgebieten befinden.

(Foto: dpa)



Kombiniertes Ölbekämpfungs- und Feuerlöschschiff

Ein kombiniertes Ölbekämpfungs- und Feuerlöschschiff mit dem Namen „Kiel“ ist auf der Kieler Förde seiner Bestimmung übergeben worden. Das knapp 50 Meter lange Boot ist ausgerüstet mit Einrichtungen zur Übernahme und Abgabe von wasserhaltigen Ölgemischen, sowie zur Aufnahme von auf dem Wasser schwimmenden Öl. Für die Brandbekämpfung stehen zwei Löschpumpen mit einer Förderleistung von jeweils 9 000 Liter pro Minute zur Verfügung. Zum Eigenschutz ist die „Kiel“ mit einer Sicherheits-Sprühanlage ausgerüstet. Bei ihrer Präsentation auf der Kieler Förde führte die „Kiel“ auch ihre leistungsfähigen Feuerlösch-Wasserkanonen vor.

(Foto: dpa)



Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann:

„Der Schutzraumbau ist eine wichtige humanitäre Aufgabe“

Die Bundesregierung stellt 1986 erstmals mehr als 100 Millionen Mark für die Förderung neuer Schutzräume zur Verfügung

Der nachfolgende Artikel des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, zum Thema Schutzraumbau stellt eine überarbeitete Fassung eines Beitrags für die Zeitung „Die Welt“ vom 24. April 1986 dar.

„Der Schutzraumbau ist ein besonders wichtiger, zugleich aber auch ein mit vielen Problemen belasteter Aufgabenbereich des Zivilschutzes. Als schwierig erweist sich bereits eine vorurteilsfreie Behandlung der Frage ‚Brauchen wir eigentlich Schutzräume in der Bundesrepublik Deutschland?‘

Die Diskussion dieser Frage – sie ist so alt wie der Zivilschutz selbst – kommt nicht zur Ruhe. Sie ist oft mehr durch Lautstärke als durch Überzeugungskraft geprägt und wird mit emotionalem Engagement stärker von den Gegnern als von den Befürwortern des Schutzraumbaus geführt. Es verwundert deshalb nicht, daß der Bürger Schwierigkeiten hat, sich selbst ein zuverlässiges Urteil über die Notwendigkeit von Schutzräumen zu bilden.

Keine Alternativen zum Schutzraumbau

Unter Fachleuten unterschiedlicher politischer Couleur, die durch umfassende Sachkunde als Experten der zivilen Verteidigung legitimiert sind, ist indessen unbestritten: Schutzräume sind notwendig und unverzichtbar, weil sie – weit mehr als alle anderen Zivilschutzmaßnahmen – die Überlebenschancen der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall vergrößern. Sie bieten Schutz auch in Fällen ‚ziviler Katastrophen‘. Schutzraumbau kann nicht ersetzt werden durch noch so aufwendige Rettungsmaßnahmen, die ihre Wirkung erst entfalten, wenn der Schutz versagt hat.

Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann: „Bei der Errichtung von Hauschutzräumen in Wohngebieten kann jeder mit der Hilfe des Staates rechnen.“



Dieser Erkenntnis entspricht die Intensität unserer Schutzbauaktivitäten leider nicht. Die Wirklichkeit zwingt vielmehr zu der nüchternen Feststellung: die Schutzraumversorgung in der Bundesrepublik ist noch immer unzureichend. In der Schweiz sind für rd. 85 % der Bevölkerung und in Schweden für rd. 70 % der Bevölkerung Plätze in vollausgebauten Schutzräumen vorhanden. Ende 1985 standen bundesweit nur rund 2,4 Mio. Schutzplätze zur Verfügung. Dies bedeutet: nur für 4 % der Bevölkerung, d. h. nur für jeden 25. unserer Bürger, sind tatsächlich Schutzräume vorhanden.

Der Grund für die bestehende Mangelsitu-

tion ist ebenso einfach wie einsichtig: es ist nicht gelungen, den kriegsbedingten Wiederaufbau unserer Städte für die gleichzeitige Errichtung von Schutzräumen in ausreichender Zahl zu nutzen.

Hinzu kommt, daß gewisse politische Kräfte – allen voran Friedensbewegung und GRÜNE – nicht müde werden, den Zivilschutz insgesamt, insbesondere aber den Schutzraumbau als Akt der Kriegsvorbereitung zu diffamieren. Diese Diffamierung hat leider gerade auf die privaten Schutzbauaktivitäten einen starken negativen Einfluß. Ihr muß nachdrücklich entgegengetreten werden.

Eine wichtige humanitäre Aufgabe

Kein vernünftiger Mensch käme auf den Gedanken, die Schweiz oder Schweden, Staaten mit einem vorbildlich ausgebauten Zivilschutz und einer nahezu vollständigen Schutzraumversorgung ihrer Bevölkerung, der Kriegsvorbereitung zu verdächtigen! Einen solchen Verdacht kann und muß auch die Bundesregierung von sich weisen, weil sie eine konsequente Politik der Friedenserhaltung und Friedenssicherung betreibt. Ein Angriffskrieg und seine Vorbereitung werden von unserer Verfassung ausdrücklich verboten. In Wahrheit ist der Schutzraumbau eine wichtige humanitäre Aufgabe, weil er der Erhaltung und Rettung menschlichen Lebens dient.

Höhere Investitionsmittel

Gegenwärtig wird Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich auf freiwilliger Grundlage betrieben. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen, wie sie im Schutzbaugesetz von 1965 vorgesehen war, mußte wieder suspendiert werden, weil die verfügbaren Haushaltsmittel zur Finanzierung nicht ausreichten. Das Freiwilligkeitsprinzip ist im Grunde die entscheidende Ursache für die noch immer unbefriedigende Situation im Schutzraumbau. Doch Besserung ist in Sicht.

Seit dem Amtsantritt der Bundesregierung im Herbst 1982 ist es gelungen, die Investitionsmittel für den Schutzraumbau im Bundeshaushalt beträchtlich zu erhöhen. 1986 stehen erstmals mehr als 100 Mio. DM für die Förderung des Schutzraumbaus zur Verfügung, ein Betrag, mit dem mehr als 100 000 neue Schutzplätze geschaffen werden können. Schutzräume mit weiteren ca. 500 000 Schutzplätzen befinden sich im Bau bzw. in der Planung und werden voraussichtlich bis 1989 fertiggestellt sein.

Bei aller Freude über diesen Fortschritt stimmt es bedenklich, daß die Schutzplätze in privaten Hausschutzräumen nur mit ca. 3 % am gesamten Schutzplatzzuwachs beteiligt sind, wo doch gerade der Bau eines neuen Wohngebäudes die unwiederbringliche Gelegenheit bietet, sich eine wirksame Schutzmöglichkeit im eigenen Haus zu schaffen. Ich appelliere deshalb an alle Bürger, sich ihrer Eigenverantwortung bewußt zu sein und die ihnen möglichen Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Finanzielle Hilfe zur Selbsthilfe

Keiner ist hierbei auf sich selbst gestellt, jeder kann mit der Hilfe des Staates rech-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachgebietsleiter/-in Ausbildung/Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz**
Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –
2. **Fachgebietsleiter/-in Ausbildung bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover**
Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –
3. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Kaufbeuren**
Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –
4. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Heilbronn**
Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –
5. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Offenburg**
Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –
6. **Fachbearbeiter/-in im Fachgebiet Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Bayern in München**
Verg.-Gr. Vb BAT – ab sofort –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Juni 1986** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
Bundeshauptstelle
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Telefon 0221/4988-1**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

nen. Für die Errichtung von Hausschutzräumen in Wohngebieten werden unabhängig von der Höhe des Einkommens des Bauherrn – gestaffelt nach der Zahl der zu schaffenden Schutzplätze – Zuschüsse in Höhe von 4 900 DM bis 16 800 DM gewährt, die auf Antrag baubegleitend – also ohne Wartezeiten – zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können die mit den Zuschüssen nicht gedeckten Mehrkosten im Rahmen von Höchstbeträgen steuerlich abgesetzt werden.

Allerdings kann die Hilfe des Staates immer nur eine Hilfe zur Selbsthilfe des Bürgers sein. Die Finanzkraft des Staates reicht nun einmal nicht aus, den Bürger auf Staatskosten, sozusagen „prämienfrei“, gegen alle

Fährnisse des Lebens zu sichern und zu schützen.

Zukunftserwartungen

Bei einer nüchternen Beurteilung der tendenziellen Entwicklung gerade der privaten Schutzbaupflicht erzielt werden Anlaß zu optimistischer Erwartung. Es ver-rät schon eher Realitätsinn, wenn man davon ausgeht, daß ausreichende Zuwächse im Schutzraumbau auch mittel- und langfristig wohl nur durch Einführung einer gesetzlichen Schutzbaupflicht erzielt werden können. Der Bund jedenfalls geht im Bereich des öffentlichen Schutzraumbaus mit gutem Beispiel voran."

„Wo Not am Mann ist, helfen wir schnell und unbürokratisch“

Die technische Ausstattung des BGS eignet sich zur Bekämpfung einer Vielzahl von Gefahren

Feuer in der Kinderklinik: 175 Kinder wurden Anfang Februar aus der Johanniter-Kinderklinik in St. Augustin bei Bonn evakuiert. Die kranken Kinder und Säuglinge mußten in Sicherheit gebracht werden, nachdem durch die Klimaanlage beißender Qualm in alle Räume drang und die Gefahr von Rauchvergiftungen bestand.

Das gesamte anwesende Klinikpersonal beteiligte sich an den Rettungsmaßnahmen; Feuerwehrleute waren im Einsatz, ebenso Angehörige der Rettungsdienste und zusätzlich 43 Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS). Nach der Räumung der Klinik kamen die kleinen Patienten zunächst in ein Notaufnahmelaager, das in der benachbarten Krankenpflegeschule errichtet worden war.

Teils mit Rettungsfahrzeugen, überwiegend jedoch mit Hubschraubern wurden unterdessen die für Neugeborene und schwerkranke Kleinkinder dringend benötigten Transportinkubatoren und Brutkästen herbeigebracht. Auch die anschließende Verlegung eines Teils der Patienten in Ausweichkrankenhäuser bis hin nach Münster in Westfalen wurde z.T. mit Fahrzeugen, z.T. mit Hubschraubern durchgeführt.

Noch bevor alle Kinder das Notaufnahmelaager wieder verlassen hatten, brach dort die Stromversorgung zusammen, so daß blitzschnell eine provisorische eingerichtet werden mußte. Ohne Strom wäre es nicht möglich gewesen, die notwendige Temperatur in den Brutkästen aufrecht zu erhalten.

In der Klinik selbst waren durch den Brand Zuleitungen zu den einzelnen Gebäudeteilen verschmort, so daß die hauseigene Notstromanlage wirkungslos blieb. Die Strom-

versorgung mußte aber unbedingt sichergestellt werden, denn andernfalls hätten die Chirurgen eine kurz zuvor begonnene Herzoperation nicht zu Ende führen können. Das große Notstromaggregat vom nahegelegenen Grenzschutzkommando West sicherte aber schnell die nötige Energieversorgung, so daß auch das operierte Kind die Rettungsaktion ohne Schaden überstand.

Dieser aufsehenerregende Notfall war für das Zivilschutz-Magazin Anlaß, sich bei führenden Grenzschutz-Offizieren in St. Augustin darüber zu informieren, welche personellen und technischen Kapazitäten des BGS für die Mitwirkung in der Katastrophen- und Notfallhilfe besonders geeignet sind.

Schnelle und unbürokratische Hilfe

Für Abteilungskommandeur Rudolf Zimmermann – Polizeidirektor im Bundesgrenzschutz – sind solche Hilfsaktionen seiner Abteilung eine Selbstverständlichkeit: „Wenn – wie im geschilderten Falle – offensichtlich Hilfe gebraucht wird, dann beteiligen wir uns natürlich daran. Im Rahmen unserer technischen und personellen Möglichkeiten geschieht das schnell und unbürokratisch.“

Dieser Grundsatz findet im gesamten Dienstbereich des Bundesgrenzschutzes, insbesondere an den Truppenstandorten Anwendung und beschränkt sich nicht allein auf Notfälle wie in St. Augustin; ebenso wird schnelle und unbürokratische Hilfe

auch bei größeren technischen Unglücksfällen und Naturkatastrophen geleistet.

Polizeiliche Aufgaben im Vordergrund

Dennoch – solche Einsätze gehören prinzipiell in den Zuständigkeitsbereich der Rettungsdienste sowie der Katastrophenschutz-Organisationen, nicht hingegen zur Tagesordnung der rund 20 000 Grenzschutz-Beamten in der Bundesrepublik Deutschland. Deren primäre Aufgaben sind eindeutig polizeilicher Natur, worunter Überwachung und Kontrolle der Grenzen und des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie der Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte zu verstehen ist.

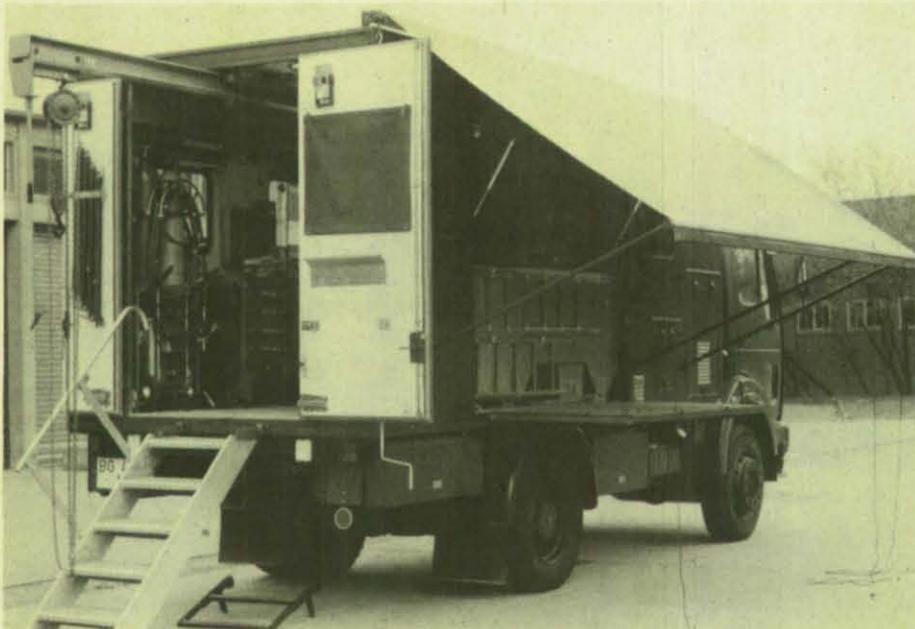
Zur Erfüllung dieser Aufgaben verfügt der BGS über eine Vielzahl speziell ausgebildeter Polizeibeamter sowie entsprechende Geräte, Maschinen und Fahrzeuge für den polizeilichen Einsatz. „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“ – zur Erfüllung dieser polizeitypischen Aufgabe wurde der Bundesgrenzschutz geschaffen.

Mitwirkung gesetzlich geregelt

Jedoch aus der Erkenntnis heraus, daß sich die personelle wie materielle Kapazität des BGS nicht nur für die vorgesehenen polizeilichen Aufgaben eignet, sondern darüber hinaus grundsätzlich auch für den Einsatz bei Katastrophen- oder Unglücksfällen, ist von den verfassungsgebenden Organen diese Mitwirkungsmöglichkeit geregelt worden.

So kann – nach Artikel 35 des Grundgesetzes – ein Bundesland zur Gefahrenbekämpfung und Schadensbeseitigung in seinem Zuständigkeitsbereich zusätzlich zu den dafür bestimmten Einheiten auch Kräfte und Einrichtungen der Bundespolizei anfordern, wenn die Behörden dies nach einer Naturkatastrophe oder einem Unglücksfall für nötig erachten. Notfallhilfe kann darüber hinaus jedermann, insbesondere auch die kreisangehörige Gemeinde erbitten.

Wenn der Schadenfall das Gebiet mehr als eines Landes gefährdet, so ist – neben den jeweiligen Landesbehörden – auch die Bundesregierung ermächtigt, Grenzschutzeinheiten einzusetzen. Und schließlich kann der Bundesgrenzschutz einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift zufolge auch Katastrophen- und Notfallhilfe leisten, ohne daß dazu ein behördlicher Auftrag vorliegt: Ist die zuständige Stelle zur Gefahrenabwehr oder -beseitigung nicht oder nicht rechtzeitig in der Lage und besteht darüber hinaus Gefahr im Verzuge, dann können BGS-Einheiten unter Führung des Standortkommandanten auch eigenständig tätig werden.



Oben: Eine komplett eingerichtete Werkstatt: Das „Innenleben“ des Instandsetzungswagens 63/2 gl.



Links: Für Bergungs- und Räumarbeiten auch in schwierigem Gelände zu benutzen ist der starke Abschleppkraftwagen 64/3 gl.

Auftragsdurchführung nach Landesrecht

Fachliche Weisungen für den gezielten Einsatz vor Ort erhalten die Grenzschutzbeamten im Katastrophenfall von den zuständigen Behörden des Landes, in dem sie verwendet werden, es sei denn, sie wären von der Bundesregierung mit einem speziellen Auftrag ausgestattet oder eigeninitiativ tätig geworden.

Normalerweise wird der Auftrag also von der Einsatzleitung eines Landes erteilt. Soweit dem Führer der eingesetzten Kräfte keine weitergehenden Rahmenanweisungen gegeben werden, sind die Einheiten für

die Auftragsdurchführung selbst verantwortlich.

Die Struktur der Grenzschutzkommandos

In der Praxis fällt beim BGS die Hilfeleistung zur Gefahrenabwehr und Schadensbeseitigung in den Bereichen der sogenannten „Technischen Abteilung“. Technische Abteilungen sind bei drei der insgesamt fünf Grenzschutzkommandos (GSK) in der Bundesrepublik eingerichtet, und zwar beim GSK Nord (in Hannover), Süd (München) und West (Bonn).

Die Technischen Abteilungen sind zu Unterstützungszwecken der übrigen Spezialabteilungen bei polizeilichen Einsätzen vorgesehen, aber auch für den Katastrophen- und Notfalleinsatz besonders geeignet.

Neben den Abteilungen und verschiedenen Spezialverbänden ist jedem Grenzschutzkommando eine Fliegerstaffel angegliedert, die zur Abwicklung der verschiedensten polizeilichen Aufgaben bereitsteht, darüber hinaus aber ebenfalls im Katastrophen- und Unglücksfall wertvolle Dienste leisten kann, indem sie die Technische Abteilung unterstützt.

Aufbau der Technischen Abteilung

Für einen effizienten Einsatz ist die Abteilung nach taktischen Kriterien gegliedert. Sie besteht aus

- einer Stabshundertschaft, zu der u. a. je ein Fernmelde- und ein Aufklärungszug sowie Versorgungs- und Instandsetzungsdienste gehören;
- zwei Einsatzhundertschaften und schließlich
- der sogenannten Technischen Hundertschaft.

Die Technische Hundertschaft bildet sozusagen das materielle Rückgrat der Abteilung. Sie ist, wie Polizeihauptkommissar Bodo Sperling, Leiter dieser Hundertschaft bei der Technischen Abteilung West, erläutert, in sich noch einmal fachlich gegliedert. Sie besteht aus einer Führungsgruppe, dem Versorgungsdienst sowie neun weiteren Gruppen, die entsprechend ihrer Aufgabenstellung und Ausstattung zu drei Zügen zusammengefaßt sind:

- Tauchergruppe, Bergungs- und Rettungsgruppe sowie Räum- und Wegebaugruppe bilden den Katastrophenschutzzug.
- Die Wasseraufbereitungs- und Dekontaminationsgruppe, die Aggregatgruppe und die sogenannte Betriebsgruppe gehören zum Bau- und Maschinenzug.
- Drei weitere, sogenannte technische Gruppen bilden gemeinsam den dritten, den Technischen Zug der Hundertschaft, der im Einsatzfall die übrigen Züge bzw. Gruppen mit Maschinen und Gerät unterstützt.

Personell umfaßt die Technische Hundertschaft über 150 Kräfte. Dazu erläutert Abteilungskommandeur Zimmermann: „Natürlich können wir zur Katastrophenhilfe auch zusätzlich die Erste und Zweite Einsatzhundertschaft – die jeweils rund 190 Mann stark sind – mobilisieren, soweit sie nicht für polizeiliche Bundesaufgaben abkommandiert sind; speziell ausgestattet ist jedoch allein die Technische Hundertschaft.“

Und aufgrund dieser Ausstattung ist der BGS technisch in der Lage, bei den verschiedensten Unglücks- bzw. Katastrophenfällen Hand in Hand mit den im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz tätigen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Sturmflut: BGS-Boote und Hubschrauber im Einsatz

Als im Jahre 1962 eine verheerende Flutkatastrophe über die Hansestadt Hamburg hereinbricht und es gilt, zahllose Menschen vor dem Ertrinken zu retten, alarmiert der Katastrophenschutzstab zur Verstärkung von Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Rettungsdiensten auch Einheiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes. Mit Hilfe von Schlauchbooten und Hubschraubern werden Tausende, die sich in ihrer Not auf Dächer und Bäume geflüchtet haben, aus ihrer verzweiferten Lage befreit.

Waldbrand in Niedersachsen: Löschen, Retten, Koordinieren

Auch als im Sommer 1975 mehr als 8 000 Hektar Wald in der Lüneburger Heide der größten Waldbrandkatastrophe zum Opfer fallen, die es bis heute in der Bundesrepublik gegeben hat, sind Grenzschutzeinheiten des Kommandos Nord an den Rettungs- und Löscharbeiten beteiligt. Sie bringen ihr gesamtes verfügbares Material zum Einsatz: Planiererraupen, Frontlader, Löschgerät, Hitze- und Atemschutzgerät und natürlich die Hubschrauber. Zusammen mit den mehr als 15 000 Helfern evakuieren die Grenzschutzbeamten vom Feuer bedrohte Ortschaften, arbeiten sich zu Löschrupps vor, die von den Flammen eingeschlossen sind und treiben mit ihren Räumfahrzeugen breite Schneisen in den Wald, um die mehr als 40 Meter hohe Feuerwalze zu stoppen.

Unablässig sind Bundeswehr- und Grenzschutzhubschrauber unterwegs, um den Brand aus der Luft zu bekämpfen: Sie haben große Wasserbehälter an ihre Lasthaken genommen, um das Löschwasser dort abzuregnen, wo Feuerwehrfahrzeuge längst nicht mehr vorankommen.

Als trotz aller Anstrengungen nach Tagen die Feuersbrunst immer noch nicht unter Kontrolle ist und die bravourösen Einzelleistungen von Feuerwehr, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und anderen Organisationen der Koordinierung bedürfen, übernehmen drei Stabsoffiziere des Grenzschutzkommandos Nord aus Hannover die zentrale Einsatzleitung.



Geringe Wassertiefe ist kein Hindernis: Das große Schlauchboot eignet sich zur Bergung und Rettung bei Überschwemmungen ebenso ...
... wie als „Unterbau“ für eine Schlauchbootfähre.



Mit starken Scheinwerfern, wie hier an Bord eines Hartschalbootes, können Überschwemmungsgebiete auch bei Nacht ausgeleuchtet werden.

Sie stellen Verbindungen zwischen einzelnen Abschnitten her und verlagern geschlossene Brandschutzeinheiten an die binnen weniger Stunden wechselnden Schwerpunkte der Feuersbrunst. Kompetenzfragen treten in den Hintergrund: Hier geht es um die Rettung von Menschenleben und nicht zuletzt von erheblichen Sachwerten. Das Mitwirken des BGS hat erheblich dazu beigetragen, den Schaden in Grenzen zu halten.

Schneekatastrophe: Versorgung abgeschnittener Regionen

Mehr als drei Jahre später, Dezember 1978. Die Bundesrepublik ist in der Zwischenzeit von Naturkatastrophen größeren Ausmaßes verschont geblieben. Doch dieser Winter ist hart, härter als ihn viele erwartet haben. Seit Tagen herrschen eisige Temperaturen und starke Schneefälle. Vor allem der Norden der Republik ist stark betroffen; weite Teile Schleswig-Holsteins versinken förmlich in den Schneemassen, Tausende von Fahrzeugen bleiben stecken und zahlreiche Ortschaften werden von der Energie- und Lebensmittelversorgung abgeschnitten.

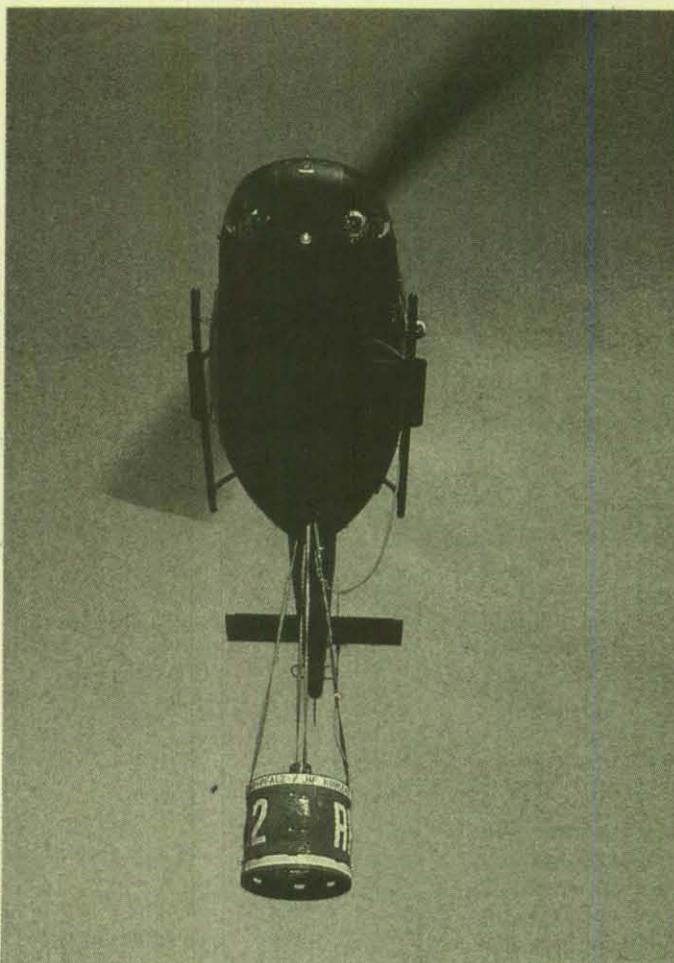
Die schweren Räumgeräte und -fahrzeuge von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz bewähren sich auch in Situationen wie diesen: Bergepanzer oder geländegängige Ketten- und Allradfahrzeuge arbeiten sich zu eingeschneiten PKW vor, deren Insassen dringend auf Hilfe warten. Nach und nach werden Verbindungswege zu den völlig von der Außenwelt abgeschnittenen Ortschaften geräumt.

Unterdessen übernehmen Hubschrauber der Grenzschutz-Fliegerstaffeln Nord und Küste die Versorgung der Bewohner mit Lebensmitteln und Brennstoffen auf dem Luftwege. Wo immer er gebraucht wird, steht der BGS den schleswig-holsteinischen Katastrophenschützern zur Seite.

Gefragt: BGS-Spezialisten ...

Gebäude- und Waldbrände, Überschwemmungen, Schneekatastrophen – die Liste möglicher Schäden und Gefahren, bei denen die Männer der Technischen Grenzschutzabteilungen helfend eingreifen können, ließe sich leicht verlängern. Typisch wäre z. B. ein gekenterter Passagierdampfer auf dem Rhein bei Bonn, sozusagen vor der Haustür des Grenzschutzkommandos West. Umgehend könnten als Taucher ausgebildete Grenzschutzbeamte in Schlauchbooten des Technischen Zuges starten, um gefährdete Passagiere vor dem Ertrinken zu

Rechts: Falls Zufahrtsstraßen blockiert sind, erfolgt die Versorgung mit dem Hubschrauber: Grenzschutz-Flieger üben das punktgenaue Absetzen von Lebensmitteln und Brennstoffen.



Wo Löschfahrzeuge längst umkehren müssen: Hubschrauber mit Löschwasserbehälter zur Waldbrandbekämpfung aus der Luft.

retten. An Bord der mit antriebsstarken Motoren bestückten Schlauchboote befinden sich bei solchen Einsätzen entsprechendes Tauchgerät (einschließlich Helmtauchauszug), Rettungsleinen, Schwimmwesten und Bergungsmittel.

Auch in einer durch Hochwasser überfluteten Region eignen sich BGS-Schlauchboote aufgrund ihres geringen Tiefgangs

hervorragend, sei es zur Erkundung unzugänglicher Gebiete, sei es zur Rettung von Menschen aus Notlagen.

... und Geräte zur Wasser- und Energieversorgung

Sollte infolge des Hochwassers und einer





Notfallhilfe auf See:
BGS-Hubschrauber im
Bergungseinsatz mit
Rettungswinde.

damit einhergehenden chemischen oder biologischen Verunreinigung einmal die öffentliche Trinkwasserversorgung ausfallen, dann tritt auf Anforderung die Wasseraufbereitungsgruppe des Bau- und Maschinenzuges in Aktion. Bis zur Wiederherstellung der gewohnten Wasserversorgung läßt sich mittels der Trinkwasseraufbereitungsanlage zumindest eine Notversorgung aufbauen, die ggf. die bereits eingeleiteten Versorgungsmaßnahmen der Feuerwehr ergänzt.

Weil elektrischer Strom in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens eine wesentliche Rolle spielt, kann eine Unterbrechung der Energieversorgung oftmals größere Probleme bereiten als eine vorübergehende Wasserknappheit. Der Stromausfall inmitten einer Herzoperation beim Brand der St. Augustiner Kinderklinik ist solch ein Beispiel, an dem deutlich wird, wie wichtig eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Energieversorgung sein kann. Dieses Beispiel zeigt zugleich auf, welche Bedeutung u. U. die schnelle Bereitstellung eines leistungsfähigen Notstromaggregats hat und wie wertvoll sein unverzüglicher Einsatz durch die BGS-Truppe war.

Integration in Katastrophenschutz-Pläne

Nicht immer jedoch ereignen sich Unglücks- oder Katastrophenfälle in unmittelbarer Nähe eines BGS-Standortes, und nicht immer kann der Standortkommandeur von sich aus seine Männer zum Einsatz schicken. In der Regel stellt die Katastrophenabwehrleitung, der Hauptverwaltungsbeamte oder der Landesinnenminister fest, ob die Situation mit den vorhandenen Kräf-

ten allein zu bewältigen ist oder ob eventuell auf weitere Einrichtungen – wie beispielsweise den BGS – zum Zweck der Verstärkung zurückgegriffen werden sollte.

Erleichtert und vereinfacht wird die Kontaktaufnahme zum BGS dadurch, daß – wie Abteilungskommandeur Zimmermann erläutert – „wir in den Katastrophenschutzplänen der umliegenden Kreise und Städte erfaßt sind und man somit dort im Falle eines Falles weiß, wer Ansprechpartner ist und welche Mittel hier bei uns in etwa zur Verfügung stehen“.

„Als Adressaten“, so fügt Polizeioberst Schäfer, Stellvertretender Kommandeur der Grenzschutz-Fliegergruppe, hinzu, „sind wir auch in den werksinternen Katastrophenschutzplänen der umliegenden Raffinerien und Betreiber gefährdeter Anlagen erfaßt. Praktisch bedeutet das z. B. auch die Einrichtung von Hubschrauber-Landeplätzen auf dem Werksgelände nach Vorschlägen des BGS. Der Nutzen dieser Regelung hat sich z. B. erwiesen, als wir im vergangenen Jahr direkt auf das Gelände eines petrochemischen Werkes in Wesseling bei Köln fliegen konnten, nachdem es dort eine schwere Explosion gegeben hatte.“

„Dennoch“, so meint Kommandeur Zimmermann einschränkend, „haben die anfordernden Stellen nach unserer Erfahrung oftmals zu geringe Kenntnisse über die vielfältigen Möglichkeiten des BGS.“

Übungen mit Katastrophenschutz Helfern

Nach übereinstimmender Auffassung der Grenzschutzbeamten stellen gemeinsame Übungen mit den Katastrophenschutz-Or-

ganisationen ein geeignetes Mittel dar, um dieses Informationsdefizit abzubauen. Zwar sind gemeinschaftliche praktische Erprobungen der Schadensbekämpfung und -beseitigung nicht die Regel, doch erfolgt von Zeit zu Zeit eine Einladung eines Oberkreisdirektors an alle für die Katastrophensatzbekämpfung in Frage kommenden Organisationen – einschließlich der alliierten Streitkräfte, der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes – zur Erarbeitung gemeinsamer Konzepte für den Katastrophenfall.

„Im September dieses Jahres wird sogar unsere gesamte Technische Abteilung zusammen mit den im Katastrophenschutz tätigen Organisationen an einer Großübung des Rhein-Sieg-Kreises teilnehmen.“ Darauf weist Polizeidirektor Zimmermann hin.

Nicht immer muß es aber gleich eine groß angelegte Gemeinschaftsübung sein, die die Zusammenarbeit im Ernstfall erleichtert. So hat z. B. vor kurzem die Stadt Bonn für den Katastrophenschutz ein neuartiges Stegebaugerät beschafft, bei dessen Erprobung auch Angehörige der Technischen Abteilung West des BGS anwesend waren, um – wie es heißt – im Einsatzfall ebenfalls mit dem Gerät umgehen zu können.

Problemlose Kommunikation

Wenn sich die bei Übungen erprobte Zusammenarbeit zwischen BGS-Einheiten und Katastrophenschutz-Organisationen in einem Ernstfall bewähren muß, dann kommt es dabei auf eine reibungslose und einwandfreie Kommunikation an: Zwischen Führern der Einheiten untereinander; zwischen den Einheiten und der Technischen



Ob groß und geräumig oder klein und wendig – mit insgesamt fünf verschiedenen Hubschraubertypen ist die Grenzschutz-Fliegergruppe für die unterschiedlichsten Einsatzanforderungen gerüstet.
(Fotos: Bundesgrenzschutz)

Einsatzleitung; zwischen der Abteilung und den vorgesetzten BGS-Dienststellen usw. Diese Verbindungen herzustellen, ist Aufgabe des Fernmeldezuges im BGS, der – wie eingangs erwähnt – zur Stabshundertschaft der Technischen Abteilung gehört.

Wie die Fernmeldezüge im Katastrophenschutz auch, so verfügen die BGS-Fernmelder über eine Vielzahl von technischen Möglichkeiten zur Herstellung solcher Verbindungen. Angefangen von der Ausstattung der Einheiten mit Handfunkgeräten über die Errichtung von Drahtfunkverbindungen bis hin zur Schaffung von Fernschreibleitungen ist den Fachmännern so gut wie nichts unmöglich.

„Untereinander benutzen wir im Funk den Zwei- und Vier-Meter-Wellenbereich und können dadurch auch mit den übrigen Organisationen – einschließlich Polizei, Feuerwehr und THW – Kontakte halten“, so wird die technische Seite erklärt.

„Bei besonders schwierigen Geländelagen, die eine Direktverbindung zum Problem machen, können wir unsere Hubschrauber quasi als Funkrelais-Stationen verwenden“, fügt Polizeioberrat Schäfer hinzu.

Verwendungsvielfalt der Fliegerstaffeln

Überhaupt sind die BGS-Hubschrauber seiner Fliegerstaffeln nicht nur bei Polizeieinsätzen, sondern auch bei Unglücks- und Katastrophenfällen ausgesprochen vielseitig einsetzbar. Es beginnt bereits damit, daß man sich bei unübersichtlichen Katastrophenlagen aus der Luft einen ersten Überblick über das Schadensausmaß verschafft. Schäfer: „Wir haben z. B. die Möglichkeit, eine mobile Fernsehanlage in der Maschine zu installieren, um damit das Geschehen vor Ort unmittelbar in die Einsatzzentrale zu übertragen.“

Sind Straßenverbindungen unterbrochen oder unzureichend, werden Spezialkräfte

und Gerät vom Standort aus ebenfalls mit Hubschraubern in das Einsatzgebiet geflogen. Werden wir darüber hinaus gebeten, uns am Patiententransport zu beteiligen, dann lassen sich unsere Hubschrauber binnen 15 Minuten von ihrer standardmäßigen Bestuhlung auf sechs Krankentragen umrüsten.“

Medizinisch ausgestattet – wie etwa die Hubschrauber im Luftrettungsdienst – sind die BGS-Maschinen allerdings nicht; ein weiteres Indiz dafür, daß die Ausstattung der BGS-Einheiten eben am gesetzlichen Auftrag zur Erfüllung polizeilicher Sonderaufgaben ausgerichtet ist, während die Möglichkeit zur Mitwirkung in der Notfall- oder Katastrophenhilfe mit dieser Ausstattung sozusagen nur ein „Nebenprodukt“ darstellt.

Medizinische Versorgung durch Sanitätsbeamte

Das gilt im Grundsatz auch für den BGS-eigenen Sanitätsdienst: Nur wenn die Katastrophenschutz-Kräfte nicht ausreichen sollten, kann der Sanitätsdienst des BGS unterstützend eingreifen. Normalerweise obliegt ihm dagegen die Aufgabe, die BGS-Männer am jeweiligen Truppenstandort bzw. nach Verletzungen bei Polizeieinsätzen ärztlich zu versorgen.

An den Standorten des BGS sind hierfür modern eingerichtete Krankenabteilungen vorhanden, die in einem kleinen Bettenrakt auch stationäre Behandlungsmaßnahmen in begrenztem Umfang ermöglichen. Die Ausstattung der Krankenabteilungen entspricht in etwa der Praxiseinrichtung eines niedergelassenen Allgemeinarztes.

Die Abteilungsärzte verfügen darüber hinaus für den Einsatz außerhalb des Standortes – worunter in besonderen Fällen auch der Einsatz nach Katastrophen zu verstehen ist – über eine verlastbare Sanitätsausstattung, die persönliche Ausstattung sowie

über vier bzw. sechs Sanitätsfahrzeuge: Einen PKW für den Arzt, einen Krankenkraftwagen, einen Zwei-Tragen-Wagen und einen Sanitätsgerätewagen. Zusätzlich besitzen vier der fünf Grenzschutzkommandos noch jeweils zwei Sanitätsbusse.

Der personelle Umfang des Sanitätsdienstes orientiert sich in etwa an der jeweiligen Größe des Standortes. So sind beispielsweise am BGS-Standort St. Augustin tätig: Zwei BGS-Ärzte und ein Vertragsarzt, 19 ausgebildete Sanitätsbeamte sowie eine Vielzahl von Sanitätshelfern.

Zusätzlich ist der Sanitätsdienst mit einem Zelt ausgestattet, das bei einer größeren Anzahl von Unglücksoffern als Verletztensammelstelle dienen kann – wiederum in erster Linie für polizeiliche Einsätze und nur in Ausnahmefällen bei Großunglücken oder Katastrophen, denn grundsätzlich haben die polizeilichen Einsätze des BGS Vorrang vor allen anderen Maßnahmen.

Kostenerstattungsregelung

Die durch Katastropheneinsätze – sei es des Sanitätsdienstes, sei es der Technischen Abteilung – entstandenen Mehrkosten sind der zuständigen Grenzschutzverwaltung vom jeweiligen Aufgabenträger – also normalerweise von den Ländern – auf Anforderung zu erstatten.

Kosten in diesem Sinne sind in der Regel zusätzliche Personalkosten wie z. B. Einsatzzulagen und Mehrarbeitsentschädigungen für die Beamten sowie Betriebs-, Instandsetzungs- und Wiederbeschaffungskosten für im Einsatz verwendetes, beschädigtes oder unbrauchbar gewordenes Gerät.

Kostenüberlegungen sind jedoch für die Männer des BGS zweitrangig; für sie steht – immer unter Beachtung ihres primären polizeilichen Auftrags – im Vordergrund die schnelle und effiziente Hilfeleistung dort, wo „Not am Mann“ ist. h-k

Oberamtsrat Ernst Troch, Bayerisches Staatsministerium des Innern

Zivil-militärische Zusammenarbeit bei Manövern

Katastrophenschutz auch im Winter

Katastrophenschutz-Vollübung im Rahmen des US-Großmanövers
„Certain Sentinel“ im oberpfälzischen Landkreis Amberg-Sulzbach

Bisher wurde bei Übungen (WINTEX) stets nur die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stäben geübt. Zu Recht wurde deshalb bemängelt, daß das Zusammenwirken zwischen Truppe und zivilen Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, aber auch der Polizei vernachlässigt worden ist.

In Absprache zwischen dem Wehrbereichskommando VI und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern wurde daher erstmals im Rahmen der Heeres-Übung '85 „Flinker Igel“ des II. (GE-)Korps die Zusammenarbeit von Truppe mit Polizei beim Objektschutz und mit Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes bei der Katastrophenschutz-Vollübung der Stadt Ingolstadt geprobt. Wie die Erfahrungen zeigten, war das Üben der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf dieser Ebene keineswegs überflüssig.

Um auch Erfahrungen über die Zusammenarbeit mit US-Truppen zu erhalten, wurde im Rahmen des Großmanövers der US-Streitkräfte „CERTAIN SENTINEL“, das zur Geamtübung „REFORGER 86“ gehörte, ebenfalls eine Katastrophenschutz-Vollübung durchgeführt.

Für die Katastrophenschutz-Vollübung wurde unter Berücksichtigung des Manöververlaufs das Landratsamt Amberg-Sulzbach ausgewählt, das die Übung unter Mithilfe der Regierung der Oberpfalz auch vorbereitete.

Allgemeines

Da das Großmanöver des VII. US-Korps „CERTAIN SENTINEL“ im Januar stattfand, mußten die Verantwortlichen bei dieser Ka-

tastrophenschutzübung „JANAS 86“ auch mit ungünstigsten Witterungsverhältnissen rechnen. Und in der Tat: In der Nacht zum Übungstag sanken die Temperaturen unter Begleitung eines Eisregens drastisch, so daß im Morgengrauen bei Minusgraden um 5 bis 10 die vorgesehenen Einsatzstellen vorbereitet und die Verletztendarsteller an ihre bitterkalten Plätze gebracht werden mußten. Trotz dieser Widrigkeiten und teilweise dichtem Schneetreiben konnte die Übung dank der mustergültigen Einstellung und des unerschütterlichen Engagements aller Beteiligten planmäßig durchgeführt werden.

Übungszweck

Die Katastrophenschutz-Vollübung diente dem Zweck,

- die zivil-militärische Zusammenarbeit der Truppe mit den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes in einer Krise zu üben und
- erstmals Erfahrungen über eine Katastrophenschutz-Vollübung unter Beteiligung aller Fachdienste im Winter zu sammeln.

Übungsziele

Neben den allgemeinen Übungszielen der Erprobung von Führung und Einsatz des Katastrophenschutzes stellte sich auf Anregung des Staatsministeriums des Innern das Landratsamt Amberg-Sulzbach zwei besondere Übungsziele, nämlich

- es sollte erstmals die Unterstützung der zivilen Behörden durch militärische Einheiten im Rahmen eines Großmanövers der US-Streitkräfte geübt und dabei der militärischen Seite bewußt gemacht werden, daß bei militärischen Operationen, aber auch bei allen anderen Maßnahmen Rücksicht auf die Bevölkerung zu nehmen ist und
- es sollten der Einsatz und die Leistungsfähigkeit der Einheiten und Einrichtungen der Hilfsorganisationen und deren Fachdienste (Brandschutz, ABC-Dienst, Bergungsdienst, Sanitätsdienst) auch unter extremen Bedingungen geübt bzw. überprüft werden.

Übungsanlage und Übungsablauf

Bei der Katastrophenschutzübung „JANAS 86“ wurden drei in einem Umkreis von 30 km gelegene Großschadensstellen im Landkreis Amberg-Sulzbach angenommen.



Einsatz von Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätskräften bei Bewältigung eines schweren Verkehrsunfalles in Schnaittenbach.



Absturz einer Militärmaschine am Waldrand bei Vilseck.

Schadensstelle 1

In Schnaittenbach waren die Folgen einer Explosion zu bewältigen, die nach einem Verkehrsunfall die Bundesstraße 14 unpassierbar gemacht hatten. Nach dem Einsatz von Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätskräften wurde die Straße durch angeforderte Räumungsfahrzeuge der US-Streitkräfte wieder freigegeben.

Schadensstelle 2

In Sulzbach-Rosenberg war ein Brand in einer Malzfabrik zu bekämpfen. Brandschutz, ABC-Dienst, Bergungs- und Sanitätskräfte hatten Hilfe zu leisten, während die vergiftungsgefährdeten Bewohner der Umgebung, dargestellt durch Soldaten der Bundeswehr (AusbKpStDst/MKF 852), mit Hilfe von Transportkapazitäten der US-Streitkräfte aus dem Gefahrenbereich evakuiert und versorgt werden konnten.

Schadensstelle 3

In der Nähe von Vilseck waren nach einem Flugzeugabsturz Brandschutz- und Sanitätskräfte im Einsatz, wobei Hubschrauber der US-Armee den Verletztentransport unterstützten.

Einsatzkräfte

Starke Kräfte des Betreuungsdienstes übernahmen im gesamten Einsatzgebiet die Versorgung. Insgesamt waren ca. 500 Helfer aus vom Bund finanzierten Einheiten und Einrichtungen des (erweiterten) Katastrophenschutzes im Einsatz. Polizei und Feldjäger der Bundeswehr sicherten die Einsatzstellen und regelten den Verkehr.

Katastropheneinsatzleitung/ Katastropheneinsatzstab/ örtliche Einsatzleitung

Die Katastropheneinsatzleitung lag in den bewährten Händen des Landratsamtes Amberg-Sulzbach. Während der Katastropheneinsatzstab (KatS-Stab), der sämtliche Einsätze leitete und koordinierte, die Fachberater und die Vertreter weiterer Fachbehörden (z. B. Gesundheitsamt, Straßenbauamt) vom Landratsamt aus ihre Aufgaben wahrnahmen, sorgten für die Katastrophenschutzabwehr an den Schadensstellen örtliche Einsatzleitungen (ÖEL-TEL).

Die zivil-militärische Zusammenarbeit zwischen dem Katastropheneinsatzstab und

dem Verbindungskommando des Verteidigungskreiscommandos 621 bei der Anforderung von militärischen Unterstützungskräften hat problemlos funktioniert; ebenso gut war die Zusammenarbeit zwischen den zivilen Einheiten und der Truppe.

Vorläufiges Ergebnis

Die Katastrophen-Vollübung „JANAS 86“ stellte für alle zivilen Beteiligten eine besondere Herausforderung dar.

Die zwei gesetzten besonderen Übungsziele, nämlich

- Einsatz des Katastrophenschutzes im Winter und
- Unterstützung des (zivilen) Katastrophenschutzes in einer Krise durch die Truppe und die Stärkung des Problembewußtseins der Truppe für notwendige Rücksichtsmaßnahmen auf die Bevölkerung

konnten trotz kleiner Mängel und Schwierigkeiten erreicht werden.

Die Übung hat die bereits bei der Entscheidung über die Durchführung einer Katastrophenschutzübung im Winter geäußerten Bedenken bestätigt, daß eine derartige Übung zu diesem Zeitpunkt mit großen Schwierigkeiten, insbesondere bei der Darstellung (Auslegen von Verletzten bei Kälte, längere Fahrt von Evakuierten auf offenem LKW) verbunden ist. Die Übung wurde dennoch vor allem durch die große Einsatzbereitschaft aller Beteiligten auch bei diesen schwierigen Witterungsverhältnissen mit Erfolg durchgeführt.

Durch die militärische Unterstützung und Hilfe konnten die Schadensfälle beschleunigt bewältigt werden. Ob und inwieweit in einem Ernstfall mit militärischer Hilfe gerechnet werden kann, wird jedoch sehr von der jeweiligen Lage abhängen.

Die im Zusammenhang mit der Übung betriebene Öffentlichkeitsarbeit durch das Wehrbereichskommando VI und die US-Streitkräfte trug sicherlich dazu bei, der militärischen Truppe (vor allem den US-Streitkräften) bewußt zu machen, daß der Verteidigungskampf nicht im Feindesland stattfindet und daher stets auch besondere Rücksichtnahme auf die Bevölkerung geboten ist.

Das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit zeigte sich nicht nur in einer breiten, durchwegs positiven Berichterstattung der örtlichen Tageszeitungen, sondern insbesondere auch in der Anwesenheit des Zweiten Deutschen Fernsehens und des Amerikanischen Fernsehens.

Das Bayerische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, das die Schiedsrichterfunktion wahrnahm, wird die besonderen Bedingungen und Abläufe dieser Übungen und Einsatzfälle eingehend auswerten.



Lagebesprechung beim Landratsamt Amberg-Sulzbach anläßlich hochrangigen Besuchs.

Für die Badesaison bestens vorbereitet

Im Wochenend-Seminar werden die DLRG-Wachleiter in ihre vielfältigen Aufgaben eingewiesen

Sommersonne, Sand und Meer: Jedes Jahr reisen urlaubshungrige Menschen in Scharen zu den Stränden an Nord- und Ostsee. Sich von der Sonne verwöhnen zu lassen, ins kühlende Naß der Wellen stürzen – plötzlich ein Aufschrei: Im Getümmel ist eine Frau, die eben noch bis zu den Knien im Wasser stand, zusammengebrochen. Leblos bleibt sie liegen. Ratlos blicken die umherstehenden Badegäste sich um. Was tun? Auch die Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) haben diesen Vorfall beobachtet und eilen herbei. Während die Frau aus dem Wasser getragen wird und Wiederbelebungsmaßnahmen eingeleitet werden, wird über Funk schon ein Notarzt herbeigerufen. Die Frau wird gerettet.

Für die Helferinnen und Helfer der DLRG ist dies ein „Routinefall“, denn in ihrer fundierten Ausbildung wurden sie auf solche Geschehnisse vorbereitet. Den Badegästen aber hat dieser Vorfall erneut bewiesen, daß sie sich sicher fühlen können in ihrem Urlaubsvergnügen: Die DLRG übernimmt den Rettungswachdienst an der deutschen Nord- und Ostseeküste.

Der Rettungswachdienst der DLRG

Insgesamt sind an der Küste Schleswig-Holsteins 64 Rettungswachen eingerichtet, die sich verteilen von der Insel Fehmarn in westlicher Richtung bis Kiel, von Kiel bis Glücksburg, von Fehmarn südlich bis Timmendorfer Strand sowie an der gesamten Nordseeküste.

Entsprechend eines gemeinsamen Runderlasses des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Innenministers und eines Erlasses vom 19. 5. 1978 betreffend den Rettungsdienst in Seebädern der Nord- und Ostsee in Schleswig-Holstein ist die Sicherung des Badebetriebes von der jeweiligen (Kur)Verwaltung

wahrzunehmen. Die (Kur)Verwaltungen schließen ihrerseits Verträge mit der DLRG ab, die damit beauftragt wird, „freiwillig und uneigennützig ... der Verwaltung bei der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben mit Rettungsschwimmern und durch Beratung und Unterstützung zu helfen“.

Die einzelnen DLRG-Wachstationen an der deutschen Nord- und Ostseeküste sind mit Wachleitern besetzt, die von der DLRG bestimmt werden. Den Wachleitern unterstellt sind DLRG-Rettungsschwimmer, die als sogenannte Wachgänger und Bootsführer ehrenamtlichen Dienst leisten.

Je nach Größe des Strandabschnittes, für den eine Wachstation zuständig ist, befinden sich in gewissen Abständen auch Wachtürme, von denen aus die Wachgänger das Geschehen im und am Wasser beobachten und – nach Absprache mit dem Wachleiter – gegebenenfalls sofort zum Einsatz kommen können.

Die Aufgaben des Wachleiters

Die gesamte Verantwortung für den Stationsbereich trägt der Wachleiter. Seine Aufgaben sind vielfältig: Er ist verantwortlich für die Einhaltung der Dienstanweisung und Stationsordnung, er eröffnet den Wachdienst, teilt Wachen ein, führt das Wachbuch, benennt Funker, Bootsführer, Taucher und Führer von Kfz, er gibt Meldungen an die Einsatzleitung, er ist zuständig für die Überprüfung von Gerät und Station vor Wachbeginn sowie nach Wachschiuß, er ist für den gesamten Abschnitt dem Einsatzleiter gegenüber voll verantwortlich, er setzt Einsatzmeldungen und Befehle über Funk und Telefon ab, er kontrolliert das gesamte Wachgebiet und die Unterkünfte der Wachmannschaften ... „Wir sind eigentlich alles: Ansprechpartner, Seelenröster und Lebensretter“, meint ein Wachleiter gegenüber dem „Zivilschutz-



64 Rettungswachen unterhält die DLRG an der Küste Schleswig-Holsteins.



Im sogenannten Brandungsretter liegt die verunfallte Person mit überstrecktem Kopf. Der Rettungsschwimmer bringt sie an Land.

Magazin". „Ob wir dem Surfer Auskunft über Windverhältnisse geben, dem Kind, das seine Eltern nicht mehr finden kann, weiterhelfen und es trösten, oder ob wir einen harten lebensrettenden Einsatz haben: Die DLRG ist immer präsent.“

Die Aufgaben eines Wachleiters reichen aber über die Stationsorganisation hinaus. Denn der Wachleiter selbst muß sich als Rettungspraktiker erweisen, er ist Lehrer und Ausbilder seiner Wachgänger, damit auch gleichzeitig deren „Vorbild“. Als Kamerad seiner Wachgänger im und nach

dem Rettungswachdienst und schließlich auch als Repräsentant der DLRG vor Ort und als Partner von (Kur)Verwaltungen, Badegästen und sonstigen Wassersportlern übernimmt er zahlreiche Aufgaben.

Voraussetzungen

„Spaß an der Sache und eine gewaltige Portion Idealismus“ sind für Jochen Karkutt (39) aus Unna Voraussetzungen, um seit 17



Das Rettungsbrett kommt besonders an der Nordseeküste zum Einsatz.

Jahren als Wachleiter für die DLRG tätig zu sein. Der Getränkemaschinenverkäufer verbringt – wie alle anderen Wachleiter übrigens auch – seinen Jahresurlaub im Dienst der humanitären Idee der größten freiwilligen Wasserrettungsorganisation der Welt. Rolf Kinateder (29), Polizeibeamter aus Bochum, ergänzt: „Ich war 1980 zum ersten Mal als DLRG-Wachleiter im Einsatz. Zu dem Idealismus, Menschen helfen zu wollen, kommt natürlich auch der Wunsch nach Selbstbestätigung hinzu: Es ist doch schließlich ein schönes Gefühl, jemandem geholfen zu haben.“

Idealismus ist sicher eine wichtige Eigenschaft des Wachleiters der DLRG. Aber auch andere Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Wer als Wachleiter für die DLRG an deutschen Nord- und Ostseeküsten Dienst versehen möchte, muß neben der Volljährigkeit und Rechtsfähigkeit natürlich fachliche Qualifikationen mitbringen. Das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen in Silber, eine Erste-Hilfe-Ausbildung und die Wachleiter-Ausbildung müssen nachgewiesen werden. Zusatzqualifikationen sind wünschenswert, wie z. B. Boots- und Kfz-Führerschein, Kenntnisse im Tauchen, in der Nachrichtentechnik, vor allem Sanitätsausbildung, oder eventuelle Zusatzberechtigungen.

Gesund muß der Wachleiter sein und die Bereitschaft, zu lernen und zu lehren, mitbringen. Er muß Führungsfähigkeiten besitzen und sich örtliche Kenntnisse über sein Einsatzgebiet verschaffen.

Das Wachleiter-Seminar

Im Rahmen seiner Ausbildung und Vorbereitung auf den Einsatz besucht der Wachleiter das DLRG-Wachleiterseminar. Zielsetzung dieses Seminars, das in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik stattfindet, ist eine Vorbereitung auf die Aufgaben des Wachleiters. Allgemeine rettungstechnische Kenntnisse sollen ebenso wie spezielle Hilfestellungen vermittelt werden, um später das erworbene Wissen auf den Stationen weitergeben zu können.

Auch in Bad Rothenfelde trafen sich an einem Wochenende 20 Aktive der DLRG zum Wachleiter-Seminar. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen der örtlichen DLRG-Gliederung und der Kurverwaltung konnten die Wachleiter im Bad Rothenfelder Wellenbad unter fast „echten“ Bedingungen arbeiten: Mit Brandungsretter, Rettungsbrett, Hansaleine, Rettungsleine oder Gurtretter simulierten die Lehrgangsteilnehmer Rettungseinsätze. „Resusci Junior“, eine Übungspuppe, die in Größe und Gewicht einem fünfjährigen Kind entspricht, wurde aus dem Wasser geborgen und auch als Übungsobjekt für die Reanimation verwendet.

Einweisung in neue Rettungsmöglichkeiten

Neu war für viele Teilnehmer der Brandungsretter, der – wie der Name schon sagt – für den Einsatz in der Brandung benutzt wird, wo ein Rettungsschwimmer selbst größte Mühen hat, vorwärtszukommen. Die verunfallte Person wird von der Seite auf den Brandungsretter gelegt und so in Position gebracht, daß schon während des Abschleppens eine Kopfüberstreckung möglich ist – gerade bei Bewußtlosen äußerst wichtig.

Auch mit dem Rettungsbrett wurde geübt, das vornehmlich an der Nordseeküste verwendet wird, weil dort Boote wegen der starken Wellen schlecht einzusetzen sind.

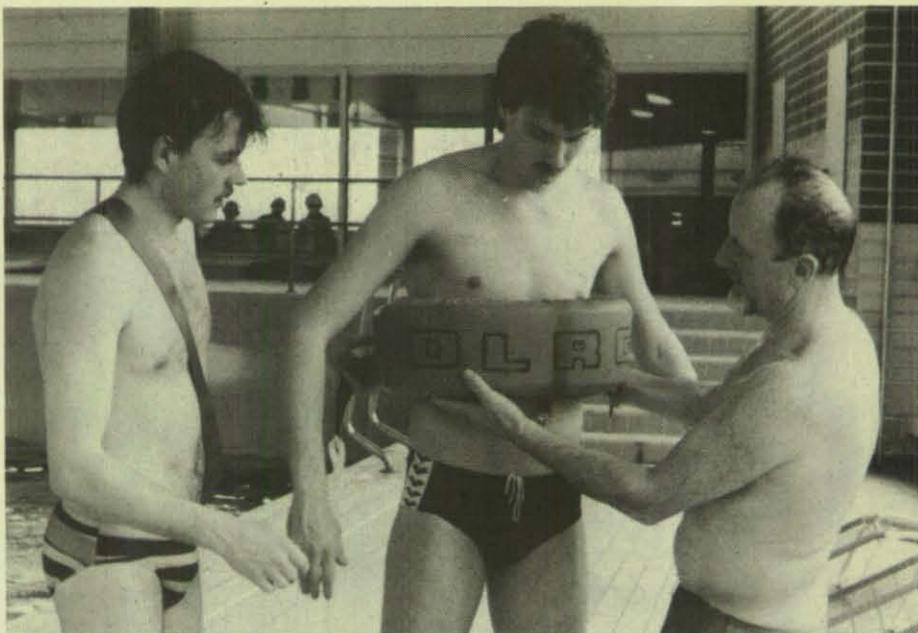
Mit Eifer waren die Lehrgangsteilnehmer bei der Sache. Sie ließen sich einweisen in neue Rettungsmöglichkeiten, beraten bei Fachfragen und tauschten untereinander ihre oft langjährigen Erfahrungen als Wachleiter aus. Die Lehrgangsleitung hatten Wilfried Wieneke, Ortwin Kreft, Lutz Schäfer und Hartwig Wiest.

Erhöhung der eigenen Qualifikation

Ist das Seminar am Wochenende nicht anstrengend? „Nein, es macht Spaß“, meint Polizeibeamter Ernst Hansen (29), seit 1977 ständig während der Saison als Wachleiter im Küsteneinsatz. „Es ist ja freiwillig, und deshalb kann es gar nicht anstrengend sein. Ich lerne ja auch vieles hier: Ich erhöhe meine eigene Qualifikation und die Sicherheit dazu.“

Wie wichtig das ständige Üben ist, versucht Gerhard Konzack (49) zu erklären: „Ich mache seit 19 Jahren Rettungswachdienst in Burg auf Fehmarn. Wir haben einmal einen Einsatz gehabt, als eine Frau einen Herzinfarkt erlitten hatte. Wir konnten sie wiederbeleben durch Mund-zu-Mund-Beatmung und durch Herzmassage. Dann kamen die Ärzte, und die Frau konnte mit dem Krankenwagen weggefahren werden.“

Dieser Fall verlief glücklich. Aber: Die Mehrzahl der Wachleiter hat bereits einen Todesfall während des Dienstes zu beklagen gehabt. „Das zu verkraften, ist nicht immer einfach: Vor allem dann nicht, wenn man alles versucht hat, das Leben des Menschen zu retten“ — eine Aussage, die stellvertretend für viele steht. „Wenn der Arzt nur noch den Tod feststellen kann, dann stellen wir uns schon Fragen, ob wir nicht noch besser hätten arbeiten können. Andererseits: Haben wir ganz offensichtlich jemandem das Leben gerettet, dann klopfen wir uns auch anerkennend auf die Schulter.“



Oben: Die Wachleiter der DLRG werden auch in den Umgang mit dem Gurtretter eingewiesen.

Unten: Jeder Handgriff muß sitzen, denn im Einzelfall kommt es auch auf die Schnelligkeit an.



Vorbereitung auf das Seminar

Bevor die DLRG-Aktiven das Wachleiter-Seminar besuchen, haben sie zwei Referate aus einer vorgegebenen Themenliste übernommen und werden im Verlaufe des Seminars ihre Ausarbeitungen vortragen. Wachleiter müssen auf ihrer Station zu Fragen, die die Wachgänger haben, Auskünfte geben — und dies geschieht hier in Form eines Unterrichtes. Um auf solche Situationen vorbereitet zu sein, wird das Unterrichten während des Wachleiter-Seminars geübt.

Weiterhin müssen die Seminarteilnehmer im Vorfeld eine Lehrgangsmappe durcharbeiten, in der auf Aufgaben und erforderliche Kenntnisse eines Wachleiters eingegangen wird: angefangen von Anweisungen für Wachleiter und -gänger über Ver-

waltungs- und Meldefomulare bis hin zur Sachinformation zum Rettungswachdienst. Zu den Sachinformationen zählen Leitbild, Qualifikation und Verhalten der Wachleiter, Anleitung zur Wiederbelebung und zur Schockbehandlung in der Ersten Hilfe, Warneinrichtungen im Rettungswachdienst an der Küste und deren Handhabung, Checklisten für den Bootsdienst, die gebräuchlichsten Knoten und Steke, Wetterkunde, Einflüsse der Strömungs-, Seegangs- und Bodenverhältnisse sowie Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit.

Auch bei schlechtem Wetter gibt es genug zu tun

Am Freitagabend hat Seminarleiter Wilfried Wieneke, selbst seit 18 Jahren für die



„Resusci Junior“, eine Übungspuppe, die in Gewicht und Größe einem fünfjährigen Kind entspricht, wird abgeschleppt.

DLRG während des Urlaubs als Wachleiter an der Küste Schleswig-Holsteins im Einsatz, mit den Teilnehmern über die Aufgaben eines Wachleiters im und außerhalb des Dienstes gesprochen. Es ist nämlich für den Wachleiter nicht genug, von 9 bis 18 Uhr täglich seinen Dienst zu tun. Auch anschließend trägt er Verantwortung für die Wachgänger, die ja oft Jugendliche sind, die ab 16 Jahren eingesetzt werden dürfen.

Was also macht man mit den Jugendlichen am Abend? Und was macht man, wenn das Wetter schlecht ist? „Wir haben, wenn das Wetter schlecht ist, zwar keine Badegäste, aber dafür kommen die Surfer en masse, und wir haben oft sehr viel zu tun. Und auch, wenn wir mit zwei roten Bällen an der

DLRG-Fahne das Baden als „äußerst gefährlich“ signalisieren, müssen wir die Station und die Türme besetzt halten. Gerade dann nämlich kommen die sogenannten Mutigen, die wir oft wieder an Land zurückbringen müssen, weil sie es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen“ — so ein erfahrener Wachleiter.

Menschenführung

Wenn der Wachleiter am ersten Tag seines Dienstes die Wachstation übernimmt, erwarten ihn viele Fragen: Wie viele Rettungsschwimmer reisen ab? Wie viele kommen neu? Welcher Strandabschnitt ist zu bewachen, wie ist dieser beschaffen? Wel-



Die Reanimation wird an der Übungspuppe trainiert.

(Fotos: G. Sers)

che Geräte stehen zur Verfügung? Welche Abmachungen mit der (Kur)Verwaltung sind getroffen? Wie lief der Wachdienst bisher?

Der Wachleiter lernt seine Mitarbeiter kennen und stellt sich bei den Vertretern der (Kur)Verwaltung vor. Dabei kommt es oft auf den ersten Eindruck an. „Menschenführung muß der Wachleiter beherrschen, denn das sind die ersten Probleme, die auftauchen“ — so Wilfried Wieneke. Wachgänger aus verschiedenen Bundesländern, ältere und jüngere Generationen . . . „Da gibt es oft kritische Berührungspunkte, die der Wachleiter in den Griff bekommen muß.“

Thema Menschenführung steht denn auch auf dem Programm des DLRG-Wachleiter-Seminars. Ortwin Kreft stellt zunächst einmal die Frage, was jeder einzelne unter Menschenführung versteht. Ein Teilnehmer bringt die Antwort auf einen knappen Nenner: „Menschen, die ich nicht leiden kann oder die mich nicht leiden mögen, zu führen, um das gesteckte Ziel der DLRG zu erreichen.“ Ausgehend von dieser Aussage ergibt sich eine lebhafte Diskussion, Fragen werden gestellt, erlebte Situationen beschrieben und Hilfestellungen gesucht. Wie geht man mit Menschen um? Man kommt auf „psychologische Tips“ zu sprechen, auf „verschiedene Führungsstile“, auf „Freundschaft“, „Kameradschaft“, „Toleranz“ und „Diskussionsbereitschaft“.

Es ist unschwer zu erkennen, daß das Thema Menschenführung neben der Vermittlung der praktischen Kenntnisse eine wichtige Aufgabe des Seminars ist.

DLRG-Einsatz ist kein Urlaub

Gute Vorbereitung, vorbildliches Verhalten und das erforderliche Geschick, mit Menschen umgehen zu können, sind die Voraussetzungen, die ein Wachleiter erfüllen sollte. Ein Urlaub im üblichen Sinne ist der Einsatz für den DLRG-Wachleiter sicher nicht. Er ist vom frühen Morgen bis in die Nacht für die Aufgabenerfüllung und für die Mitarbeiter auf den Beinen. Wenn auch manche Wachleiter ihre Familie mitnehmen, so ist der Einsatz an der Küste — wie die gesamte Arbeit in der DLRG — „nur möglich, wenn der Ehepartner und die Kinder mitziehen“ — so ein Seminarteilnehmer. Aus diesem Grunde sind oft ganze Familien Mitglied in der DLRG, um sich gemeinsam der humanitären Idee zu widmen.

Und just dies ist auch, was die Wachleiter, die aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten kommen, die verschiedene Berufe ausüben, jung oder alt, männlich oder weiblich sind, und die die unterschiedlichsten Auffassungen haben, verbindet: Es sind Menschen, die sich für eine bestimmte Zeit zum Dienst, zum Führen einer Wachstation bereiterklärt haben. boe

Katastrophenschutz-Hubschrauber „Christoph 3“
seit 1971 im Kölner Rettungsdienst

Möglichkeiten und Grenzen der Luftrettung heute

Eine rückblickende Betrachtung
aus medizinischer Sicht



Ein kleines Krankenhaus im Bergischen Land, rund 40 Kilometer von Köln entfernt: Vor knapp einer Stunde ist eine 40jährige Frau, die sich am Vortag einer gynäkologischen Operation unterzogen hatte, plötzlich zusammengebrochen. Sie lief blau an und schnappte nach Luft, woraufhin sie von Krankenhausärzten intubiert und beatmet wurde. Ihr Zustand hat sich aber nicht gebessert; ihr Kreislauf wird schwächer. Die Diagnose einer Lungenembolie ist eindeutig.

Ein rascher Transport in eine größere Klinik wird notwendig, um alle therapeutischen Möglichkeiten ausschöpfen zu können. Diese Situation findet das Team vom Rettungshubschrauber Christoph 3 bei der Ankunft vor.

Ein unmittelbarer Transport ist im Augenblick aber noch undenkbar: Die Patientin hat einen Puls von nur zehn bis 20 Schlägen pro Minute, und der Blutdruck ist nicht mehr zu messen. Hubschraubearzt und das Klinikpersonal setzen gemeinsam die bereits eingeleiteten Reanimationsmaßnahmen fort. Ein effektiver Kreislauf kann jedoch trotz Injektionen, Sauerstoffbeatmung und der Gabe von Natriumbicarbonat nicht aufgebaut werden. Ein Minimalkreislauf wird mit externer Herzmassage aufrechterhalten.

Herstellung der Transportfähigkeit

Unter Abwägung aller operativen Möglichkeiten sowie der Nebenwirkungen und Risiken nehmen die Mediziner eine sogenannte Streptasetherapie vor, die eine Lösung des Gerinsels bewirken soll. Und tatsächlich bekommt die Patientin etwas Farbe, der Kreislauf läßt sich nun mit Medikamenten stützen. Als die Pupillen nach etwa einer halben Stunde wieder reagieren, kann schließlich der Transport mit dem Hubschrauber Christoph 3 durchgeführt werden.

Unter Monitorkontrolle und Fortsetzung der Medikation bringt das Team die Patientin in die Kölner Universitätsklinik. Unterwegs beginnt sie schon mit spontanen Atembewegungen und ist etwa zehn Minuten nach Ankunft ansprechbar, reagiert gezielt auf die Fragen des Arztes.

In der Klinik wird nach kurzer Beobachtungszeit, in der sich der Zustand der Patientin wieder verschlechtert, eine Brustkorboperation durchgeführt und eine große Zahl Gerinsel aus den Lungenarterien entfernt. Für eine Zeit muß die Patientin noch an der Herz-Lungen-Maschine angeschlossen bleiben, dann aber erholt sie sich zusehends von ihrer massiven Embolie.

Bereit für den nächsten Einsatz

Das Team von Christoph 3 ist unterdessen zum Hubschrauber-Stützpunkt in Köln-Merheim zurückgekehrt und wartet auf den nächsten Einsatz. An diesem Tag allerdings geht in der Wachstation unmittelbar neben dem Merheimer Klinikum kein weiterer Ruf der Rettungsleitstelle ein; der orangefarbene Katastrophenschutz-Hubschrauber bleibt bis zum nächsten Mittag am Boden.

Dr. med. Bertil Bouillon, stellvertretender Leiter des Kölner Notarzteswesens und im Rahmen dieser Aufgabe zuständig für die Luftrettung, sieht in einem solchen Einsatz ein typisches Beispiel für die Verwendungsfähigkeit des Rettungshubschraubers: „Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Ansicht sind wir heute keineswegs hauptsächlich bei Verkehrsunfällen gefragt. Auch wenn die Schnelligkeit und Beweglichkeit von Christoph 3 in diesen Fällen oft von großem Nutzen sind, so sind wir doch zu rund 60% aller Einsätze in anderen Missionen unterwegs. Dazu zählen nicht nur chirurgische, sondern eben auch internistische Notfälle wie Embolien, Infarkte usw.“

Wie Dr. Bouillon hinzufügt, ist das aber nicht immer so gewesen. Tatsächlich entfielen in der Anfangszeit des deutschen Luftrettungswesens (zur Entstehungsge-

schichte vgl. Zivilschutz-Magazin, Nr. 4/86), also zu Beginn der 70er Jahre, rund 80 Prozent aller Einsätze auf Verkehrsunfälle. Auch Christoph 3, seit Dezember 1971 im Dienst und damit einer der ersten Katastrophenschutz-Hubschrauber im Rettungsdienst, war in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Schwerpunktverlagerung

Daß Verkehrsunfälle im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einsätze im Laufe der Jahre an Gewicht verloren haben – ihr Anteil beläuft sich heute auf etwa 40 Prozent –, ist nach Ansicht von Dr. Bouillon zurückzuführen auf die weitgehende Anerkennung des Hubschraubers als „normales“ Rettungsmittel. Diese Ansicht hat der Mediziner auch aus eigener Erfahrung gewonnen: Dr. Bouillon ist selbst Notarzt und als solcher ein Jahr lang permanent mit Christoph 3 unterwegs gewesen. Das gehört, wie er sagt, mit zur Ausbildung im Notarztwesen, das im Kölner Raum vom Klinikum Merheim betreut wird.

Die chirurgische Abteilung des Klinikums stellt sowohl die Ärzte für zwei der insgesamt vier Kölner Notarztwagen – und zwar für den östlichen Teil der Stadt und für den Innenstadtbereich – als auch für den Hubschrauber. Je einer von vier Ärzten der Intensivstation ist ein Jahr lang jeweils für eine Woche bei jedem Einsatz von Christoph 3 mit an Bord.

Reibungslose Zusammenarbeit

Diese hohe Flugfrequenz hat zum einen – aus medizinischer Sicht – den Vorteil, daß die Ärzte sehr viel an Erfahrung sammeln können, zum andern, daß die übrigen Mitarbeiter des Rettungswesens – also z. B. der Sanitätsorganisationen, der Einsatzzentralen bzw. der Rettungsleitstellen in den Krei-

sen – eine recht genaue Vorstellung davon haben, welcher Arzt zum Einsatz kommt. „Vor Ort“, so hebt Dr. Bouillon hervor, „funktioniert die Zusammenarbeit reibungslos“.

Dies gilt selbstverständlich auch für die kollegiale Zusammenarbeit des Hubschrauber-Teams untereinander, denn oftmals ist die Besatzung aufgrund der Schnelligkeit des Hubschraubers als erste Gruppe am Notfallort. Zwar hat jedes Besatzungsmitglied seinen spezifischen Aufgabenbereich, doch kann keiner auf den andern verzichten.

Ein Team von Spezialisten

Der Pilot, Angehöriger des Bundesgrenzschutzes, bringt das Team möglichst schnell und möglichst nahe an den Notfallort heran. Dabei kommen ihm ein gutes Orientierungsvermögen und ein hervorragendes fliegerisches Können zugute. „Im Prinzip“, so berichtet Dr. Bouillon nicht ohne eine gewisse Bewunderung, „reicht zum Landen der sogenannte Wendehammer einer Sackgasse!“ Damit meint er eine Fläche, die kaum mehr als 25 Meter im Durchmesser aufweist. Solche Möglichkeiten finden sich nicht nur auf dem Land, sondern durchaus auch in der Stadt.

Im Kölner Notarztwesen fungiert Christoph 3 aufgrund solcher Eigenschaften zuweilen als „Joker“, d. h. er wird gerufen, wenn einer der Notarztwagen bereits zu einem anderen Notfall im Stadtgebiet unterwegs ist. „Auf diese Weise kommen wir mit unseren vier Notarztwagen in der Millionenstadt Köln sehr gut zurecht“, betont der stellvertretende Leiter des Notarztwesens.

Der begleitende Rettungssanitäter bei den Missionen von Christoph 3 wird vom Malteser-Hilfsdienst gestellt. Als Voraussetzung für den Sanitäter im Luftrettungsdienst ist eine langjährige Erfahrung im Rettungsdienst sowie die Tätigkeit auf einem Not-

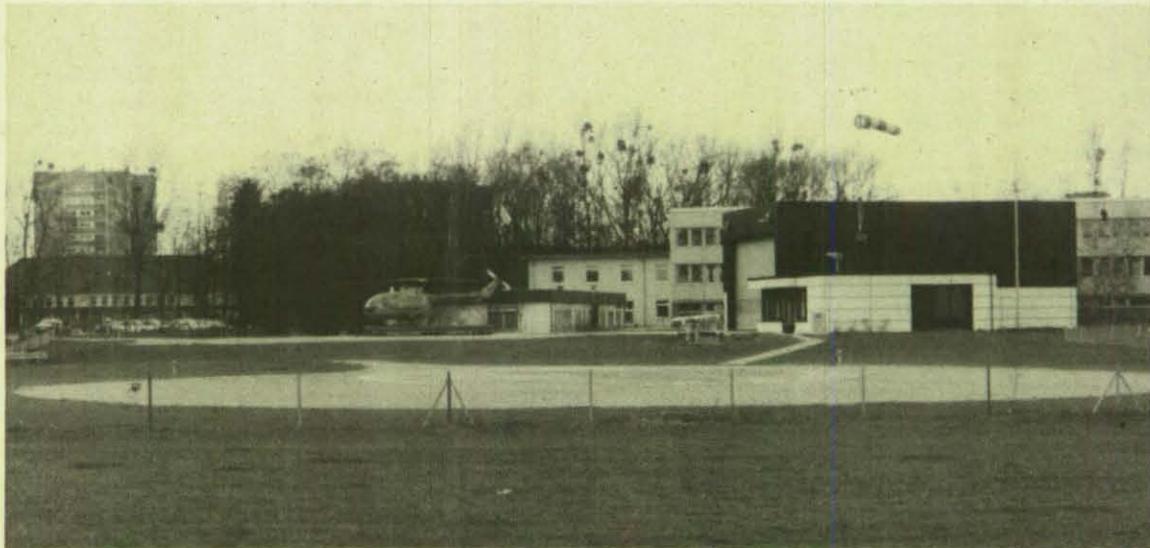
arztwagen erforderlich. Zudem erfolgt eine mehrtägige Einweisung in die Belange der Luftrettung.

In der Praxis unterstützt der Rettungssanitäter den Piloten bei der Navigation, beim Funkverkehr sowie bei der Beobachtung der allgemeinen Flugsicherheit. Am Einsatzort angelangt, beteiligt sich der Rettungssanitäter an der Versorgung der Notfallpatienten – entweder durch Unterstützung des Notarztes oder in bedingt selbständiger Tätigkeit. Hierzu gehört auch der Einsatz bei der technischen Rettung und Bergung, soweit die hierfür nötigen Spezialkräfte noch nicht eingetroffen sind.

Schließlich ist der Rettungssanitäter vor jedem Flug für die Einsatzbereitschaft der medizinischen Ausrüstung sowie im Nachhinein für die Dokumentation des Einsatzes verantwortlich.

Die unter medizinischen Aspekten wichtigste Person an Bord des Hubschraubers und natürlich am Notfallort ist der Arzt. Nur Ärzte dürfen die für eine Therapie unerläßliche vorläufige, sogenannte Verdachtsdiagnose erstellen. „Oftmals erscheinen Patienten auf den ersten Blick durchaus stabil. Allzu schnell glaubt der medizinische Laie, daß die sichtbaren Verletzungen weniger schwerwiegend und zudem die einzigen sind. Leicht übersieht er Anzeichen, die z. B. auf eine schwere innere Verletzung hindeuten“, weiß Dr. Bouillon aus langjähriger Erfahrung. „Ich denke da etwa an einen verunfallten Motorradfahrer, der äußerlich sichtbar nur eine Oberschenkelfraktur davongetragen hatte, tatsächlich jedoch darüber hinaus an einer Blutung im Schädelinnern litt, die das Gehirn zu schädigen drohte. Bei Erkennen des ersten äußeren Anzeichens, der sogenannten Eintrübung, mußten die weiteren Maßnahmen hierauf abgestimmt werden, d. h. der Patient wurde nun nicht in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht, das für die Behandlung der Fraktur geeignet gewesen wäre, sondern in eine Spezialklinik.“

Seit drei Jahren ist die Standortanlage am Merheimer Klinikum in Betrieb.





Vom Klinikgebäude zum Hubschrauber sind es nur wenige Schritte.



Christoph 3 ist startbereit. Im Hintergrund der Hangar und die Wachstation.

Primärversorgung im Rettungswagen

Die für eine Überprüfung der Verdachtsdiagnose auf Schädel-Hirn-Verletzung sehr zuverlässige Computertomographie konnte in diesem Falle nur in einer relativ weit entfernten Klinik durchgeführt werden, so daß es nahelag, den Motorradfahrer im Hubschrauber zu transportieren.

Hätten sich dagegen keinerlei Verdachtsmomente auf weitere Verletzungen ergeben, so wäre der Patient mit hoher Wahrscheinlichkeit im Rettungswagen in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht worden. Dazu Dr. Bouillon: „Der Rettungswagen, der generell bei allen Hubschrauber-Einsätzen immer zugleich alarmiert wird, ist für uns und die Patienten in zweierlei Hinsicht von großem Nutzen. Erstens finden der Patient und wir selbst im Innenraum optimalere Bedingungen für die Lebenserhaltung bzw. Herstellung der Transportfähigkeit als unter freiem Himmel, d. h. wir sind ungestört von Witterungseinflüssen und Blicken der Schaulustigen. Zweitens kann – soweit der Zustand des Patienten es erlaubt – der Rettungswagen umgehend

als Transportmittel zur nächstgelegenen geeigneten Klinik genutzt werden.“

Die Sanitäter führen den Transport entweder alleine durch oder werden, falls erforderlich, vom Hubschrauberarzt begleitet, der für solche Zwecke die wichtigsten Medikamente und Instrumente aus dem Rettungshubschrauber mitnehmen kann.

Wahl des Transportmittels: Medizinische Aspekte entscheidend

In diesem Zusammenhang weist Dr. Bouillon mit großem Nachdruck Vermutungen zurück, die Hubschrauberbesatzung wolle – aus welchen Gründen auch immer – auf alle Fälle möglichst viele Patienten auf dem Luftwege in die Klinik bringen: „Wer uns und unsere Arbeit kennt, der weiß, daß das nicht so ist!“ Ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet wird nämlich auch mit Christoph 3 nur etwa jeder zweite Verletzte oder Erkrankte, zu dem der Hubschrauber gerufen wird, auch auf dem Luftweg transportiert.

Und weiter fügt der Notarzt hinzu: „Auch wird ein Patient – falls wir ihn aus medizinischen Gründen im Hubschrauber mitnehmen – keinesfalls automatisch ins Stationierungs-Krankenhaus von Christoph 3 hier nach Merheim gebracht. Der Anteil beläuft sich auf nur sechs bis sieben Prozent derjenigen, die überhaupt mit dem Hubschrauber transportiert werden. Das sind lediglich zwei bis vier Prozent aller Patienten, die wir bei unseren Primäreinsätzen zu sehen bekommen.“ Zur Behandlung „normaler“, also mittelschwerer Erkrankungen und Verletzungen verfügen auch kleinere nahegelegene Krankenhäuser, die mit dem Rettungswagen in kurzer Zeit angefahren werden können, über entsprechende therapeutische Möglichkeiten.

Patiententransport – Vorteile des Rettungswagens ...

Und weil Christoph 3 nicht nur zu chirurgischen, sondern mehr und mehr auch zu internistischen Notfällen herbeigerufen wird, nennt der Notarzt ein typisches Einsatzbeispiel, bei dem einem Transport im Rettungswagen der Vorzug zu geben ist: „Grundsätzlich befördern wir gewisse Gruppen von Risikopatienten – auch wenn sie vom Hubschrauberarzt eine Erstversorgung erhalten haben sollten – lieber mit dem Notarzt- oder Rettungswagen in die Klinik. So unterliegen z. B. Herzinfarkt-Patienten auf dem Transportweg dem Risiko, daß das Herz plötzlich, wie wir sagen, stolpert, vielleicht sogar aussetzt. Die dann sofort erforderlichen Wiederbelebungsmaßnahmen sind zwar prinzipiell auch im Hubschrauber möglich, jedoch aufgrund der räumlichen Enge äußerst kompliziert.“

Ein bodengebundenes Rettungsmittel hat in solchen Fällen zweifellos erhebliche Vorteile. Hinzu kommt, daß auch die Intensivstationen für Infarktbehandlungen relativ enger gestreut sind als z. B. große Unfallzentren und daher auch mit dem Wagen in recht kurzer Zeit erreicht werden können.

... oder des Hubschraubers

Selbstverständlich kann Dr. Bouillon eine Reihe von Verletzungs- und Erkrankungsarten nennen, bei denen der Rettungshubschrauber mit Blick auf den Patiententransport unübersehbare Vorteile besitzt: So sollten z. B. Patienten mit Wirbelsäulenverletzungen nach Möglichkeit immer äußerst behutsam und erschütterungsfrei vom Unfallort in die Klinik gebracht werden. Dies ist ein nahezu klassisches Beispiel für einen der Vorzüge des Hubschraubers.

Schwerstverletzte, sogenannte polytraumatisierte Unfallopfer werden ebenfalls bevor-

zugt auf dem Luftweg in eine Unfallklinik transportiert. Dr. Bouillon: „Bereits während des Anfluges nehmen wir Kontakt zur Klinik auf. Sollte sich dabei ergeben, daß das angeflogene Unfallzentrum im Moment stark überlastet ist und den Patienten nur unter größten Schwierigkeiten aufnehmen könnte, so ist es für uns ein Leichtes, umzudisponieren: anstatt, beispielsweise, nach Bonn fliegen wir dann vielleicht nach Düsseldorf. Mit dem Hubschrauber bleibt sich das gleich, während der Rettungswagen in einem solchen Fall wertvolle Zeit verlieren würde.“

Frühe Hilfe erhöht Heilungschancen

Entscheidend ist auf alle Fälle, daß dem Patienten so schnell wie möglich optimale Diagnostik und Therapie zuteil werden – sowohl am Notfallort als auch bei der anschließenden stationären Behandlung. Je früher dem Patienten geholfen wird, um so größer sind seine Heilungs- und Überlebenschancen. Dazu noch einmal der Mediziner: „Wenn man etwa bedenkt, daß hier bei uns in Merheim ein Tag auf der Intensivstation über tausend Mark pro Patient kostet, dann kann durch den rechtzeitigen Einsatz des richtigen Rettungsmittels über die verkürzte Verweildauer letztlich auch der Gesamtaufwand gesenkt werden.“

Spezialfall Sekundärtransport

Die Einsatzanforderungen des Rettungshubschraubers beschränken sich aber nicht allein auf die sogenannten Primärmaßnahmen, also auf das Heranführen von Arzt und Sanitäter an den Notfallort sowie, in bestimmten Fällen, den anschließenden Transport von Patienten in die Klinik. Dr. Bouillon erinnert an den verunfallten Patienten mit Oberschenkelbruch: „Wäre er – auf welchem Wege auch immer – in ein nahegelegenes Kreiskrankenhaus gebracht worden und hätte sich erst dort nach einiger Zeit der Anhaltspunkt für eine innere Schädelverletzung ergeben, so hätte man auch dann noch den Hubschrauber zum Einsatz bringen können.“

Damit spricht der Notarzt die Funktion des Rettungshubschraubers als sogenanntes Sekundärtransportmittel an. Sekundärtransporte werden notwendig, wenn Patienten dringend in eine andere Klinik gebracht werden müssen; sei es, daß man eine größere Therapie einleiten muß, die dort nicht möglich ist, oder sei es, daß – wie im angesprochenen Fall – eine größere diagnostische Abklärung erforderlich wird. Mit Hinweis auf den verletzten Motorradfahrer erläutert der Mediziner: „Besteht der Verdacht auf eine Verletzung im Schädelinneren, so spielt der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle, um die Schädigung des Hirns durch Blutungen möglichst gering zu halten.“

Wegen solcher und ähnlicher dringender Sekundärtransporte war Christoph 3 im letzten Jahr zu knapp 100 Einsätzen unterwegs, d.h. rund ein Achtel der Gesamteinsätze entfielen auf Patientenverlegungen zwischen zwei Kliniken. Dr. Bouillon weist allerdings auf andere Hubschrauberstützpunkte, bei denen der Anteil von Sekundärtransporten bis zu 40 Prozent beträgt und damit wesentlich höher liegt als in Köln.

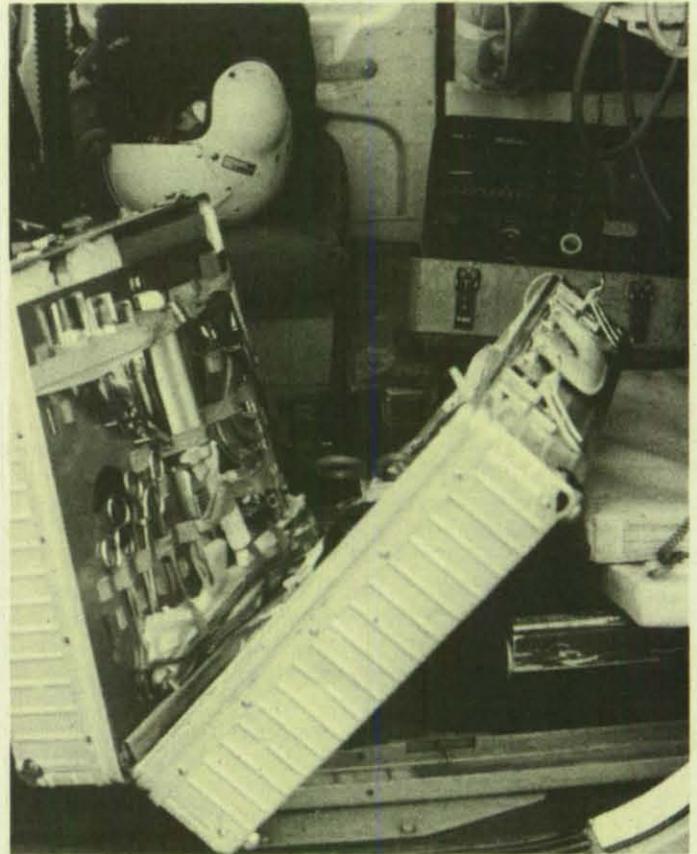
Zuweilen kommt es auch vor, daß seltene Medikamente, Blutplasma oder Transplantate an anderer Stelle dringend gebraucht werden. „Die Durchführung solcher Transporte mit dem Hubschrauber fällt allerdings kaum ins Gewicht; die Einsatzzahlen pro Jahr bewegen sich bei uns hier zwischen null und drei.“

Einheitliche Innenausstattung

Bei dieser Einsatzart kommt die medizinische Bordausstattung von Christoph 3 so gut wie nicht zur Anwendung, dagegen häufiger bei Sekundärtransporten und fast immer bei Primäreinsätzen. Die Ausstattung ist auf die recht beengten Platzverhältnisse im Hubschrauber abgestimmt und erfüllt die modernen Anforderungen in der Notfallmedizin. DIN-Tragen und Vakuum-Matratze gehören ebenso dazu wie ein Sauerstoffgerät, ein tragbarer Defibrillator (ein Kontrollgerät für Herz- und Kreislauffunktion), ein



Ein Blick auf die Flug- und Navigationsinstrumente.



Immer griffbereit: Der Notarztkoffer und ein transportabler Monitor zur Überwachung der Herz- und Kreislauffunktionen.



Der optimal genutzte Innenraum wird durch die Hecktür beladen.

Absauggerät und natürlich eine Vielzahl von Medikamenten, Infusionslösungen und dergleichen mehr.

Alle Hubschrauber an den 35 Stationen des deutschen Luftrettungssystems sind im wesentlichen so ausgestattet wie der Katastrophenschutz-Hubschrauber in Köln-Merheim. „Hinsichtlich einzelner Präparate und einiger kleinerer Ausrüstungsgegenstände bestehen allerdings gewisse Abweichungen von Station zu Station“, fügt Dr. Bouillon hinzu. „Die Hubschrauberärzte bevorzugen in diesem kleinen Teilbereich jeweils eine individuelle Zusammenstellung nach ihren persönlichen Vorstellungen.“

Problemloser Austausch des „Innenlebens“

Die Medikamentenbehälter, Instrumente und andere Geräte sind so installiert, daß sie während des Einsatzes nicht verrutschen oder herunterfallen können. Trotzdem läßt sich die gesamte medizinische Innenausstattung im Bedarfsfall mit wenigen Handgriffen lösen und komplett herausnehmen. Dazu Dr. Bouillon: „Das hat den Vorteil, daß wir immer mit derselben Ausstattung arbeiten und darüber hinaus jede Sta-

tion mit einer einzigen Ausrüstung auskommt. Falls also unser Hubschrauber einmal für längere Zeit wegen Wartung oder Reparatur ausfällt, so bekommen wir umgehend eine leere Ersatzmaschine, in die wir dann das gesamte Material – es wird übrigens hier in Köln von der Feuerwehr gestellt – innerhalb kurzer Zeit wieder einbauen können. Für eine solche Umrüstung brauchen wir nicht mehr als zehn Minuten. Für den Austausch unseres Notarztkoffers, dessen Inhalt etwa bei einem vorausgegangenen Einsatz verbraucht wurde, benötigen wir sogar nur Sekunden: Ein komplett gefüllter und verplombter Reservekoffer steht jederzeit bereit.“

Optimum der medizinischen Versorgung

Technische Probleme bestehen also in der Luftrettung nach Ansicht des stellvertretenden Leiters des Kölner Notarztwesens heutzutage keine. Auf die Frage, ob dies in gleicher Weise auch für das Gesamtsystem Luftrettung gelte, antwortet Dr. Bouillon: „Generell können wir mit den gegebenen Bedingungen durchaus zufrieden sein. Das gilt sowohl für unseren Katastrophen-

schutz-Hubschrauber hier im Kölner Rettungsdienst als auch darüber hinaus, d.h. für alle 35 Stationen des Luftrettungssystems. Ein noch dichteres Netz an Stützpunkten hätte aus medizinischer Sicht keinen nennenswert positiven Effekt, denn mit durchschnittlichen Flugzeiten von sieben bis acht Minuten bis zum Notfallort haben wir ein Optimum der medizinischen Versorgung geschaffen.“

Gewisse Probleme könnten allerdings auf die Stationen zukommen, die stärker als wir auf dem Gebiet der Sekundärtransporte engagiert sind. Ihre Wirtschaftlichkeit könnte auf mittlere Sicht durch das verstärkte Aufkommen privater Organisationen in diesem Teilbereich ernsthaft gefährdet werden. Wir empfehlen daher diesen Organisationen, sich mit uns in Verbindung zu setzen und den Aufbau eines Sekundärtransportnetzes zu koordinieren, damit nicht das bewährte Luftrettungsnetz Schaden nimmt.“

Blick in die Zukunft

Abschließend antwortet Dr. Bouillon auf die Frage, ob sich nach seiner Einschätzung unter den heute gegebenen Bedingungen eine Erhöhung der Anforderungsfälle für Hubschrauber im Rettungsdienst denken ließe: „Nach den mir vorliegenden Erfahrungen ist das durchaus vorstellbar. Der Hubschrauber wird zwar heute in einem sehr viel höheren Maße als normales Rettungsmittel angesehen als noch vor wenigen Jahren. Trotzdem halte ich es für notwendig, hier und da noch vorhandene Hemmschwellen und Informationsdefizite abzubauen.“

Das wird am leichtesten dort zu bewältigen sein, wo gelegentlich einfach nicht daran gedacht wird, uns herbeizurufen oder wo die Ansicht herrscht, der Hubschrauber dürfe nur bei Unglücksfällen ab einer bestimmten Größenordnung alarmiert werden. Wenn wir aber anhand unserer Einsatzstatistiken feststellen müssen, daß vereinzelt Kreise den Hubschrauber grundsätzlich nie anfordern, so wird dort sehr viel mehr an Aufklärungsarbeit zu leisten sein. Wir Ärzte weisen immer wieder darauf hin, daß es oberstes Ziel eines jeden Notarzteinsatzes ist, in möglichst kurzer Zeit Arzt, Sanitäter und Material zum Notfallpatienten zu bringen, damit rasche ärztliche Hilfe möglich wird.

Welches Transportmittel dabei zum Einsatz kommt – ob Rettungswagen, Notarztwagen oder eben der Rettungshubschrauber –, ist so betrachtet eigentlich von nachrangiger Bedeutung. Wenn es die Sachlage aber erfordert und ermöglicht, dann sollte der Hubschrauber auch zum Einsatz gebracht werden. Dabei wird er den bodengebundenen Notarztwagen immer nur ergänzen, nicht mit ihm konkurrieren!“ h-k



Von diesem Tisch aus werden die Einsätze von Christoph 3 koordiniert.

(Fotos: Hüllstrunk)

Wachsende Risiken zwingen die Feuerwehren, ihren Aufgabenkatalog ständig zu erweitern

Unterrichtsthema: „Gefährliche Stoffe und Güter“

Der Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen führt neue Seminare zur fachlichen Fortbildung der Führungskräfte der Feuerwehren durch

„Explosion im Chemiewerk“, „Wasserverseuchung durch Unfall“, „3 Tote bei Tankwagenunfall“ — solche Pressemeldungen schrecken heutzutage nur kurz auf. Denn die fortschreitende Technisierung unserer Industriegesellschaft ist auch mit immer größer werdenden Belastungen und Gefahren für die Umwelt verbunden, die durch Herstellung, Lagerung und Transport gefährlicher Güter drohen. Diese wachsenden Risiken zwingen die Feuerwehren, ihren Aufgabenkatalog über die ursprüngliche Aufgabe der Brandbekämpfung hinaus ständig zu erweitern.

50 neue Fahrzeuge beschafft

Um nach Bränden oder Unfällen mit gefährlichen Stoffen schneller entsprechende Gegenmaßnahmen treffen zu können, hat der nordrhein-westfälische Innenminister für die Feuerwehren des Landes insgesamt 50 Fahrzeuge zur Messung und Analyse von Gasen, gefährlichen Stoffen oder Strahlen beschafft. Die ersten dieser neuen Fahrzeuge wurden zwischenzeitlich ausgeliefert (das „Zivilschutz-Magazin“ berichtete).

Für den Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen war die Beschaffungsmaßnahme der Anlaß, der Reihe seiner ständig durchgeführten Führungsseminare ein weiteres hinzuzufügen.

Das völlig neu konzipierte Seminar „Umgang mit gefährlichen Stoffen und Gütern“ wendet sich an Bezirks- und Kreisbrandmeister, Wehrführer und Führer von Verbänden sowie deren Vertreter. Das erste von vier für 1986 geplanten Seminare, das am Wochenende 19./20. April im Feuerwehrerholungsheim Bergneustadt stattfand, zählte 25 Teilnehmer aus dem Kreis der Feuerwehr-Führungskräfte.

Für die Durchführung des Seminars hatte der Landesfeuerwehrverband namhafte



Oben: Das nordrhein-westfälische Feuerwehrerholungsheim in Bergneustadt war Durchführungsort des neuen Seminars.

Unten: Den 25 Seminarteilnehmern wurden an den beiden Tagen umfangreiche Kenntnisse vermittelt. Als Gast anwesend war Ministerialrat Schürmann (links).



Fachreferenten gewinnen können, die sich der Aufgabe stellten, den Teilnehmern in den insgesamt 11 Ausbildungsstunden das komplexe Thema näherzubringen.

Mit den Fingerspitzen kann der Unterschied zwischen Säuren und Laugen festgestellt werden.



Weitere Ausbildung im Herbst

Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Hauptbrandmeister Schneider, ging bei der Begrüßung der Teilnehmer auch auf das Ziel des Seminars, die fachliche Fortbildung der Führungskräfte, ein und betonte, daß mit dem Seminar die Ausbildungsarbeit der Landesfeuerwehrschule unterstützt werden solle.

Er verwies besonders darauf, daß es nicht Aufgabe dieses Seminars sei, das Einsatzpersonal für die neuen Meßfahrzeuge auszubilden. Diese Ausbildung werde – wahrscheinlich im Herbst dieses Jahres beginnend – in einem 36-Stunden-Wochenendlehrgang erfolgen.

Neue Feuerwehr-Dienstvorschrift in Arbeit

Ministerialrat Schürmann (Innenministerium Nordrhein-Westfalen), als Gast anwesend, betonte, daß die Durchführung der Seminare vom Ministerium lebhaft begrüßt werde, da die Aus- und Fortbildung in der Feuerwehr wichtige Aufgaben darstellen, die auch in Zukunft verstärkt werden müssen.

Er kündigte das Erscheinen einer Feuerwehr-Dienstvorschrift zum Thema Gefährli-

che Stoffe und Güter (FwDV 14) an, die sich auf die Ausbildung in diesem Bereich bezieht. Die Arbeiten zu der Dienstvorschrift 14 stehen kurz vor dem Abschluß, so daß die neue Vorschrift noch in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen in Kraft treten kann.

Seminarablauf an Einsatzablauf angepaßt

Zum Ablauf des Seminars erläuterte Landesgeschäftsführer Kroonen, daß der Stoffplan in seinem zeitlichen Ablauf bewußt so gewählt worden sei, um einem tatsächlichen Einsatzablauf möglichst nahe zu kommen.

So beginnt das Seminar mit „Arten, Möglichkeiten und Grenzen des Messens gefährlicher Stoffe und Güter“. Der prakti-

schen Vorstellung der Sonderausrüstung für den Umgang mit gefährlichen Stoffen und Gütern folgen die Themen „Einsatz bei gefährlichen Stoffen und Gütern“ und „Kennzeichnung, Informations- und Hilfeleistungssysteme“, womit der erste Unterrichtstag abschließt.

Am zweiten Tag werden besondere Maßnahmen bei Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern behandelt, bis die Auswertung zahlreicher Fallbeispiele und eine Aussprache das Seminar abschließen.

Anschauliche Demonstrationen

Die erste Unterrichtsstunde – „Arten, Möglichkeiten und Grenzen des Messens gefährlicher Stoffe und Güter“ – wurde von drei Lehrkräften übernommen.



Links: Das Prüfröhrchen zeigt das Vorhandensein nitroser Gase im Braundrauch an.

Rechts: Die Technik verschiedener Gasmeßgeräte wird anschaulich dargestellt.



Dabei wurden die Teilnehmer dann im wahrsten Sinne des Wortes „hautnah“ ans Thema gebracht.

An dem mit einer Pipette auf die Fingerspitze geträufelten Tropfen verdünnter Säure und verdünnter Lauge konnte jeder Teilnehmer selbst den Unterschied zwischen beiden Stoffen „erfühlen“. Die Referentin, Frau Dipl.-Ing. Rodewald (Münster), erläuterte anhand dieser praktischen Demonstration die Eigenschaften von Säuren und Laugen.

Nach der Feststellung der Stärke einer Säure oder Lauge, ausgedrückt als pH-Wert, wurde im Laborversuch demonstriert, welche enormen Wassermengen erforderlich sind, um einen solchen Stoff durch Verdünnen unschädlich zu machen.

Die Abnahme der Konzentration konnten die Teilnehmer mit Indikatorpapier, das für spontane Messungen geeignet ist, selbst feststellen. Für genaue und länger andauernde Messungen wurde als exakt anzeigendes Gerät das pH-Meter vorgestellt.

Weitere Laborversuche verdeutlichten die Reaktionen, die manche Flüssigkeiten beim Zusammentreffen mit Wasser zeigen. Und wer etwa die heftige Reaktion von Schwefelsäure beim Zufügen von einem Tropfen Wasser sehen konnte, kann sich lebhaft vorstellen, wohin ein falscher Einsatz von Wasser im Schadensfall führen kann.

Reg.-Oberbrandrat Dipl.-Chem. Dr. Rodewald (Landesfeuerwehrschule Münster) widmete sich der Erläuterung des Prüfröhrchen-Systems, das bei der Feststellung und Messung von Gasen und Dämpfen Verwendung findet. Hier erfuhren die Teilnehmer wichtige Einzelheiten über Funktionsweise, Handhabung und Auswertung der Prüfröhrchen.

In einer praktischen Darstellung konnte beim labormäßigen Abbrand eines kleinen Teiles Kinofilmmaterials mit dem entsprechenden Prüfröhrchen das Vorhandensein nitroser Gase im Reagenzglas festgestellt werden.

Verschiedene Meßgeräte zur Messung gefährlicher Konzentrationen gasförmiger Stoffe sowie zur Feststellung des Sauerstoffgehaltes der Luft wurden von Reg.-Brandoberinspektor Dipl.-Ing. Heuschen (Landesfeuerwehrschule) vorgestellt. Er erläuterte Technik und Bedienung sowie die Anzeigen der Geräte und gab den Teilnehmern Hinweise für deren praktischen Gebrauch.

Gerätewagen der Landesfeuerwehrschule vorgestellt

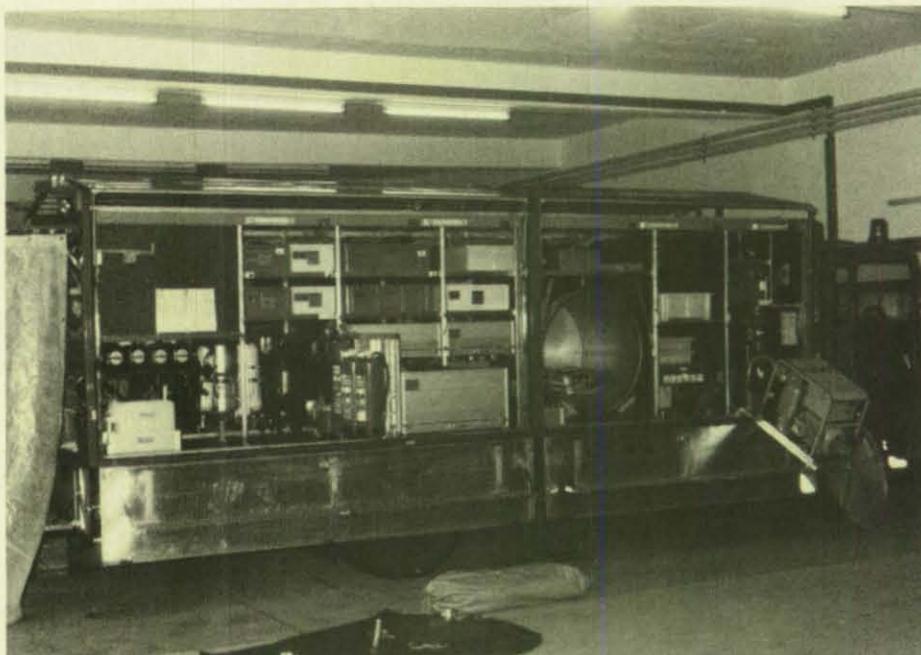
Unter dem nächsten Thema „Sonderausrüstung für den Umgang mit gefährlichen Stoffen und Gütern“ ging es in die Praxis.

Hier wurde der in der Feuerwache Bergneustadt aufgestellte Gerätewagen „Gefährliche Stoffe und Güter“ (GW GSG) der Landesfeuerwehrschule vorgestellt.

Reg.-Branddirektor Remppe, der gemeinsam mit Reg.-Oberbrandrat Kornfeld (beide Landesfeuerwehrschule) die Bestückung des Fahrzeuges erläuterte, erklärte eingangs, daß das vorgestellte Fahrzeug für die Bekämpfung eines Schadensfalles konzipiert sei und deshalb als Ergänzung eines Fahr-

zeuges zur Messung und Analyse – wie die vom Land neu beschafften Fahrzeuge – zu sehen sei.

Zur Bewältigung des breitgefächerten Einsatzspektrums verfügt das Fahrzeug über eine Vielzahl von speziellen Einrichtungen und Geräten. Für die Energieversorgung des ausfahrbaren Lichtmastes und der verschiedenen tragbaren Pumpen des Fahrzeuges dienen ein fest eingebauter und ein tragbarer Stromerzeuger.



Oben: Der Gerätewagen „Gefährliche Stoffe und Güter“ der Landesfeuerwehrschule Nordrhein-Westfalen ist für die Bekämpfung eines Schadensfalles konzipiert.



Rechts: Regierungs-Branddirektor Remppe erläutert die umfangreiche Bestückung des Fahrzeuges.



Referent Dr. Rodewald demonstriert, wie eine Mischung aus Kaliumchlorat und rotem Phosphor auf die Zugabe von Energie, hier als Fußtritt, reagiert. Das Ergebnis ist ein heftiger Knall.

(Fotos: Claes)

Neben sechs Edelstahlbehältern mit einem Fassungsvermögen von je 600 Liter sind noch zahlreiche Faltbehälter, Wannen, Bleche und Rinnen sowie Schläuche aus verschiedenen Materialien für die Aufnahme von Schadstoffen verlastet.

Für den Einsatz bei Tankwagenunfällen steht eine umfangreiche Dichtgarnitur mit verschieden geformten Hebekissen und die entsprechenden Spannbänder zur Verfügung. Eine weitere sinnvolle Apparatur dient zum Abdichten undichter Gasflaschen.

Zum persönlichen Schutz der Einsatzkräfte werden auf dem Fahrzeug mehrere Gas- und Säureschutzanzüge mitgeführt. Atemschutzgeräte mit Masken mit Hör-Sprechgarnitur vervollständigen die Ausrüstung zum persönlichen Schutz.

Das Fahrzeug der 11-Tonnen-Klasse ist für eine Truppsatzung ausgelegt. Der relativ hohe Preis von über 400 000 DM ist unter anderem darin begründet, daß für die Herstellung der verlasteten Ausrüstung überwiegend Edelstahl (V4A) oder hochwertige Kunststoffe verwendet wurden.

Alarm- und Einsatzpläne besprochen

Dem Thema „Einsatz bei gefährlichen Stoffen und Gütern“ widmete sich Branddirektor Rempe in den nächsten Stunden. Er ging auf die Einsatzgrundsätze ein und verwies auf sachkundige Stellen, die beim Ein-

satz beraten und helfen können. Bei der Erläuterung der vorbereitenden Maßnahmen wurden auch die zu erstellenden Alarm- und Einsatzpläne besprochen und Modelle vorgestellt.

Der Referent gab eine Übersicht über die fachliche Ausbildung der Einsatzkräfte, die in drei Abschnitten erfolgen soll. Der erste Abschnitt ist der bereits angesprochene 36-Stunden-Wochenendlehrgang, der die Grundausbildung der Besatzungen der neuen Fahrzeuge beinhaltet.

Der zweite Abschnitt betrifft die Führer von taktischen Einheiten oder Verbänden sowie spezielle Funktionsträger, die den Lehrgang „Gefährliche Stoffe und Güter“ (2 Wochen) an der Landesfeuerwehrschule besuchen sollen. Im dritten Abschnitt sollen mindestens einmal jährlich Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Anhand eines Ablaufschemas wurden die Teilnehmer über die bei einem Gefahrgutunfall zu treffenden Maßnahmen unterrichtet. Diese wurden in einen allgemeinen Teil, der die direkte Einsatzfähigkeit umfaßt, und einen abschließenden Teil – nach Beendigung der akuten Gefahr – unterschieden.

Fahrzeug-Kennzeichnung von besonderer Wichtigkeit

Zum Thema „Kennzeichnung, Informations- und Hilfeleistungssysteme“ konnte der Referent, Brandingenieur Spohn (Deutsche Solvay-Werke), viel von seiner praktischen Erfahrung einbringen. Er gab eine Über-

sicht über die geltenden nationalen und internationalen Transportvorschriften und erläuterte die äußere Kennzeichnung der Transportfahrzeuge. Die Informations- und Hilfeleistungssysteme bei Transportunfällen wurden ebenfalls ausführlich dargestellt.

Das Referat wurde mit einem Diavortrag über die Ausrüstung von Werkfeuerwehren der chemischen Industrie abgerundet. Die Bilder gaben einen informativen Einblick in die Vielfalt dieser Ausrüstung, die auch zahlreiche Geräte als Eigenkonstruktionen für spezielle betriebsspezifische Einsätze umfaßt.

Darstellung der neun Gefahrklassen

Referent Dr. Rodewald ging zum Thema „Besondere Maßnahmen bei Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern“ ausführlich auf die von der Feuerwehr zu treffenden Maßnahmen, bevor eine Fachkraft am Einsatzort eintrifft, ein.

Breiten Raum nahm in diesem Referat die Darstellung der neun Gefahrklassen im Landverkehr ein. Neben den einzelnen Klassen wurde auch das jeweilige Gefahrensymbol erläutert.

Aufschlußreicher Diavortrag

Direktor der Feuerwehr Dipl.-Chem. Eulenburg (Essen) schloß mit der Darstellung von Fallbeispielen aus der Praxis die Referatsreihe ab.

Anhand eines Diavortrages schilderte er den Ablauf verschiedener Gefahrguteinsätze und zeigte die daraus gezogenen Erkenntnisse auf. Durch die Bilder von realen Einsätzen konnten die Teilnehmer auch optisch erkennen, welche Gefahren in solchen Fällen drohen und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

„Das neue Seminar ist optimal“

Bei der sich anschließenden Aussprache wurde dem Landesfeuerwehrverband und den Referenten einhellig bescheinigt, daß das neue Seminar sowohl im Hinblick auf Inhalt als auch auf Ablauf optimal sei. Es wurde betont, daß die den Teilnehmern vermittelten Kenntnisse eine gute Basis für eine weitere Ausbildung auf Standortebene darstellen.

Der Landesfeuerwehrverband sah sich bestätigt, mit der Einrichtung dieser Seminare einen Schritt in die richtige Richtung getan zu haben. Denn es kann unbestritten festgestellt werden, daß Schulung und Ausbildung für Gefahrguteinsätze von der Feuerwehr in Zukunft verstärkte Anstrengungen fordern werden.

— cl —

Dipl.-Ing. Karl Kiefer

Mehrzweckanlage „Schloßbergtunnel“ in Wertheim fast anderthalb Jahre in Betrieb

Aus Protest wurde Zustimmung

Auf zwei Ebenen Parkraum für insgesamt 300 Pkw – 4400 Schutzraumplätze im Zivilschutzfall

An der Mündung der Tauber in den Main liegt am Fuß des Schloßbergs die Stadt Wertheim mit ihrem mittelalterlichen, romantischen Altstadtkern. Die engen Gassen und malerischen Fachwerkhäuser vermitteln dem Besucher ein beeindruckendes Erlebnis. Durch die Schaffung einer Fußgängerzone, die neue Verkehrsführung des Durchgangsverkehrs sowie die Bestrebung, den ruhenden Verkehr möglichst aus dem Altstadtbereich herauszuhalten, ergaben sich erhebliche Parkplatzprobleme, so daß die Stadtväter gezwungen waren, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die attraktiven Einkaufszentren sowie die historischen Sehenswürdigkeiten sollten auch für motorisierte Besucher bequem erreichbar sein.

Herkömmliche Parkhäuser schieden aus architektonischen Gründen aus, auf Tiefgaragen mußte man wegen der permanenten Hochwassergefahr verzichten. So ging man denn völlig unkonventionelle Wege. Man errichtete in den in unmittelbarer Nachbarschaft des Stadtkerns liegenden, die Altstadt hoch überragenden Schloßberg eine Tiefgarage in Form einer bergmännisch aufgefahrenen Kaverne. Da solch eine Anlage sich vorzüglich für Zivilschutzzwecke eignet, wurde sie, trotz anfänglichem Bürgerprotest, gleichzeitig zu einer Mehrzweckanlage ausgebaut, so daß man nicht nur 300 Stellplätze erhielt, sondern darüber hinaus auch Schutzplätze für 4400 Personen.



Zeichen für den Zivilschutz

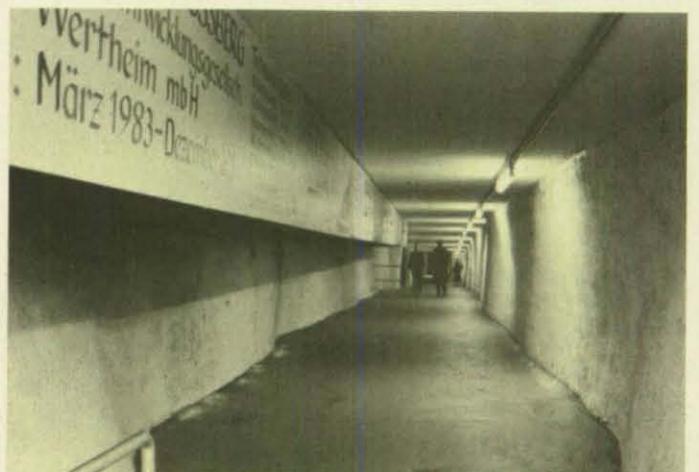
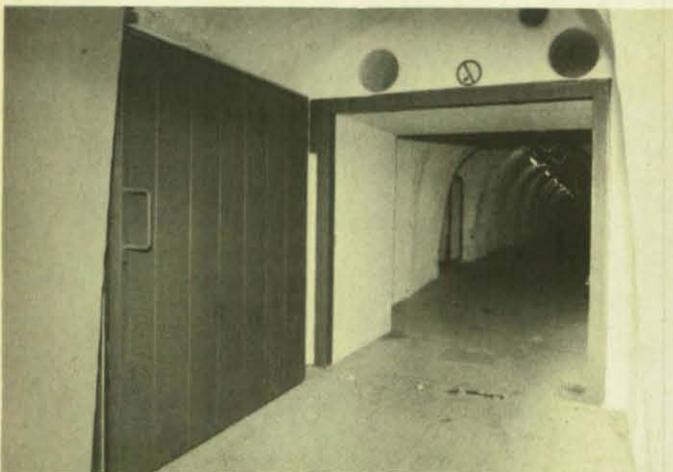
Der Beginn der Bauarbeiten wurde nach altem bergmännischem Brauch zünftig gefeiert (ZS-Magazin 6/83 berichtete ausführlich darüber). Aus Bonn und Stuttgart erschien hoher Besuch. Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, Bundestagsabgeordneter Dr. Karl Miltner und Ministerialdirektor Benno Bueble vom Innenministerium Baden-Württemberg wohnten dem Festakt bei. Oberbürgermeister Gläser stellte fest, daß mit dieser Anlage „ein Zeichen für den Zivilschutz“ gesetzt würde.

Unten links: Ein Blick auf das Schwenktor zum Schließen eines Zugangstollens.

Unten rechts: Der Zugangstollen für die Fußgänger.

Zivilschutz ist eine unerläßliche humanitäre Aufgabe

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann unterstrich in seiner Festrede: „Zivilschutz ist unbestritten eine besonders wichtige humanitäre Aufgabe, weil er dem Schutz und der Erhaltung menschlichen Lebens dient. Er ist nicht nur ein Gebot vorsorgender Klugheit, sondern vor allem ein zwingendes Gebot der Menschlichkeit, Maßnahmen zum Schutz unserer Zivilbevölkerung gegen die Gefahren zu treffen, denen sie in einem militärischen Konflikt ausgesetzt wäre ... Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung“, betonte der Innenminister.



Felskaverne „Ursula“

Die erste Sprengung zündete am 30. Mai 1983 die Tunnelpatin Ursula Hartmann, deren Vornahme „Ursula“ der Mehrzweckanlage den Namen gibt.

Die Kaverne wurde nach der sogenannten Neuen Österreichischen Bauweise in den anstehenden Buntsandstein gebirgsschönend gesprengt. Nach den einzelnen Sprengungen und Herauslösen des Gesteins wurde das klüftige Gebirge mit Zementmörtel injiziert (verpreßt), mit einer bewehrten Spritzbetonschale gefestigt und mit Felsanker gesichert. Während des Bauablaufs gab es lediglich eine größere Unterbrechung, als ein ca. 60 Tonnen schwerer Felsbrocken sich vom First der Kaverne löste. Glücklicherweise kam niemand durch dieses Ereignis zu Schaden. Selbst in unmittelbarer Nähe der Baustelle traten keine Erschütterungs- und Setzungsschäden an Nachbarbauwerken auf.

Die Kaverne folgt hochwasserfrei den Höhenlinien des Schloßbergs. Sie ist im Grundriß gekrümmt und ca. 215 m lang. Der halbkreisförmige Querschnitt beträgt ca. 128 m². Die Felsüberdeckung liegt zwischen 25 und 30 m. Insgesamt wurden ca. 30 000 m³ Fels ausgebrochen, ca. 9 000 m³ Spritzbeton und 3 800 Felsanker eingebaut.

Friedensmäßige Nutzung

In der Kaverne befinden sich zwei Parkdecks mit einer mittleren Fahrspur und beidseits angeordneten Parknischen sowie eine zusätzliche Etage zur Aufnahme der technischen Anlagen. Die Zwischendecken aus Stahlbeton ruhen auf in den Fels gegründeten Stahlbetonrahmen und sind seitlich vollkommen vom Fels getrennt. Eventuelle Gebirgsbewegungen können daher die Parkdecks nicht mit zusätzlichen Kräften beanspruchen. Die Parketagen sind mit einer Wendeschleife verbunden und über zwei 45 m lange Tunnelröhren, die als Ein- und Ausfahrt dienen, vom Mainufer aus be-

Die untere Parkebene mit Stellplätzen für 150 Pkw.



quem zu erreichen. Zusätzliche Treppenhäuser befinden sich am Anfang und Ende der Kaverne. Von hier aus kommt der Besucher unmittelbar in den Altstadtbereich.

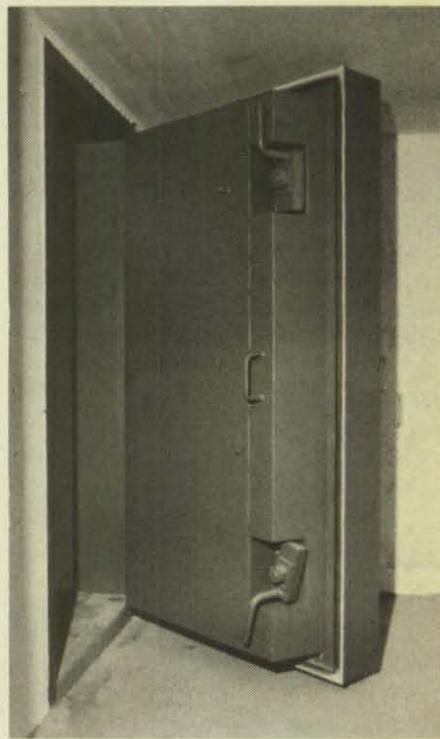
Zivilschutztechnische Planung

Maßgebend für die zivilschutztechnische Planung waren die „Bautechnischen Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweckanlagen“, Fassung März 1979. Für die Überschreitung des nach diesen Bautechnischen Grundsätzen maximalen Fassungsvermögens von 3 000 Personen um 1 400 Personen wurde eine Sondergenehmigung eingeholt.

Zivilschutztechnisch dienen die Parkdecks nach Entfernen der Kraftfahrzeuge als Aufenthaltsflächen. Einschließlich Krankenraum, Aborträume, Fläche für die Wasservorratung und Notküchen sind nach diesen Grundsätzen 2,0 m² Grundfläche je Person vorgesehen. Pro Person steht ein Luftvolumenstrom von mindestens 4,5 m³ zur Verfügung.

Grundschutz

Die Anlage ist nach den Erfordernissen des Grundschutzes ausgelegt, d. h. sie bietet eine Druckresistenz von über 0,3 bar,



Oben: Der Raum der Netzersatzstromanlage wird mit einer strahlensicheren Stahlbetontür verschlossen.

Unten links: Der Treppenaufgang des Notausstiegschachts mit Notausstiegsschleuse, Abluftregelventilen, Wechselsprechanlage und strahlensicherem Kontrollfenster.

Unten rechts: Das Notausstiegsbauwerk auf dem Schloßberg.



schützt gegen radioaktive Niederschläge (Rückstandsstrahlung), gegen Brandeinwirkung sowie gegen biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe. Die unterirdische Lage des Bauwerks sowie die gewaltige Felsüberdeckung gewährleisten die Druckresistenz hinsichtlich einer atomaren Druckwelle. Vom Strahlenschutz her werden die Anforderungen des Grundschutzes mehr als erfüllt. Lediglich die Eingangsbauwerke mußten besonders ausgebildet werden. So wurden sowohl Ein- als auch Ausfahrtquerschnitt mit einem 40 cm dicken Stahlbetonschiebetor versehen, um die Rückstandsstrahlung (fall out, radioaktive Niederschläge) auf den hundertsten Teil (Schutzfaktor 100) abzuschwächen. Bei den Personenschleusen wurde dieser Schutzfaktor einerseits durch massive Stahlbetontüren, andererseits durch entsprechende Abwinkelungen der Zugänge erreicht.

Darüber hinaus wurde das gesamte Bauwerk absolut gasdicht verschließbar ausgebildet, um das Eindringen radioaktiver und anderer schädlicher Stäube sowie biologischer Kampfmittel und chemischer Kampfstoffe zu verhindern. So werden die Betonschiebetore nach dem Zufahren mit Gewindeschrauben fest an umlaufende feuerbeständige Dichtungsbänder gasdicht verschlossen. Die Personenschleusen sind u. a. mit feuerhemmenden Gastüren versehen.

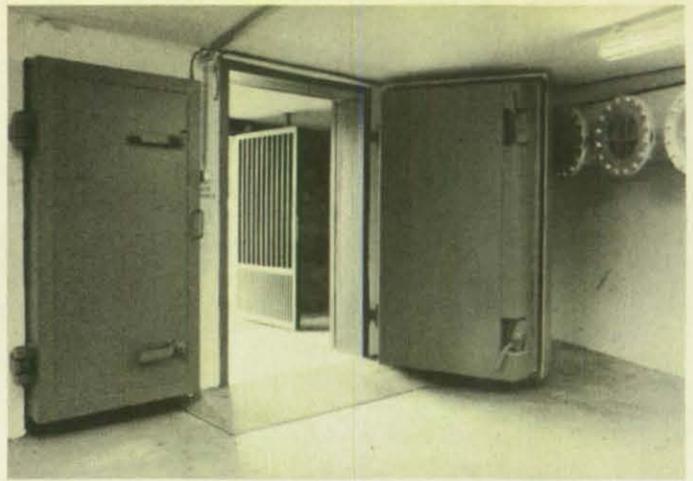
Alle Schleusen haben eine Klingelanlage sowie eine Wechselsprecheinrichtung. Der Schleusenwärter kann die gasdichten Abschlüsse von seinem Kontrollraum aus verschließen und den äußeren Schleusenbereich durch strahlensichere Kontrollfenster übersehen. Zusätzlich zu den Schleusen ist in der Mitte der Kaverne ein Notausstieg angeordnet, der auf dem Schloßberg in unbautem Gelände endet.

Raumlufttechnische Versorgung

Lüftungstechnisch hat die Anlage für Zivilschutzzwecke und für die friedensmäßige Nutzung zwei getrennte Lüftungssysteme. Zivilschutztechnisch fördern drei elektrisch betriebene Lüftungsventilatoren vom Typ SL 120 die Außenluft in die Aufenthaltsbereiche der Kaverne. Bei Radioaktivität oder verseuchter Außenluft wird der Luftvolumenstrom über strahlungssicher abgeschirmte Staubfilter und über insgesamt 33 Raumfilter vom Typ R 10 gefiltert.

Die Raumfilter bestehen aus einem Schwebstoff- und Gasfilterteil und können die atmosphärische Luft von ABC-Kampfmitteln reinigen. Der mittlere Abscheidegrad solcher Schwebstofffilter ist gesetzlich vorgeschrieben und muß über 99,995 % betragen! Raumfilter entfernen aus der sie durchströmenden Luft alle chemischen Kampfstoffe einschließlich der Nervengifte,

Die strahlensichere Betontür zum Verschließen einer Personenschleuse. Rechts im Bild die Überdruckventile.



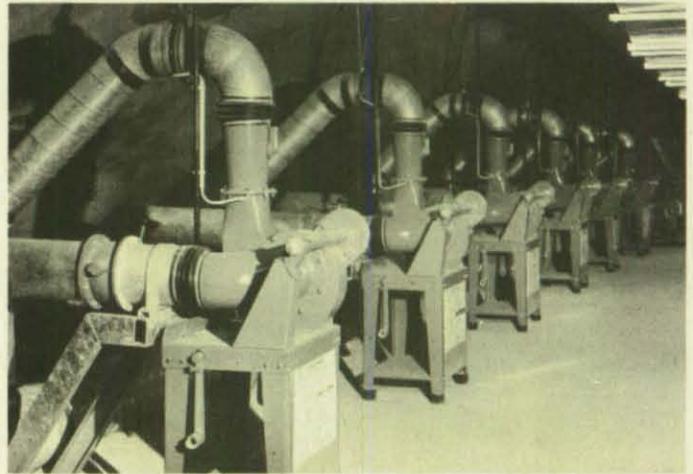
Der Pkw-Einfahrtsstollen mit Überdruckventilen und der Vorrichtung zum Abtrennen der Trockenaborte.



Mit einem strahlensicheren Betonschiebetor ist auch der Pkw-Ausfahrtsstollen gesichert.

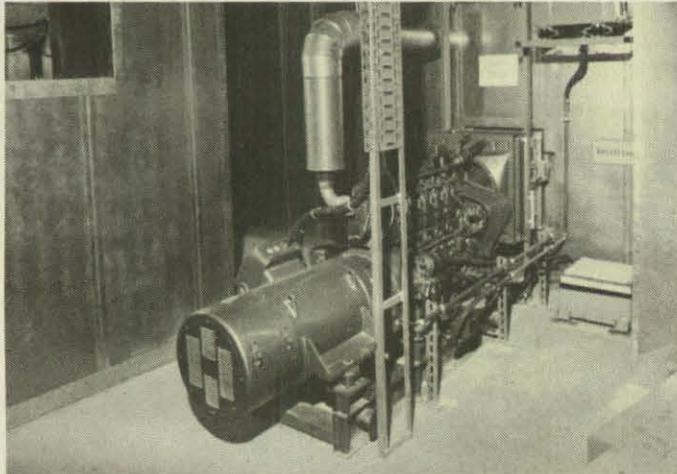


Die auch von Hand zu bedienenden L 15-Lüfter sind im Technikgeschloß untergebracht.

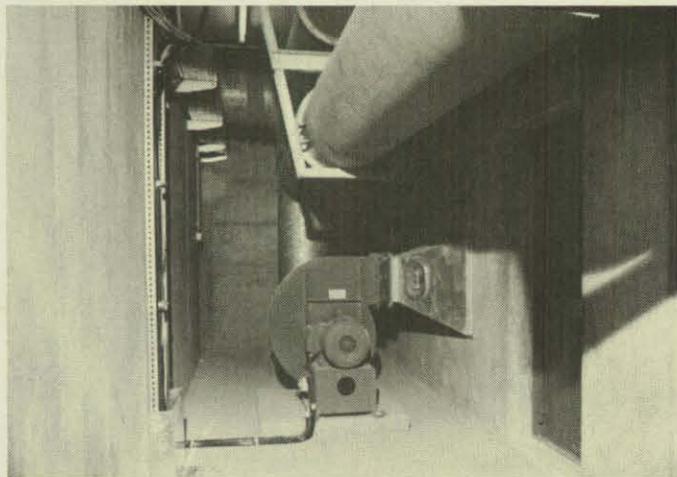




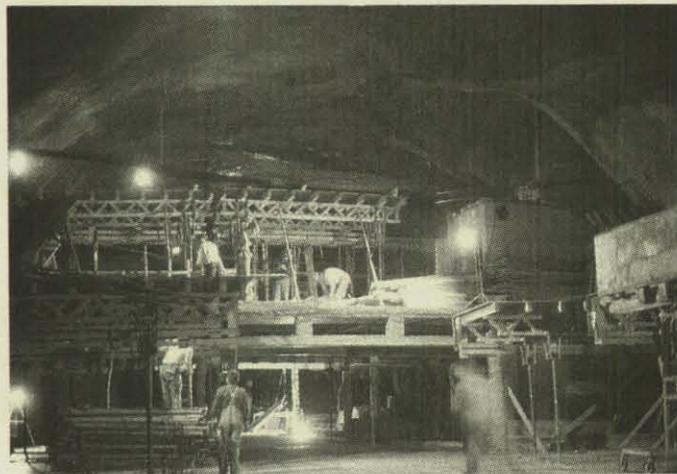
Die R 10-Raumfilter mit Schnellschlußklappen und Lüftungsleitungen.



In einem schallisolierten Raum steht der 400-kW-Dieselmotor.



Mit SL 120-Ventilatoren wird die Luft in die Aufenthaltsbereiche gefördert.



Ein Bild vom Ausbau der Kaverne. Das Foto zeigt die Erstellung der Gerüste zum Bau des Parkdecks.

(Fotos: Sers 14, Stadt Wertheim 1)

die in Form von Gasen, Dämpfen und Schwebstoffen auftreten können. Radioaktive Stäube werden ebenso zurückgehalten wie Krankheitskeime und Bakterien (biologische Kampfmittel). Da bei dieser Anlage keine erhöhte Brandgefährdung vorliegt, konnte auf zusätzliche Sandvorfilter verzichtet werden.

Bei Stromausfall übernimmt ein Dieselgenerator von 400 kW als unabhängige Netzersatzstromanlage die elektrische Versorgung. Der Treibstoffvorrat ist für 14 Tage Vollastbetrieb ausgelegt.

Die drei Lüftungsventilatoren, mit denen sowohl Normal- als auch Schutzluft gefahren werden kann, haben eine Leistung von insgesamt 21 600 m³ Luft pro Stunde. Durch diese Belüftung und die gasdichte Ausbildung des Bauwerks entsteht in der Kaverne ein Überdruck. Er ist erforderlich, um bei etwaigen Undichtigkeiten ein Eindringen von ABC-Kampfmitteln zu verhindern. Die verbrauchte Luft gelangt über Regelmaturen und Überdruckventile wieder nach draußen. Die Überdruckventile sind so ausgebildet, daß sie die Luft nur in eine Richtung durchlassen. Bei einer plötzlich auftretenden Überdruckwelle im Freien schließen sich diese Ventile schlagartig und verhindern damit das Einströmen radioaktiver Außenluft.

Fallen die elektrisch betriebenen Schutzlüfter aus, sind zusätzlich acht Lüftungsgeräte L 15 vorhanden, die auch von Hand bedient werden können.

Bevorratung, hygienische Einrichtung

Die Trinkwasserbevorratung ist durch 52 Wasserbehälter mit je 1 200 Litern Fassungsvermögen gesichert. Als hygienische Einrichtungen stehen den Schutzrauminassen zusätzlich zu den vorhandenen Spülaborten Trockenaborte zur Verfügung, die im Bedarfsfall in den Ein- und Ausfahrtstollen installiert werden.

Schlußwort

Das Bauwerk wurde mit Mitteln des Bundes und des Landes gefördert. Der vorgegebene Kostenrahmen und die projektierte Bauzeit konnten eingehalten werden. Die bergmännischen Arbeiten waren bereits im April 1984 abgeschlossen. Die Parkdecks waren im September 1984 fertiggestellt. Im Dezember 1984 konnte die Tiefgarage in Betrieb genommen werden.

Von der Bevölkerung wurde die Mehrzweckanlage trotz anfänglicher Proteste sehr gut angenommen. Zur Zeit werden Überlegungen angestellt, die Tiefgarage zusätzlich weiter auszubauen.

Quer durch Niedersachsen

Wardenburg. Unter dem Motto „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ stand eine Ausstellung, die der BVS 14 Tage in der Eingangshalle des Rathauses Wardenburg zeigte. Die Schirmherrschaft hatte Gemeindedirektor Werner Cordes übernommen.

Neben der Information der Bevölkerung über den Zivil- und Selbstschutz sollten mit dieser Ausstellung auch Interessierte für die Mitarbeit im BVS oder als Selbstschutzberater der Gemeinde gewonnen werden.

Kirchhatten. Großes Lob zollten Mitarbeiter des BVS zwölf Bediensteten der Gemeindeverwaltung Hatten. Sie besuchten nach einem Selbstschutz-Grundlehrgang auch den Fachlehrgang „Bergung und Sanitätsdienst“, dessen Höhepunkt eine praktische Übung mit realistisch geschminkten „Verletzten“ war. Das im Unterricht Erlernete konnte so unter wirklichkeitsnahen Bedingungen in die Praxis umgesetzt werden.

Höfer. BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper ehrte Josef Rochell für zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit im Verband.

Rochell führte im Laufe der Jahre zahlreiche Selbstschutz-Grundlehrgänge durch und arbeitet als Referent im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Namen der ehrenamtlichen Helfer sprach Helfervertreter Wolfgang-Peter Paul Glückwünsche zu der Auszeichnung aus.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Olpe. Auf Initiative der BVS-Dienststelle Olpe lud der Kreis Siegen-Wittgenstein die Selbstschutz-Sachbearbeiter der Städte und Gemeinden zu einer Arbeitstagung in das Kreishaus Siegen ein.

Kreisdirektor Schwarz erläuterte in der Einführung die Gründe für die Veranstaltung und führte aus: „Die Förderung des Selbstschutzes ist in den einzelnen Gemeinden recht unterschiedlich. Wir wollen in dieser Tagung ein Programm für die nächsten Monate erarbeiten, das in etwa einen Gleichstand der Aktivitäten im gesamten Kreisgebiet erbringen soll.“

Als Ergebnis der Tagung wurde ein sechsstufiges Konzept vorgelegt. Es beinhaltet u. a. die Veröffentlichung einer

Artikelserie, die Werbung von Selbstschutzberatern, Lehrgänge für die Bevölkerung sowie für Schüler von Gymnasien und Realschulen und Schwerpunktaktionen zur Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden.

In der nächsten Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Siegen-Wittgenstein wird dieses Konzept zur Diskussion gestellt.

Münster. 1985 konnte die BVS-Dienststelle Münster in den Kreisen Warendorf und Gütersloh ihre Leistung um rund 35% steigern.

Einen besonderen Akzent setzte die Dienststelle mit dem Angebot an die Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden dieser beiden Kreise, die neugewählten Mitglieder der „Ausschüsse für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung“ über den Zivil- und Selbstschutz zu informieren.

Elf Informationsveranstaltungen mit 107 Teilnehmern waren das Ergebnis der Werbekampagne.

Aufgrund der positiven Resonanz wollen weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen.

Leverkusen. In einem Kaufhaus zeigte die BVS-Dienststelle Leverkusen die Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“. Besonderer Anziehungspunkt war ein Notvorrat für 14 Tage. Per Computer konnten sich die Kunden ihren persönlichen Lebensmittelbedarf errechnen lassen.

In zahlreichen Gesprächen wurde auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes und eines Lebensmittelvorrates hingewiesen.

Per Computer wird der individuelle Lebensmittelbedarf für 14 Tage ermittelt. (Foto: Schütz)



Paderborn. Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte Fritz Becker, Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Paderborn.

Becker hatte schon während seiner Bundesbahnlehre als ehrenamtlicher Helfer beim damaligen Bundesluftschutzverband mitgewirkt, bis er dann als Ausbilder hauptamtlich angestellt wurde.



Ehrung in Paderborn (v. rechts): BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann, Fachbearbeiter Fritz Becker, BVS-Dienststellenleiter Wolfgang Schröder.

Seit 1974 gehört Becker dem Katastrophenabwehrstab des Kreises Paderborn als Berater an.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann überreichte dem Jubilar die Ehrenurkunde.

Frechen. „SWF 3 Musikbox – Hörer gestalten die Sendung“. Michael Kurby, BVS-Beauftragter in Frechen, griff diese Idee auf und schickte eine Liste mit Musiktiteln an den Südwestfunk, die er zusammen mit fünf weiteren ehrenamtlichen Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Düren ausgewählt hatte.

Die einstündige Musiksendung wurde von einem Kurzinterview per Telefon un-

terbrochen, in dem Kurby Gelegenheit hatte, die Arbeit des BVS vorzustellen. Er wies dabei auch auf die Notwendigkeit der Vorsorge und das richtige Helfen in Notsituationen hin.

Bei der Dienststelle Düren zeigte die Sendung ihr positives Echo. Zahlreiche Anrufe, nicht nur aus NRW, nahmen die Mitarbeiter dort entgegen.

Horn-Bad Meinberg. Unter der Schirmherrschaft der Stadt Horn-Bad Meinberg wurde die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ in der Galerie des Staatsbades Meinberg im historischen Kurpark eröffnet.

Drei Wochen lang konnten sich interessierte Bürger, darunter viele Kurgäste, über die Möglichkeiten der Vorsorge und Hilfeleistung in Notfällen informieren.

Neben Stadtdirektor Hans-Joachim Grumbach und dem stellvertretenden Kurdirektor, Horst Paulussen, kamen Vertreter des Rates sowie der örtlichen Katastrophenschutz-Organisationen zur Eröffnung.

„Die Ausstellung zeigt, wie dank heutiger vielfältiger technischer Möglichkeiten – aber auch mit Organisationsgeschick – die Auswirkungen von Gefahrensituationen,

Die Ausstellung im Luisen-Center Darmstadt.



ehemaligen Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“.

Die Darstellung der in den Modellen gezeigten Natur- und technischen Katastrophen gab eine gute Möglichkeit, auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hinzuweisen.

Waren auch die Modelle der Anziehungspunkt, so wurden doch viele Gespräche mit Bürgern über Vorsorgemaßnahmen und die Möglichkeit der kostenlosen Selbstschutz-Ausbildung durch den BVS geführt.

Birkenfeld. CDU-Landtagsabgeordneter Paul Landsmann, Mitglied des Innenausschusses des Landtages Rheinland-Pfalz, und CDU-Kreisgeschäftsführer Paul Wildanger, Birkenfeld, besuchten die BVS-Schule, um sich vor Ort über die Arbeit der Ausbildungsstätte zu informieren.

Schulleiter Kurt Effgen begrüßte die Gäste und stellte das Personal der Schule vor. Anschließend diskutierten die Politiker und Lehrkräfte über die Leistung und Beschickung der Schule.

Der Landtagsabgeordnete erkundigte sich u. a. auch über die Zusammenarbeit der BVS-Landesstelle mit dem rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern. Fachgebietsleiter Ferdinand Euler betonte, die Kontakte seien sehr gut. So sei vom Innenministerium vor kurzem zugesichert worden, daß die BVS-Fachlehrgänge „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ sowie „Behörden-Selbstschutzleiter“ wieder verstärkt von rheinland-pfälzischen Behörden besetzt würden.

Effgen erläuterte dem Politiker das umfangreiche Ausbildungsprogramm der Schule und wies auch auf die Informationsveranstaltungen hin. Landsmann versprach, sich dafür einzusetzen, daß Mitglieder des Kreisverbandes Birkenfeld der Jungen Union solche Informationstagen besuchen.

Nach einer Besichtigung der Schule und des Übungsgeländes verabschiedeten sich die Gäste und betonten, sie seien von dem Gesehenen und Gehörten beeindruckt. Sie versicherten, sich auf politischer Ebene für die Ziele des Zivil- und Selbstschutzes und vor allem für die Aufgaben des BVS einzusetzen.

Ausstellungseröffnung in Horn-Bad Meinberg (v. rechts): Stadtdirektor Grumbach, Stadtbrandmeister Klocke, Polizeioberkommissar Gebauer, BVS-Facharbeiter Becker, stv. Kurdirektor Paulussen, BVS-Dienststellenleiter Schröder.



nen, die das Hab und Gut und sogar das Leben bedrohen, gemildert, vielleicht auch gänzlich beseitigt werden können. Naturkatastrophen und Unfälle im Haushalt, auf der Straße, in Freizeit, Beruf und Industrie verlangen von uns immer wieder zur Genüge, Selbstschutz zu praktizieren“, betonte der Stadtdirektor in seinem Grußwort.

Anschließend ging die Ausstellung auf „Bäder-Tournee“: Bad Lippspringe, Bad Driburg und Bad Salzungen sind die weiteren Stationen.

Hessenspiegel

Darmstadt. Die BVS-Dienststelle zeigte in den Foyers der Landratsämter Darmstadt, Dieburg, des Rathauses der Stadt Bensheim und im Einkaufszentrum Darmstadt vier Schaubilder (Dioramen) der

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz. BVS-Dienststellenleiter Herbert Neuland referierte anlässlich einer Sitzung der CDU-Ratsfraktion der Stadt Koblenz über die Aufgaben des Zivil- und Selbstschutzes. In einer anschließenden Diskussion wurde die besondere Situation der Stadt beim Schutzraumbau herausgestellt. So befinden sich im Stadtbereich zur Zeit mehr öffentliche Schutzräume als vergleichsweise in anderen Städten. Immer wieder wird bei öffentlichen Bauvorhaben die Möglichkeit geprüft, einen Schutzraum einzubauen.

Diskussionspunkt war auch die Ausbildung und Bestätigung von Selbstschutzberatern. Die Fraktionsmitglieder wiesen auf die Schwierigkeiten hin, geeignete Mitarbeiter zu finden. Die Werbung soll hier verstärkt werden.

Südwest aktuell

Ulm. Anlässlich der Jahresabschlußfeier der Ulmer Hilfsorganisationen ehrte die BVS-Dienststelle den Leiter der Zivil-

schutz-Abteilung der Stadt Ulm, Alfred Semler.

Landesstellenleiter Wolfgang Raach danke Semler für die zwanzigjährige gute Zusammenarbeit mit dem BVS sowie sein Bemühen um den Zivilschutz und überreichte als Anerkennung die Ehrennadel des BVS.

Semler hatte sich mit Erfolg für einen stadt-eigenen Katastrophenschutz-Übungsplatz in Ulm-Sandhaken eingesetzt. Den Katastrophenschutz-Einheiten und dem BVS wurde dank seines Engagements eine ausgebauten städtische Übungsanlage zur Verfügung gestellt.

Geisingen. Zu ihrer Jahrestagung trafen sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Rottweil in Geisingen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Ehrung langjähriger Helfer. Landesstellenleiter Wolfgang Raach überreichte die Ehrenurkunde für zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit an Bauberater Thomas Honeck, Konstanz, und Fachlehrer Adolf Woher, Deutwang.

Dankurkunden der Dienststelle erhielten für beispielhaftes Engagement im Jahre 1985 Fachlehrer Otto Stahl, Iznang, Johannes Borchert, Singen, Adolf Woher, Deutwang, sowie Ausbildungshelferin Marina Fischer, Konstanz.

Rottweil. Zu einer Arbeitstagung hatte die BVS-Dienststelle Rottweil die Selbstschutz-Sachbearbeiter des Landeskreis Rottweil eingeladen.

Aus der Auswertung des Modellversuches „Intensivierung des Selbstschutzes“ wurden den Teilnehmern praktikable Vorschläge zur Gewinnung von Selbstschutzberatern gegeben. Im zweiten Teil der Veranstaltung referierte der Leiter des Kreiswehersatzamtes Donaueschingen, Reg. Dir. Biermaier, zum Thema „Unabkömmlichkeitsstellung von Selbstschutzberatern“. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie eng begrenzt die Möglichkeiten sind, eine solche Uk-Stellung auszusprechen.

Biermaier bot daher den Selbstschutz-Sachbearbeitern an, bei auftretenden Problemen mit der Uk-Stellung den direkten Kontakt mit seinem Amt aufzunehmen.

Ein Vorschlag, der die breite Zustimmung der Tagungsteilnehmer fand.

Offenburg. Ernst Heilig, ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Offenburg, kann auf eine 30jährige Tätigkeit im Verband zurückblicken. In einer kleinen Feier sprach Landesstellenleiter Raach Dank und Anerkennung für die in drei

Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Raach nimmt Ernst Heilig den Ehrenteller entgegen.



Jahrzehnten geleistete Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit aus und überreichte einen Ehrenteller.

Der Jubilar trat 1955 in Mannheim dem damaligen BLSV bei, wurde 1966 Mitarbeiter der BVS-Kreisstelle Kehl und ging 1979 nach der Umstrukturierung des Verbandes zur Dienststelle Offenburg.

1982 legte Heilig die Prüfung als BVS-Fachlehrer I und 1985 als Fachlehrer III ab.

1985 wurde Heilig zum Helfervertreter der Dienststelle Offenburg gewählt.

Geretsried. Ingrid Gorsler, Fachbearbeiterin Frauenarbeit der BVS-Dienststelle Reutlingen, und Ingrid Marahl, Bürosachbearbeiterin, besuchten einen Grundlagenlehrgang „BVS-Aufklärungs- und Ausbildungshelfer“ an der BVS-Schule Geretsried. Im folgenden Beitrag berichten sie über ihre Eindrücke.

„Nach den üblichen Formalitäten und Zuweisung der freundlich eingerichteten Zimmer stellten wir überrascht fest, daß noch weitere sechs Frauen zu dem Lehrgang angereist waren. Das ergab bereits bei der „Einkleidung“ größere Probleme. Nicht nur bei den Sicherheitsschuhen, auch bei den Overalls waren nicht genügend kleine Größen verfügbar. Doch mit etwas Improvisation wurde auch diese Hürde genommen.

Die Unterrichtsstunden waren dicht gedrängt mit Theorie. Themen wie zivile Verteidigung, Zivilschutz, BVS, Selbstschutzausstattung in Wohnstätten, Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienst im Selbstschutz in Arbeitsstätten wurden vorgetragen und diskutiert. Da die Lehrgangsteilnehmer verschiedenen Altersgruppen angehörten, ergaben sich unterschiedliche Meinungen, die Ansatzpunkte für manche Diskussion gaben.

Beim praktischen Teil der Ausbildung trug nicht nur das schöne Wetter zu der guten Stimmung bei, auch die Mischung der Gruppen (weiblich, männlich) wirkte motivierend.

Auf dem Übungsgelände wurden die Löschangriffe Brandschutztrupp und

-staffel perfekt demonstriert, mit den Arbeitsleinen die verschiedenen Knoten geübt. Ob Mastwurf, einfacher oder doppelter Ankerstich, die Lehrkräfte waren geduldig.

Der Umgang mit der ABC-Schutzmaske, die Erprobung im Gasprüfraum, das alles war sehr interessant und informativ.

Gute Laune und viel praktisches Engagement (von den Lehrkräften kam ein Lob) waren auch für die weiteren Übungen vorhanden. Besonders der Umgang mit dem „Brandjakob“ und das Abseilen aus vier Metern Höhe waren spektakulär.

Die Freizeit gab Gelegenheit zu Ausflügen zum Starnberger See, Kloster Andechs und Bad Tölz. Sportlich aktiv waren wir beim Waldlauf und Tennis.

Nach einer Woche Pause traf sich ein Großteil der Gruppe wieder, um den abschließenden Aufbaulehrgang zu absolvieren.

Wieder war es besonders der praktische Teil, der uns begeisterte. Ein großes Thema bildete die Geräteausstattung einer Dienststelle. Hier wurde der Umgang mit Film- und Tageslichtprojektoren ausgiebig behandelt. Die Handhabung, Pflege und Desinfektion des Ambu-Phantoms, Darstellung der Kontamination und nochmals Brandbekämpfungsübungen ergänzten die vorgetragene Theorie.

Abschließend wurde das Thema „Mitwirkung beim Selbstschutz-Grundlehrgang“ behandelt.

Einige Lehrgangsteilnehmer werden sich bald zu weiterführenden Lehrgängen wieder in Geretsried treffen. Für die anderen beginnt die Zeit der aktiven Mitarbeit im BVS.“

Bayern heute

Nürnberg. Walter Bayer, seit 1959 Schutzbauberater der BVS-Dienststelle Nürnberg, wurde vom Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.



Walter Bayer mit Gattin nach der Ehrung.

In einer kleinen Feierstunde im Rathaus Winkelhaid überreichte stv. Landrat Helmut Reich die Auszeichnung. Bürgermeister Dr. Dietmar Trautmann und BVS-Dienststellenleiter Erich Vesper würdigte in einer Laudatio die Verdienste Bayers.

Bayreuth. Die Ausbildung der Selbstschutzberater ist zu einem festen Bestandteil des Jahresprogrammes der BVS-Dienststelle Bayreuth geworden. Sie findet jeweils in Bamberg, Bayreuth, Lauf und im Raum Erlangen statt. Als günstig hat sich dabei erwiesen, die Lehrgänge in den Monaten Februar/März und Oktober/November anzuberaumen.

Ein gut besuchter Lehrgang mit 20 Teilnehmern wurde im März dieses Jahres in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen/Höchstadt, durchgeführt. 1. Bürgermeister Hans Ort besuchte die Veranstaltung und informierte sich u.a. über die praktische Ausbildung.

München. Rudolf Hüfner, ehrenamtlicher Fachlehrer der BVS-Dienststelle München und Leiter der Werkfeuerwehr einer namhaften Firma, wurde mit dem Bayerischen Feuerwehr-Steckkreuz ausgezeichnet. Die hohe Ehrung überreichte Regierungspräsident Dr. Raimund Eberle im Auftrag des bayerischen Innenministers, Dr. Karl Hillermeier.

Der Regierungspräsident führte in seiner Laudatio aus: „Hüfner ist ein Feuerwehrführer von Format und Tatkraft, wie es nur wenige gibt.“

Ungezählte Stunden seiner Freizeit opferte Hüfner für die Ausbildungsarbeit im BVS, dem er seit 1965 als Fachlehrer angehört.

Sein besonderes Engagement wurde durch mehrere Ehrungen gewürdigt. So erhielt er 1971 die BVS-Ehrennadel, 1978 das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber sowie die goldene Ehrennadel des Verbandes Werk- und Betriebsfeuerwehren und 1983 das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold. Für seine fast zwan-

Regierungspräsident Dr. Raimund Eberle (rechts) überreicht Rudolf Hüfner die Auszeichnung.



zigjährige Tätigkeit im Verband der Werk- und Betriebsfeuerwehren wurde Hüfner zum Ehrenmitglied ernannt.

Landshut. Zur Arbeitsgemeinschaft haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Landshut hatte Dienststellenleiter Georg Seemann nach Ober-süßbach eingeladen.

Auch Landrat Ludwig Meyer nahm an der Veranstaltung teil. Dies sei ein Beweis, so Seemann, daß seitens des Landkreises die Arbeit des BVS hoch eingeschätzt werde.

Landrat Meyer stellte die Verantwortung der Kommunen bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes heraus und dankte für die unterstützende Arbeit des BVS bei der Bewältigung dieser Aufgaben. Er wolle bei dieser Tagung die Aufgabenbereiche und Probleme des Verbandes näher kennenlernen, schloß Meyer seine kurze Rede.

Gast der Veranstaltung war auch 1. Polizeihauptkommissar Lothar Plank von der Polizeidirektion Landshut, der in einem Referat einen Einblick in die Aufgaben der Polizei im Katastrophenfall gab und die neue Organisationsform der bayerischen Polizei erläuterte.

Im Verlauf der Tagung erläuterte Seemann auch den Leistungsbericht 1985 der Dienststelle.

München. Nach 26 Jahren Dienst im BVS, davon 21 Jahre als Leiter des Fachgebietes Ausbildung der BVS-Landesstelle Bayern, trat Edgar Denke Ende März 1986 in den Ruhestand.

1960 begann Denke seine Tätigkeit beim damaligen BLSV als Lehrkraft an der Landesschule Ascheberg/Holstein. Drei Jahre später wurde er Ortsstellenleiter in Flensburg. Zwei Jahre lang übte er diese Tätigkeit aus, bis er 1965 als Hauptsachgebietsleiter Ausbildung zur Landesstelle Bayern versetzt wurde.

Hohes fachliches Wissen und großes persönliches Engagement zeichnen Denke aus. Seine reiche Erfahrung machten ihn zu einem Eckpfeiler der Landesstelle. Er fand auch in vertrackten Situationen immer Wege zur Lösung.

Generationen von hauptamtlichen Beschäftigten und ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden an den BVS-Schulen Tutzing und Geretsried durch ihn geprüft und erhielten ihre Lehrberechtigung zum Fachlehrer.

Von den Dienststellenleitern verabschiedete sich Denke in einer kleinen Feierstunde anlässlich einer Tagung in München.

In der Landesstelle wurde Denke im Kreise der Mitarbeiter von Landesstellenleiter Kopsieker mit herzlichen Dankesworten verabschiedet.



BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker (rechts) überreicht Edgar Denke ein Abschiedsgeschenk.



Schleswig-Holstein



THW will im nächsten Jahr in Dänemark üben

Barmstedt. Acht Führungskräfte des THW-OV Barmstedt unter Leitung ihres Ortsbeauftragten, Gert Rittner, fahren nach Tinglev in Dänemark, um dort eine Schule des Zivilschutzes zu besuchen. Dieser Besuch diente u. a. dazu, die Möglichkeiten einer Übung auf dem dortigen Trümmergelände zu erkunden. Mit fünf Hektar ist es das größte Übungsgelände in Nordeuropa. Bis zu 300 Helfer können dort gleichzeitig praxisnah üben.

In einem Schulungsraum wurde die Delegation von Schulleiter Ib Thomsen über den Aufbau und die Ausbildung des dänischen Zivilschutzes informiert. So haben die dänischen Wehrpflichtigen die Wahl zwischen einem Militärdienst oder einer Ausbildung beim „Civilforsvars-Korpsset“. Diese kasernierten Einheiten werden überörtlich zur Unterstützung der Feuerwehren und des gewerblichen Rettungsdienstes „Falk“ eingesetzt.

Anschließend wurde das Übungsgelände besichtigt. Es besteht im wesentlichen aus einer nachgebildeten zerstörten Ortschaft. Beim Aufbau dieses Geländes wurde so ziemlich an alles gedacht: Ruinen, Rauchkammern, Kriechgänge und ausrangierte Waggons der dänischen Staatsbahn dienen als Übungsobjekte.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen überreichte Ortsbeauftragter Rittner dem Schulleiter einen THW-Wimpel und bedankte sich für den herzlichen Empfang.

Neues Unterkunftsgebäude in Büsum eingeweiht

Büsum. Keiner der Gäste, die das THW-Unterkunftsgebäude in Büsum am Tag seiner offiziellen Einweihung besuchten, blieb unbeeindruckt von der zeitgemäßen Sachdienlichkeit und der jetzt schon den Räumen innewohnenden Atmosphäre. Man fühlte sich vom ersten Augenblick an wohl und sparte nicht mit Lob.

THW-Ortsbeauftragter Horst Sievers war stolz, als er an diesem Tage die Ehrengäste begrüßen konnte. Neben dem ehemaligen THW-Landesbeauftragten und jetzigen Direktor des THW, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier, waren Büsums Bürgermeister Horst Neumann, stv. Bürgervorsteher Heinz-Werner Wilms, Vertreter der Partei-

en, Polizei, Freiwilligen Feuerwehr und des DRK gekommen.

In seiner Ansprache dankte Sievers allen, die mitgewirkt hatten, diesen Bau zu gestalten und zu vollenden. Über die Freude an dem neuen Gebäude vergaß er aber auch die Erinnerung an die alte THW-Unterkunft nicht. Das Feldhaus, das seit 1965 dem THW-OV Büsum als Bleibe diente und vor dem Beginn des Neubaus in Eigenarbeit abgebrochen worden war, war ursprünglich nur für die Dauer von drei Jahren als Unterkunft vorgesehen.

An dieser Stelle ging der Dank des Ortsbeauftragten noch einmal an den Büsumer Bürgermeister, der mit viel persönlichem Engagement die Pläne des THW-Ortsverbandes unterstützte.

Meier gab in seiner Rede einen Rückblick in die Geschichte des Büsumer THW. Unmittelbar nach der Sturmflut 1962 sah man sich genötigt, für Katastrophenfälle mehr Ortsverbände an der Westküste zu gründen. Büsum war einer von ihnen. Ein gemeindeeigenes Strandwärter-Häuschen an genau der Stelle, wo heute das Wellenbad steht, wurde die erste Unterkunft des Ortsverbandes. Im Jahre 1965 war man dann sehr froh, diese provisorische Stätte gegen ein bundeseigenes Feldhaus zu tauschen.

Als elf Jahre später der Bund das Grundstück erwarb, wurde damit der Standort des THW-OV Büsum endgültig festgesetzt.

Vor zwei Jahren stellte bei einer Baubegleitung das Landesbauamt fest, daß die Unterhaltungskosten für das mittlerweile fast zwei Jahrzehnte alte Feldhaus nicht mehr vertretbar waren. Nachdem die nötigen Mittel bereitgestellt waren, fiel Anfang August 1984 der Startschuß für den Neubau mit dem Abriß des alten Hauses.

Die gesamte Baumaßnahme wurde unter der Regie des Landesbauamts Itzehoe mit seiner Außenstelle in Heide durchgeführt.

Im Anschluß an die offizielle Einweihung konnte die Bevölkerung die neue Unterkunft besichtigen und sich über die Aufgaben des THW informieren. J. D. K.

Dithmarscher THW-Helfer aus Äthiopien zurück

Kiel. Die drei schleswig-holsteinischen THW-Helfer Siegfried Dilley, Hans Westphalen und Uwe Kantzmeyer, alle aus dem Kreis Dithmarschen, sind von einem Einsatz in Äthiopien zurück. Sie wurden

vom stv. THW-Landesbeauftragten Wilfried Blumentritt auf dem Flughafen Fuhsbüttel in Empfang genommen und an Ort und Stelle mit der THW-Urkunde für Auslandseinsätze geehrt.

Die drei Dithmarscher waren mit 17 weiteren THW-Helfern aus Norddeutschland vier Wochen in Äthiopien eingesetzt, um 17 Lastkraftwagen, die zur Beförderung von Hilfsgütern vorgesehen sind, zu reparieren. Die Fahrzeuge waren beim Seetransport während eines Sturms in der Biskaya schwer beschädigt worden.

Segelyacht im Hafen gesunken

Fehmarn. Eine böse Überraschung erlebte während eines Aufenthaltes auf Fehmarn ein Schiffseigner. Als er nach kurzer Abwesenheit auf seine Segelyacht im Yachthafen Burgtiefe zurückkehrte, war sein Schiff bis über die Planken im Wasser versunken. Die 13 Meter lange Yacht war offenbar an ihrem Liegeplatz Leck geschlagen. Der Schiffseigner bat den THW-OV Burg, das gesunkene Schiff aus seiner mißlichen Lage zu befreien.

Das THW setzte eine Elektro-Schmutzwasserpumpe ein, um die Segelyacht leerzupumpen. Unterstützt wurden die Helfer durch eine Sportbootfirma, die mit einer kleineren Pumpe ausgerüstet war.

So konnten binnen einer Minute 1 200 Liter Wasser aus dem Schiff gepumpt werden. Nach einer halben Stunde war die Segelyacht leergepumpt.

Die Ursache des plötzlichen Absinkens konnte am Einsatztag nicht geklärt werden. J. M. S.

Barmstedter THW-Helfer sprengten Bunker

Barmstedt. Mit zwei Sprengungen beseitigten Helfer des THW-OV Barmstedt im Auftrag der Bundesvermögensverwaltung einen kleinen Bunker zwischen Heidgraben und Uetersen.

An mehreren Tagen hatten die THW-Helfer zuvor die benötigten 200 Löcher in den Beton gebohrt. Dann begannen sie mit dem Besetzen der Bohrlöcher. Diese Arbeiten führte die Gerätegruppe des Barmstedter Bergungszuges unter der Leitung von Rainer Rittner als Sprengberechtigten durch.

Vor den Sprengungen deckten die Helfer den oberen Teil und die nahe Umgebung des Bunkers zur Dämmung mit Strohbäl-

len ab. Bevor die Warnsignale ertönten, wurde die Umgebung abgesperrt. Nach der zweiten Sprengung waren der Beton und die Armierung soweit zerstört, daß die Teile mit einem Bagger abtransportiert werden konnten. J. G.

Großübung des THW-OV Neumünster

Neumünster. Auf's Dach gestiegen ist das THW im wahrsten Sinne des Wortes der Katholischen St. Vicelin-Kirche. Der Glockenboden des rund 40 Meter hohen Gotteshauses war einer von insgesamt neun Schauplätzen der THW-Großübung.

Der Ortsbeauftragte des THW-OV Neumünster, Joachim Daschner, legt bei der Vorbereitung von Übungen immer großen Wert darauf, daß auch kleinste Mängel im Ausbildungsstand seiner Helfer schonungslos offengelegt werden. Nur aus Fehlern, so Daschner, könne man genug lernen, um für den Ernstfall vorbereitet zu sein. Auch die beste theoretische Schulung — diese Erkenntnis ist allen THW-Helfern längst in Fleisch und Blut übergegangen — nützt nichts, wenn sie nicht von Zeit zu Zeit in der Praxis überprüft wird. Daß sich das THW bei seinen Übungen „Schadensstellen“ aussucht, an denen gleichzeitig noch praktische und sinnvolle Arbeit geleistet wird, ist dabei besonders erfreulich.

In der St. Vicelin-Kirche probten die THW-Helfer nicht nur, wie man einen schwer zugänglichen Raum mit Scheinwerfern ausleuchtet, sie wurden vorübergehend auch zu Assistenten eines polnischen Historikers.

Eine der drei Glocken im Turm der Kirche hat nämlich eine sehr bewegte Geschichte. Sie hing ursprünglich in einem Gotteshaus in Danzig, sollte während des Zweiten Weltkrieges eingeschmolzen werden, kam auf einen Glockenfriedhof und wurde später an die Gemeinde in Neumünster übergeben. Anhand der Inschriften wurde diese Glocke von den THW-Helfern identifiziert und fotografiert. Dem polnischen Historiker, der an einer Kirchenchronik arbeitet, kann so neues und für ihn sehr wertvolles Material zur Verfügung gestellt werden.

Während eines 14 Kilometer langen Marsches rund um den Wildpark übten die Helfer nicht nur „Erkundung“, sondern spürten gleichzeitig fehlerhafte Stellen im Zaun des Geheges auf und reparierten sie. Außerdem wurde eine einsturzgefährdete Zuschauertribüne abgerissen und ein Baum gefällt, der auf ein Gebäude zu stürzen drohte.

Besondere Anforderungen stellten schließlich zwei realistisch nachgestellte „Unglücksfälle“ an die THW-Helfer. So mußten sie sich in einem Abbruchhaus in

der Bismarckstraße durch zwei Zimmerdecken arbeiten, um im Keller verschüttete „Verletzte“ zu bergen. In Gadeland wurden 8 000 Liter Heizöl nach einem „Unfall“ abgepumpt, in Faltbehältern aufgefangen und in ein Tankfahrzeug umgeladen.

Der THW-Ortsbeauftragte war mit den dabei gezeigten Leistungen ebenso zufrieden, wie mit der Premiere der erst vor wenigen Monaten aufgestellten und vor acht Wochen mit einem Fahrzeug ausgestatteten „3. Technischen Einsatzleitung“ (TEL) des Neumünsteraner Katastrophenschutzes.

Lob und Anerkennung für die 109 THW-Helfer, die an der neunstündigen Übung teilnahmen, gab es außerdem von zwei kompetenten Beobachtern. Der Hauptsachgebietsleiter für Ausbildung beim THW-Landesverband und der Leiter des Neumünsteraner Amtes für Katastrophenschutz und zivile Verteidigung, Amtsrat Herbert Häger, zeigten sich beeindruckt vom Engagement der Helfer. J. D.

Hamburg



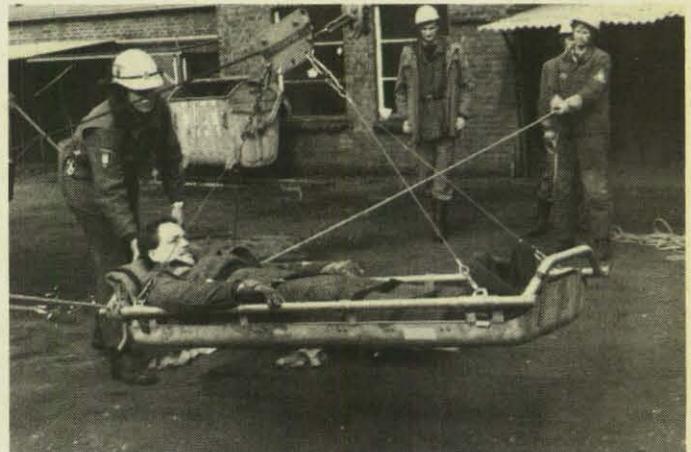
Eine positive Übungsbilanz

Hamburg. Der Mangel an geeigneten Übungsobjekten erschwert nicht nur die realistische Ausbildung der THW-Helfer, sondern zeigt gelegentlich auch negative Auswirkungen auf die Motivation.

Der THW-Bezirksverband Hamburg-Nord trug dem zuständigen Bezirksamt das Problem vor: Man stieß auf Verständnis. Das Bezirksamt versprach, zum Abbruch vorgesehene Objekte nach Möglichkeit dem THW für eine Übung zur Verfügung zu stellen.

Anfang März war es dann soweit: Eine leerstehende Gummi-Fabrik wurde zur kurzfristigen Nutzung angeboten. Binnen kurzer Zeit wurden die Vorbereitungen zu einer Übung getroffen.

Eine der Aufgaben der Übung ist das Absellen einer „verletzten“ Person. (Foto: Krüger)



Die Ausgangslage: „Auf dem Gelände einer Chemie-Fabrik ist es während der Arbeitszeit zu einer Gasexplosion gekommen, ca. 100 Personen befinden sich an ihren Arbeitsplätzen. Die Gebäude sind stark beschädigt, die Treppenhäuser dürfen nicht betreten werden, es besteht Einsturzgefahr. Die Personen halten sich in den oberen Geschossen auf.“

Etwa 125 THW-Helfer aus allen Einheiten nahmen an der Übung teil. Die Bergungszüge und die Jugendgruppen mußten für eine schnelle und sichere Rettung der „Verletzten“ sorgen.

Der Instandsetzungsdienst war für die Behebung des Rohrbruches sowie die Ausleuchtung und Stromversorgung zuständig, der Fernmeldezug für die reibungslose Kommunikation. Der Verpflegungstrupp schließlich sorgte für das Essen.

Bezirksbeauftragter Plate war nach achtstündiger Arbeit zufrieden. Die gute Arbeit der einzelnen Helfer und das Zusammenspiel der Einheiten gaben zu einer positiven Bilanz Anlaß: Die gestellten Aufgaben wurden gut gelöst. P. H.

Niedersachsen



Erster Herz-Lungen-Wiederbelebungskurs

Northeim. Morgens 7 Uhr: Ein Feuerwehrmann joggt um den Kiessee. Vor ihm ein zweiter Läufer, der plötzlich stürzt. Grund: Herzinfarkt. Keine Chance, den Notarzt zu verständigen — das nächste Telefon ist kilometerweit entfernt. Der Feuerwehrmann kniet sich nieder, dreht den Mann auf den Rücken, untersucht ihn. Klare Diagnose: Kein Kreislauf mehr, Herzstillstand. Er befreit die Mundhöhle des Gestürzten von Erbrochenem, beginnt mit Atemspende und Herzdruckmassage. Fast 50 Minuten vergehen. Endlich kommt ein weiterer Jogger, der

den Notarzt alarmiert. Der Feuerwehrmann macht unbeirrt weiter bis die Rettungsmannschaft eintrifft und die Behandlung übernimmt.

Einige Wochen später kann der Herzinfarkt-Patient aus der Klinik entlassen werden.

Bei dieser Schilderung handelt es sich um ein authentisches Beispiel einer Göttinger Ärzte-Gruppe, die an einem Pilot-Projekt „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ (HLW) mitarbeitet. Anlehnend an ein amerikanisches Beispiel sollen im Landkreis Göttingen rund 20 000 Ersthelfer in der Herz-Lungen-Wiederbelebung ausgebildet werden. Denn: mag die Rettungskette statistisch gesehen zeitlich noch so dicht sein, immer wieder kommt es zu Situationen, in denen ein Mensch einen Herzkreislauf-Stillstand erleidet, und die wenigen Minuten, in denen er gerettet werden kann, vergehen, weil niemand da ist, der die Wiederbelebungsmaßnahmen beherrscht. Sie waren lange Zeit nur medizinisch geschultem Personal vorbehalten.

Jetzt fand erstmalig ein HLW-Kurs für 15 Helfer des THW-OV Northeim statt. Jörg Ratgeber aus dem Göttinger Anästhesie-Zentrum und zugleich Notarzt auf dem Rettungshubschrauber, erläutert den Helfern zunächst theoretisch die Voraussetzungen für einen Herzkreislauf-Stillstand, dann die praktische Diagnose. Übungsobjekte sind lebensgroße Puppen, an denen Diagnose und später Atemspende und Herzdruckmassage praktisch erlernt werden können.

Die THW-Helfer taten sich zwar schwer bei der „Bearbeitung“ der Plastik-„Damen“, hatten dafür um so mehr technische Kenntnisse, die sich auf den menschlichen Körper übertragen lassen: „Es ist doch ganz klar, das Herz arbeitet wie eine Membran-Pumpe.“

Stellt der Ersthelfer Atem- und Herzstillstand bei einem Menschen fest, beginnt er mit dem Freimachen der Atemwege, spendet anschließend dem Patienten Atem und bringt die Blutzirkulation mit Hilfe der Herzdruckmassage wieder in Gang. Und das so lange, bis Hilfe eintrifft. Insgesamt einfache Abläufe, die man sich schnell merken kann, und dennoch schwierig, weil sie in der Streßsituation eines Ernstfalles nahezu automatisch ablaufen müssen.

„Der Kurs ist bei uns auf positive Resonanz gestoßen“, so THW-Sprecher Michael Aue. Künftig werde angestrebt, den HLW-Kurs als Ergänzung zu der bisherigen Ausbildung anzubieten.

Im übrigen ist das Göttinger Team auch bereit, in Betrieben oder Organisationen einen HLW-Kurs zu veranstalten. Vorausgesetzt, es finden sich genügend Teilnehmer. Die Kontaktadresse: Telefon 05 51/39 60 51. M. A.

3 500 Schaulustige bei Fabriksprengung

Soltau. Etwa 3 500 Schaulustige beidseitig der Bundesstraße 71/209 belegten das große Interesse der Soltauer Bevölkerung an der Sprengung einer ehemaligen Kalksandsteinfabrik durch das THW am Samstag, dem 8. März 1986, im Ortsteil Harber.

Die Helfer des THW-OV Soltau unter Leitung ihres Orts- und Kreisbeauftragten Wilhelm Willenböckel begannen schon vor Wochen mit den Vorbereitungsarbeiten.

Zunächst mußten umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, damit überhaupt in dem baufälligen Komplex gearbeitet werden konnte. Stahlstützen wurden mit dem Schneidbrenner abgetrennt und durch Holzstützen ersetzt, Sprenglöcher in unterschiedlichem Material waren zu bohren.

Um das angrenzende Wohnhaus vor herumfliegenden Trümmern zu schützen, verbarrikadierte man die Fenster- und Türöffnungen mit ungezählten Strohballen.

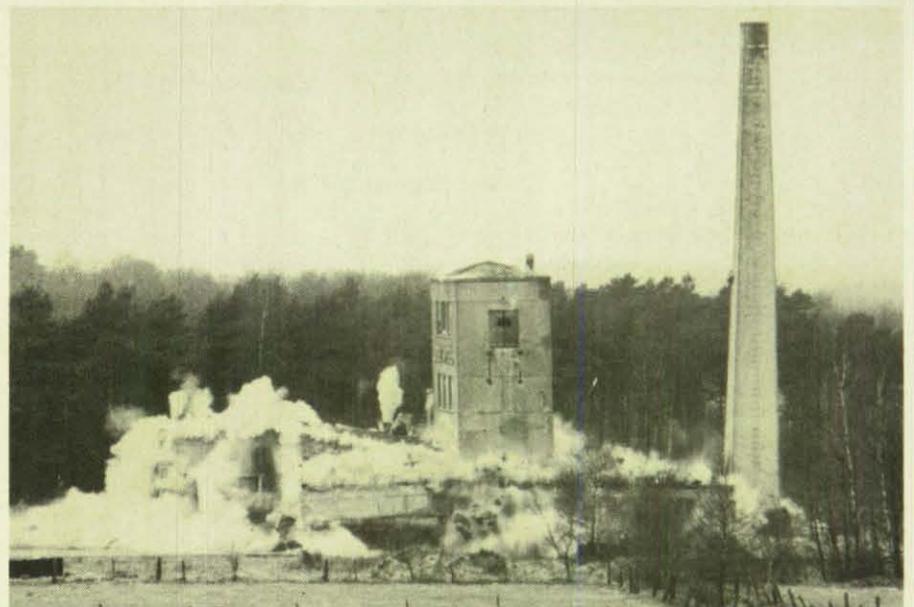
Am 8. März wurden dann die Sprenglöcher mit Sprengstoff gefüllt.

Um 12.30 Uhr begannen die Absperrarbeiten. Die Zuschauer mußten sich aus der unmittelbaren Nähe bis zur 300 Meter entfernten Bundesstraße zurückziehen. Auch die neun THW-Einsatzfahrzeuge wurden in sichere Entfernung gebracht.

Polizeibeamte übernahmen die Sicherungsaufgaben an der Bundesstraße und später die Sperrung.

Um 13.55 Uhr war es dann soweit: Nach zwei Hornsignalen lief der „Countdown“. Und nach „... 2, 1, 0“ gab es einen ohrenbetäubenden Knall – so als wenn ein Blitz in ein Haus einschlägt. Die Fabrikteile fielen zusammen, und eine riesige Staubwolke legte sich über den ganzen Komplex.

Doch was war geschehen? Der lange Schornstein stand noch! Eine Panne? Nein, es war so gewollt, und am Ende eines neuen „Countdown“ fiel auch dieser. Zunächst schoß eine Rauchfahne aus dem Schornstein, dann ein lauter Knall – und er fiel im Zeitlupentempo in sich zusammen.



Oben: Der Moment der Sprengung — die Fabrikgebäude fallen zusammen, kurz danach auch der Schornstein.

Rechts: Nach der Sprengung wurde praxisnah das Bergen aus Trümmern geübt.
(Fotos: Morawetz)



Als sich die Staubwolke verzogen hatte, konnte man sehen, daß ein Wandteil stehen geblieben war. Warum? Ein Gesteins-trümmerstück hatte die Zündleitung unterbrochen. Es dauerte eine halbe Stunde: Mit einer Nachsprengung wurde dann auch der Rest erledigt.

Nach der erfolgreichen Sprengung nutzte das THW den Trümmerberg des ehemaligen Kalksandsteinwerkes zu einer Einsatzübung unter wirklichkeitsnahen Bedingungen. Für die Aufgaben des Bergungs- und Instandsetzungszuges war das Gelände ideal. Unterstützt wurden die Soltauer Helfer von einer Abordnung des THW-OV Fallingbostel. Als Beobachter bzw. Schiedsrichter standen Mitglieder der Ortsverbände Soltau, Celle, Lüchow-Dannenberg und Fallingbostel zur Verfügung.

Knapp zwei Stunden nach der Sprengung gab THW-Ortsbeauftragter Wilhelm Willenbockel Alarm: Der Bergungszug rückte zum Einsatzort aus, der Instandsetzungszug ging in Harber, Forellenhof, in Bereitstellung.

20 Minuten nach der Alarmierung meldete Zugführer Stefan Drewke die Einsatzbereitschaft des Bergungszuges sowie die Lage: „Es sind noch neun Personen aus den Trümmern des eingestürzten Gebäudes zu bergen.“

Verletztendarsteller waren drei Mitglieder der THW-Jugendgruppe. „Unterstützt“ wurden sie durch sechs Strohpuppen, die man vor der Sprengung im Fabrikgebäude postiert hatte. So war der Aufenthaltsort der „Vermißten“ ungewiß.

Die einzelnen Gruppen bzw. Trupps des Bergungszuges verteilen sich am Unfallort und beginnen mit der Suche nach den „Verschütteten“. Die ersten „Opfer“ wurden geborgen und versorgt.

Auch der Instandsetzungszug beteiligte sich an der Bergung der „Verletzten“.

Kurz darauf wurde Verstärkung angefordert. Jetzt griffen die Helfer des THW-OV Fallingbostel in das Geschehen ein.

Etwas später ereignete sich eine Gasexplosion: Ausströmendes Gas erschwerte die Bergungsarbeiten, Feuer brach aus. Unter schwerem Atemschutz wurde weitergemacht. Es gelang, das Feuer zu löschen und die Gasleitung zu reparieren.

Nachdem die letzten „Opfer“ gefunden waren, wurden Sachgüter geborgen. Mit einer feldmäßigen Versorgung endete die Übung nach drei Stunden.

Die Schiedsrichter beobachteten in erster Linie das Zusammenwirken von Zug-, Gruppen- und Truppführer. Auf dieses Zusammenspiel war schon beim letztjährigen Landesentscheid viel Wert gelegt worden.

Bleibt festzustellen, daß man mit den gezeigten Leistungen mehr als zufrieden

sein konnte; die Helfer des Ortsverbandes Soltau und auch die Fallingbosteler Gäste verfügen über einen guten Ausbildungsstand.

M. M.

Hessen



THW-Tagung in Johannisberg

Johannisberg. Am ersten März-Wochenende trafen sich 150 THW-Führungskräfte zu ihrer diesjährigen Tagung an der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen, Johannisberg. Die Vertreter der 56 hessischen Ortsverbände besprachen unter der Leitung von THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen u. a. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Einsatzplanungen, Verwaltungsangelegenheiten und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Präsident des BZS, Hans Georg Dusch, und THW-Direktor Helmut Meier sowie Vertreter der Fachreferate aus dem Bundesinnenministerium und dem Hessischen Innenministerium stellten sich den Fragen der ehrenamtlichen Kreis- und Ortsbeauftragten.

Präsident Dusch betonte, daß ihm sehr viel an einem „hautnahen“ Kontakt und vor allem an Gesprächen mit der Basis liege, denn „da erfährt man das Richtige“. Nicht nur die großen Dinge seien wichtig, auch die vielen Kleinigkeiten müßten im Interesse der Helferschaft zügig geklärt und entschieden werden. Dafür wolle er sich einsetzen.

Für alles Machbare in vertretbaren Zeitabschnitten will sich auch THW-Direktor Meier engagieren. Meier, seit 1961 im THW tätig, also ein Insider, der die Arbeit, aber auch die Probleme der Basis kennt und versteht, hat sich einige Ziele gesteckt.

In nächster Zeit wird ein Schwerpunkt auf den Bereich der Ausbildung der Helfer in den Einheiten gelegt. Verbesserung der Ausstattung und das Aufstellen von Spe-

zialeinheiten für die Humanitäre Auslandshilfe im Auftrag der Bundesregierung gehören ebenso dazu, wie eine Verwaltungsvereinfachung.

„Als Team ist alles zu schaffen, das hat sich aus den vielen Gesprächen mit den THW-Angehörigen landauf und landab ergeben“, war die einhellige Meinung der Verantwortlichen aus Bonn.

Am Samstag war das THW Gast des Flughafens Frankfurt. Abteilungsdirektor Hans-Ulrich Korenke begrüßte die Besucher und erläuterte die Zukunftspläne und Ziele des Flughafens.

Nach den vielen Daten, Fakten und Zahlen besichtigten die Gäste einige Sicherheitseinrichtungen. Für viele war dies der erste Blick hinter die Kulissen des Flughafens und zugleich Einblick in die Vorsorgemaßnahmen und Sicherheitsdienste.

Am letzten Tag der Veranstaltung tauschten die Vorsitzenden der Ortsvereine der THW-Helfervereinigung mit dem neuen Bundesgeschäftsführer ihre Erfahrung aus.

Die Delegierten zur Wahl des Landeshelfersprechers ermittelten in je einem Wahlgang Sprecher und Stellvertreter. Mit 41 Stimmen wurde der bisherige Vertreter der Helferschaft in Hessen, Konsul Peter Merck, Ortsverband Darmstadt, in seinem Amt neu bestätigt. Stellvertreter wurde Ulrich Winkler, Ortsverband Hünfeld. J. Sch.

Neuer Ortsbeauftragter beim THW-OV Kassel

Kassel. In einer Feierstunde führte THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen Günter Israng als neuen Ortsbeauftragten des THW-OV Kassel ein. Lossen würdigte Israng als „alten Fahrersmann“, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt habe. Israng kam vor 32 Jahren als Helfer zum Ortsverband und rückte über die Positionen Maststeiger, Sprengmeister sowie Gruppenführer zum Zug- und Bereitschaftsführer auf.

Gäste in Johannisberg (v. links): Schulleiter Hinse, BZS-Präsident Dusch, Landesbeauftragter Lossen und THW-Direktor Meier. (Foto: Schwepfinger)





THW-Landesbeauftragter Lossen würdigt den neuen Ortsbeauftragten Günter Israng (links) als erfahrenen Mann des Katastrophenschutzes.

Der neue Ortsbeauftragte betonte in seiner Antrittsrede, er wolle auch weiterhin eine gute Partnerschaft mit den anderen im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen pflegen. Auch der innere Zusammenhalt des Ortsverbandes, in dem rund 180 Helfer in fünf Zügen organisiert sind, solle gestärkt werden.

Lossen meinte, der Neubau der THW-Unterkunft, die voraussichtlich Mitte 1986 bezugsfertig würde, gäbe der THW-Arbeit in Kassel sicher neue Impulse.

Der Landesbeauftragte verabschiedete anschließend den bisherigen Kasseler Ortsbeauftragten Hilbert von Löhneysen und überreichte ihm in Anerkennung seiner Verdienste um das THW das Helferzeichen in Gold. Löhneysen wird weiterhin das Amt des Kreisbeauftragten wahrnehmen.

T. K.

Baden-Württemberg



THW-Helfer auch im Winterdienst

Leonberg. Heftige Schneefälle und unvermutet auftretendes Glatteis bringen den Straßenverkehr oftmals nahe dem Zusammenbruch. Endlose Schlangen, stop- und go-Verkehr am Feierabend, eine Verkehrssituation, die sich in jedem Winter auf den Straßen unserer Stadt wiederholt.

Seit 1983 verfügt der THW-OV Leonberg über ein winterdiensttaugliches Einsatzfahrzeug. Der Lkw-Kipper des Instandsetzungszuges wurde von Mitarbeitern des Bahnhofs der Stadt Leonberg soweit umgebaut, daß die Montage von Schneepflug und Streuautomat möglich ist. Dabei wird dem Kipper ein 600 kg schwerer Mehrscharfederpflug mit einer Arbeitsbreite von 2,60 m vorgebaut. Auf den Kipper kommt der Streuautomat.

So gewappnet erwarten die Helfer den

Der umgebaute Lastkraftwagen des THW-OV Leonberg.
(Foto: Bergmeister)



Einsatzruf der Stadt Leonberg. Gerufen wird das THW bei extrem starken Schneefällen oder beim Ausfall stadteigener Winterdienstfahrzeuge.

Bereits im Winter 1984/85 kam das orange-blaue Fahrzeug zum Einsatz, als im Stadtgebiet 66 Straßenkilometer von der weißen Pracht geräumt werden mußten. In nachbarschaftlicher Hilfe folgte man auch dem Ruf des Ortsverbandes Stuttgart und räumte im Stuttgarter Stadtgebiet weitere 48 km Straße.

Im Winter 1985/86 fand der erste Einsatz bereits beim Wintereinbruch im November statt. Die Helfer räumten 106 Straßenkilometer im Leonberger Stadtgebiet. Auch in Gerlingen wurde ein Einsatz gefahren und 50 km Straße geräumt und abgestreut.

Der Winterdienst des THW-OV Leonberg hat sich inzwischen zum festen Bestandteil des Technischen Hilfsdienstes entwickelt.

THW-Einsatz nach Unfallserie in dichtem Nebel

Stuttgart. Am Montag, dem 10. März 1986, kam es zwischen 7.15 und 7.45 Uhr auf der Bundesautobahn A 8 zu mehreren schweren Unfällen. Die Autobahn zwischen den Anschlußstellen Ulm-West und Merklingen mußte für über zwei Stunden in Richtung Stuttgart gesperrt werden.

Bei dichtem Nebel, der stellenweise nur

eine Sicht von maximal 50 m zuließ, wurden innerhalb einer knappen halben Stunde 83 Pkw, drei Lkw und ein jugoslawischer Reisebus in das Unfallgeschehen verwickelt.

22 Personen wurden verletzt. Viele Fahrzeuge wurden schwer beschädigt, teilweise entstand Totalschaden.

Aufgrund der Schadenslage wurde über die Feuerwehreinheit Ulm neben Feuerwehr und Sanitätsorganisationen auch das THW alarmiert.

Der THW-Einsatz begann um 7.55 Uhr. Die verstärkte Schnelleinsatzgruppe des THW-OV Ulm hatte im Verbund mit den vorgenannten Einsatzkräften insbesondere Verletzte zu befreien, Fahrzeuge aus dem Fahrbereich zu räumen und Umweltschäden vorzubeugen bzw. abzuwenden.

Der Einsatz war um 12.00 Uhr beendet.

G. K.

Mit der Sauerstofflanze durch Eisen und Beton

Müllheim. Wieder einmal konnte der THW-OV Müllheim seine Vielseitigkeit zeigen. In Augen mußten mit Hilfe der Sauerstofflanze an zwei Betonkuppeln einer im Bau befindlichen Discothek die Durchgänge vergrößert werden.

Nachdem die THW-Helfer die Betonteile abgetrennt hatten, hob ein Autokran die fünf Tonnen schweren Elemente zur Seite.

H. H.



Eine interessante Aufgabe für die THW-Helfer.



Hohe Auszeichnung für Alfons Goppel

Das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes hat dem bayerischen Ministerpräsidenten a. D., Dr. h. c. Alfons Goppel, als höchste Auszeichnung die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein sprach Dr. Goppel seinen besonderen Dank für die langjährige engagierte und aufopfernde Tätigkeit im Dienste des Roten Kreuzes aus. Dr. Goppel war vor 1969 Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Aschaffenburg und von 1969 bis 1985 Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes. In der Zeit von 1976 bis 1979 bekleidete er das Amt des DRK-Vizepräsidenten und hatte viele Jahre den Vorsitz beim Präsidialrat des Deutschen Roten Kreuzes.



Dr. h. c. Alfons Goppel bedankt sich für seine Ernennung. (Foto: Zimmermann)

Verheerende Folgen der Erdbebenkatastrophe

Nach Angaben des Mexikanischen Finanzministeriums von Anfang März wird Mexiko zur Deckung seines Budgets in diesem Jahr 6 Mrd. Dollar auf dem internationalen Kreditmarkt aufnehmen müssen. Dies ist u. a. der Verlust aus reduzierten Erdölerträgen. Die Weltbank prüft gegenwärtig die Gewährung umfangreicher Kredite für Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Erdbeben vom 19. 9. 1985 und gleichzeitig die Förderung struktureller Veränderungen in der mexikanischen Wirtschaft, um Import und Export anzukurbeln.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Mexikos ist gekennzeichnet von den Zahlungsschwierigkeiten des Staates. Die verheerenden Folgen der Erdbebenkatastrophe werden unter diesen Rahmenbedingungen nur schwer bekämpft werden können. Die im Vergleich zum Ausmaß der Katastrophe relativ bescheidenen Mittel des Internationalen Roten Kreuzes können nur einen begrenzten Beitrag zur Linderung der Notlage leisten.

Möglichkeiten von Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes

Nach Überprüfung der laufenden Hilfsmaßnahmen und Wiederaufbauprojekte

zeichnen sich für eine Beteiligung des DRK in den nächsten Monaten folgende Einzelmaßnahmen ab:

● Wiederaufbau in der Region Guerrero (Pazifik)

Die erste Phase der Wiederaufbaumaßnahmen (in neun Ortschaften Verteilung von Baumaterialien und Aufbau des eigenen Wohnbereiches durch Eigenleistung der Erdbebenopfer) ist abgeschlossen. Inzwischen wurde das Bauprogramm ausgeweitet, da die erfolgreiche Abwicklung weite Bevölkerungsteile beeindruckte, immer mehr Dorfbewohner ihre beschädigten Häuser in erdbebensicherer Bauweise wieder aufbauen möchten und sich beim Roten Kreuz um Unterstützung bemühen. Auch in der Stadt Petation wurde ein Wiederaufbauprogramm begonnen.

Die Aufbauarbeit des Roten Kreuzes findet nicht nur große Resonanz bei der Bevölkerung, auch die Distriktverwaltung hob lobend die Inhalte der Maßnahme hervor.

Das Rotkreuz-Programm ist noch ausbaufähig; Ortschaften, die nur zu Fuß oder mit dem Pferd erreicht werden können, sind bisher noch nicht einbezogen.

● Mexiko-City

Textilgenossenschaft:

Eine private Initiative hat eine Textilgenossenschaft zugunsten von ca. 170 beschäftigungslosen Textilarbeitern/-arbeiterinnen gegründet, man benötigt Startkapital zur Aufnahme der Produktion. Die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ergab, daß Mietkosten und bestehende Verpflichtungen gegenüber Kreditgebern die finanzielle Zukunft der Genossenschaft stark gefährden. So benötigt man bereits erneut Kredite, um Zinszahlungen leisten zu können. Mit der Botschaft wurde vereinbart, daß ein Mitarbeiter eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung mit Vorschlägen zur Überwindung der gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten erarbeitet und sich mit entsprechenden Angaben an das DRK wendet.

Wenn ein Vertreter der Botschaft mit in den Vorstand der Genossenschaft aufgenommen wird und die Empfehlung einer Beteiligung durch die Botschaft ausgesprochen wird, kann seitens des DRK eine Unterstützung in der Größenordnung von 200 000 DM geleistet werden. Damit finden 170 Familien, d. h. ca. 800 Erdbebenopfer eine Existenz.

Wohnungsbauprogramm Tepito:

Ein Bauprogramm im Stadtteil Tepito von Mexiko-City ist nur ein Teil umfangreicher Initiativen verschiedener Selbsthilfeorganisationen. Auch das Mexikanische Rote Kreuz bedient sich in Tepito bei der Abwicklung von Hilfsmaßnahmen einer Selbsthilfegruppe (Video), die alle Voraussetzungen für den Bau von mehr als 1 000 Häusern mitbringt.



In den Trümmern suchen die Helfer nach Überlebenden des Erdbebens.

Die Baukosten belaufen sich auf ca. 6 000 US-Dollar pro Haus, eine Bausumme, die im Hinblick auf den Mindestlohn hohe monatliche Belastungen für die Empfänger der Häuser nach sich zieht. Billiger arbeiten einige andere Selbsthilfegruppen, da sie keine Bauunternehmen einschalten, sondern die Empfänger der Häuser in Eigenleistung die Baumaßnahmen durchführen lassen (Baukosten der Selbsthilfegruppe „Self Help Network“ pro Haus ca. 3 500 US-Dollar). Mit einfachen Mitteln und unter vollständiger Selbstbeteiligung plant auch UNICEF Baumaßnahmen in Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, die pro Haus einen Kostenaufwand von nur 1 666 US-Dollar verursachen. Die Zielgruppen des Roten Kreuzes sind daher ausgerichtet auf Erdbebenopfer mit gesichertem Einkommen, während andere Programme auch Bevölkerungsanteile unter den Erdbebenopfern erreichen, die über kein geregeltes Einkommen verfügen.

Erwähnenswert ist darüber hinaus noch das Bauprogramm des Roten Kreuzes für Erdbebenopfer aus dem Mittelstand, das auch den Bau von einigen hundert Häusern zu 9 000 bzw. 12 000 US-Dollar vorsieht.

Prothesenprogramm:

Das DRK hat hierzu einen Beitrag in Höhe von 70 000 DM geleistet, die Restkosten werden von unserer Schwestergesellschaft aus den USA übernommen.

Bau von Waisenhäusern und Altersheimen:

Es konnten noch keine Baupläne und Einzelheiten vorgelegt werden. Das DRK äußerte Interesse für den Bau eines Waisenhauses, falls überzeugende Projektunterlagen zur Verfügung gestellt werden können.

Radio Communication (Funksysteme):

Einige nationale Rotkreuzgesellschaften haben bereits ihr Interesse am Aufbau eines nationalen und internationalen Funksystems in Mexiko angezeigt, darunter auch das DRK.

Das Mexikanische Rote Kreuz hat den staatlichen Stellen bereits zwei Anträge für diese Maßnahmen vorgelegt, bisher ohne Erfolg. Sollte die staatliche Zustimmung erfolgen, wird das DRK in die weitere Planung einbezogen.

Vorschläge zum weiteren Vorgehen:

- Für den Wiederaufbau in der Region Guerrero (Bauphase 2, 1 105 Häuser) benötigt die Liga zur Deckung der Kosten weitere 350 000 US-Dollar. Das DRK wird 700 000 DM für die Wiederaufbaumaßnahmen in Guerrero zur Verfügung stellen.
- Für das Wohnungsprogramm Tepito und eine Projektabwicklung über das Mexikanische Rote Kreuz finanziert das DRK den Bau von 150 Häusern à 6 000 US-Dollar (ca. 2 Mio. DM).

Der Bau weiterer Häuser für ärmere Bevölkerungsteile wird durch die Zusammenarbeit mit anderen Selbsthilfegruppen eingeleitet. Dafür ist eine weitere Summe von 2 Mio. DM als Planungsvolumen zweckgebunden.

- Je nach Baufortschritt und Projektverlauf können die jeweiligen Projekte aufgestockt und ggf. auch in der Guerrero-Provinz eine dritte Phase mit Maßnahmen im Basisgesundheitsdienst eingeleitet werden.

25 Jahre Zivildienst im Deutschen Roten Kreuz

Das Deutsche Rote Kreuz hat im April 1961 erstmals 29 Zivildienstleistende eingestellt. Im Jahr 1986 hat das Deutsche Rote Kreuz 839 Beschäftigungsstellen mit insgesamt 8 517 Zivildienstplätzen.

Zivildienstleistende werden heute eingesetzt im Rettungsdienst, im Bereich der offenen Sozialarbeit, wie mobile, soziale Hilfsdienste und individuelle Schwerstbehindertenbetreuung, in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Jugend- und Kinderheimen, Kur- und Erholungsheimen, den Blutspendediensten und in Einrichtungen des Internationalen Bundes

für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk e. V. als dem Deutschen Roten Kreuz angeschlossenen Verband.

In allen Einsatzbereichen helfen Zivildienstleistende bei der Bewältigung anstehender sozialer Aufgaben. Ihre Mitwirkung gehört zum selbstverständlichen Bild im Rotkreuz-Alltag.

25 Jahre Einsatz von Zivildienstleistenden ist für das Deutsche Rote Kreuz Anlaß zu danken für den Dienst an behinderten, an hilflosen und alten Menschen, im Rettungsdienst, in Krankenhäusern und Altenheimen.

Tschad-Projekt mit der Deutschen Welthungerhilfe

Technische Hilfe soll 1986 verstärkt werden

Mechaniker in Außenstellen beschäftigt / Reiseeindrücke Teil 2

Am 23. Januar starteten Roland Conrad, Leiter des Technischen Referats/Auslandshilfe beim Arbeiter-Samariter-Bund, und Mitarbeiter der Deutschen Welthungerhilfe mit zwei Lastkraftwagen in den Tschad. Die Fahrzeuge waren für ein gemeinsames Projekt beider Organisationen bestimmt. Der kleine Konvoi durchquerte Algerien, Niger und den Tschad, ehe er die 6 300-Kilometer-Tour hinter sich hatte und in der Hauptstadt N'Djamena eintraf. Während der Reise führte Conrad Tagebuch, hielt seine Eindrücke fest.

Im ersten Teil des Berichtes (vgl. Zivilschutzmagazin 4/86) stand die Fahrt quer durch Algerien im Vordergrund. Die Gruppe hatte Tamanrasset erreicht, die

letzte größere Stadt vor der Grenze nach Niger. Im zweiten und letzten Teil geht Conrad auf die Situation im Tschad ein, berücksichtigt dabei immer die Möglichkeiten, die die humanitäre Auslandshilfe des ASB hat. Der Bericht beginnt jedoch in Niger:

9. Februar 1986:

In Tamanrasset, der letzten größeren Station auf algerischem Gebiet, verlangt der Zoll die Fahrzeugpapiere. Es gibt keine Probleme. Die Lastwagen werden neu betankt, dabei stellen wir fest, daß der Benzinverbrauch trotz der schweren Piste unter 40 Liter pro 100 Kilometer liegt. Rund 260 Kilometer von Tamanrasset entfernt übernachteten wir in der Wüste.

Zinder in Niger



Die internationale Werkstatt in N'Djamena.
(Fotos: Conrad)



10. Februar:

Grenzort In Guezzam: Ohne größere Schwierigkeiten überqueren wir gegen Abend die Grenze nach Niger, treffen in Assamaka ein. Die Paßformalitäten werden sofort erledigt, der Zoll will jedoch am nächsten Morgen den Inhalt der Container überprüfen.

11. Februar:

Bis Arlit, unserer nächsten Station, sind es 200 Kilometer. Dort angekommen, melden wir uns bei der Polizei und bekommen den in Niger obligatorischen Durchreisestempel in den Paß. Da die Piste bis Agades nach Angaben der Polizei gut befahrbar ist, versuchen wir noch in der Nacht, die Strecke zu schaffen. Kurz vor Agades stehen Militärposten: Zum Glück liegt ein Fernschreiben der Deutschen Botschaft vor, die zusammen mit einheimischen Behörden alle Grenzkontrollen auffordert, uns bevorzugt abzufertigen.

12. Februar:

Nach einigen Verzögerungen beim Zoll in Agades setzen wir die Reise bis Zinder, knapp 500 Kilometer entfernt, fort. Die Piste durch die Savanne ist in einem sehr schlechten Zustand. Im Vorbeifahren sehen wir vertrocknete Wadis, in den Dörfern wird Kleinviehzucht betrieben und Hirse angebaut. In Zinder angekommen übernachteten wir in den Fahrzeugen — ein Fehler, wie sich am nächsten Morgen herausstellt. Pünktlich um 5 Uhr werden wir geweckt: In Zinder ist Markttag. Fluchtartig verlassen wir den Platz.

Das Warenangebot im Ort ist umfangreich, da es bis Nigeria nicht weit ist. Vor allem geschmuggelter Dieselmotorkraftstoff wird zu sehr günstigen Preisen verkauft.

14. Februar:

Über Gouré und Nguigmi erreichen wir den Tschad. Mit einem gemieteten Führer geht es auf der Piste am Rande des Tschadsees weiter. Trotz des Führers bleiben wir jedoch mehrmals in den Sanddünen stecken. Die Fahrzeuge werden umständlich freigeschaufelt.

17. Februar:

In Mao, einem Dorf, in dem zeitweise auch die Mechaniker des Arbeiter-Samariter-Bundes arbeiten, melden wir uns erneut bei der Polizei. Von Mao aus sind es noch 350 Kilometer in die tschadische Hauptstadt N'Djamena, eine Tagesreise.

19. Februar:

Nachdem uns eine Militärkontrolle vor N'Djamena über Nacht aufgehalten hatte, erreichen wir morgens gegen 10 Uhr das Büro der Deutschen Welthungerhilfe. Die



Roland Conrad während einer Ortsdurchfahrt.

beiden Lastwagen werden auf dem Hof der Deutschen Botschaft abgestellt. Sie sollen zwischen Abeché und El Geneina/Sudan eingesetzt werden.

ASB-Hilfe wird weitergehen

Den kurzen Aufenthalt in N'Djamena nutzte Roland Conrad zu Gesprächen über die Effektivität der ASB-Hilfe im Tschad.

Dr. Herbert Herzog, der das Personal in den verschiedenen Regionen führt, zeigte sich mit den ASB-Mechanikern vor Ort zufrieden: Zweimal täglich, so Herzog, habe er Funkkontakt mit den Außenstellen in Abeché, Mongo, Mao und El Geneina/Sudan. Dann meldeten sich die Techniker, um Informationen weiterzugeben, Ersatzteile anzufordern oder das künftige Vorgehen abzusprechen.

Über den Wert der aus dem Ausland gelieferten Fahrzeugtypen diskutierte Conrad mit Anthony Mornement, dem zuständigen Beauftragten der PAM (Programme Alimentaire Mondial), der eine Werkstatt in N'Djamena führt. Mornement hob vor allem die Einsatzfähigkeit der Lastwagen hervor, die der ASB schon vor drei Jahren geliefert hatte. Die Fahrzeuge, sagte Mornement, liefen noch heute ohne Probleme.

Bedingt durch die Kriegereignisse während seines Besuches im Tschad konnte Conrad die eigenen Mechaniker nicht besuchen, die Fahrzeuge nicht in Augenschein nehmen. Seinen Informationen zufolge sind die ASB-Lastwagen inzwischen auch bei der Wiederansiedlung im Einsatz. Tschad-Bewohner, die über die Grenze in den Sudan geflüchtet waren, werden nach der Rückkehr beim Aufbau ihrer Dörfer mit Baumaterial unterstützt.

Abschließend äußerte sich Conrad zufrieden über den Eindruck, den er von der humanitären Auslandshilfe des Arbeiter-Samariter-Bundes im Tschad gewonnen hat. Die technische Hilfe wird weitergehen: Auch 1986 will der ASB Ersatzteile schicken, um den Einsatz der Fahrzeuge sicherzustellen. Am 23. Februar kehrte der Leiter des Technischen Referates in die Bundesrepublik zurück.

Katastrophenschutzübung: ASB-Betreuungszug errichtet Notunterkunft für Evakuierte

Bombenalarm im niedersächsischen Bad Nenndorf bei Hannover, 90 bis 120 Menschen müssen vorübergehend evakuiert werden: Das war die Ausgangslage für die Katastrophenschutzübung, mit der der ASB Hannover-Land/Schaumburg Anfang April das Zusammenwirken der einzelnen Gruppen des Betreuungszuges probte. Der knapp 30 Mann starke Zug, bestehend aus Führungs-, Unterkunft- und Verpflegungsgruppe sowie der Gruppe „Soziale Betreuung“, hatte die Aufgabe, eine Notunterkunft einzurichten und die Evakuierten zu versorgen.

Bereits in den frühen Morgenstunden des 5. April versetzte die ASB-Leitstelle in Barsinghausen den Katastrophenschutzzug in Alarmbereitschaft. Die Arbeiter-Samariter trafen innerhalb kürzester Zeit beim Kreisverband ein. Nachdem Zugführer Dirk Osterwalder die Helfer über die Lage informiert hatte, begann umgehend das Verladen der notwendigen Ausrüstung. Unmittelbar nachdem die Einsatz- und Marschbereitschaft hergestellt war, setzte sich eine Kolonne von sieben Fahrzeugen – Allrad-Lastwagen, Feldküche und Kleintransportern – in Richtung Rodenberg in Bewegung. Zur Sicherung der Kolonne setzte der Zugführer einen Krad-Melder ein.

Nach der Ankunft in Rodenberg erkundete die Führungsgruppe ein geeignetes

Gebäude für die Notunterkunft, entschied sich letztlich für das leerstehende ehemalige Krankenhaus. Die einzelnen Gruppen des ASB-Betreuungszuges begannen sofort mit der Arbeit: Die Unterkunftsgruppe stellte Feldbetten auf, errichtete Zelte im Innenhof und sorgte mit Hilfe des eigenen 30 kVA starken Notstromaggregates für die elektrische Versorgung der Unterkunft.

Kurze Zeit später trafen die ersten Kleinbusse mit den Evakuierten – die Rolle übernahmen Mitglieder der ASB-Jugendgruppen aus Stadthagen und Barsinghausen – in Rodenberg ein. Die Gruppe „Soziale Betreuung“ begann, die Evakuierten zu registrieren und zu betreuen.

Nachdem jedem ein Bett zugewiesen worden war, gab es Erbsensuppe aus der ASB-Feldküche. Die warme Mahlzeit fand auch bei den zahlreichen Besuchern Anklang, die neben der Beobachtung der Übung die Gelegenheit nutzten, die neue ASB-Rettungswache in Rodenberg zu besichtigen.

Nach Abschluß der Übung waren sich die Verantwortlichen einig: Trotz kleiner Pannen war alles nach Plan gelaufen. Der Katastrophenschutz des Arbeiter-Samariter-Bundes hatte bewiesen, daß die Bevölkerung auch bei größeren Schadensereignissen jederzeit auf die Hilfe des ASB zählen kann. b b



Oben: Der ASB-Betreuungszug auf dem Marsch.

Rechts: Für eine warme Mahlzeit sorgt die ASB-Feldküche. (Fotos: bb)



Unfallfolgedienst eine soziale Aufgabe der Johanniter-Unfall-Hilfe

Der Autoverkehr auf Deutschlands Straßen gehört zu den großen Problemen unserer Zeit. Er bestimmt nicht nur weitreichende Entscheidungen in Ministerien, Autofabriken und Planungsbüros, sondern verursacht mit seinen negativen Auswirkungen auch großes Leid und Elend im Lebensbereich der Menschen. Immer häufiger beschwören Unfälle Folgen herauf, denen der einzelne oft hilflos gegenübersteht.

Dieser Hilflosigkeit begegnet die JUH seit Jahrzehnten mit dem stetigen Einsatz ihres Rettungsdienstes.

Während den Verletzten durch den Rettungsdienst der JUH und anderer Hilfsorganisationen schnellstmögliche und beste Hilfe zukommt, sehen sich unverletzte Angehörige (eventuell Frauen mit Kindern) in den ersten Stunden oft Situationen gegenüber, in denen sie menschliche Unterstützung brauchen. Hier stellt sich nun die neue Aufgabe.

Der Unfallfolgedienst (UFD) schließt eine noch bestehende Lücke in der Versorgung von Unfallopfern und -betroffenen im Straßenverkehr.

Ein Beispiel zum Unfallfolgedienst

Was unter dem neuen Dienst im Sanitätsbereich zu verstehen ist, schildert der folgende Fall:

Siegburg/Lohmar

Auf der Autobahn Köln-Bonn bewegt sich ein Kleintransporter in Richtung Süden. In ihm befinden sich zehn Türken, die von Zuidern in den Niederlanden und Gent in Belgien aus gestartet, ihren Heimatort bei Istanbul ansteuern. Mit sich führen die Insassen des Fahrzeuges eine Unmenge Gepäck wie Koffer, Hausrat, Teppiche und sogar Betten. Entspre-

chend wird auch der Dachgepäckträger überladen.

Wie die Polizei später ermittelt, führt die erhebliche Überladung des Fahrzeuges zum Platzen eines der Reifen. Das Fahrzeug dreht sich, stößt gegen die Leitplanke auf dem Mittelstreifen, kippt um und wird wieder zurückgeschleudert. Hier wird der Wagen von einem folgenden Lkw erfaßt und noch mehr beschädigt.

Die darauf folgende Versorgung der Verletzten (drei Personen sind schwerverletzt) läuft routinemäßig ab; doch bleiben die anderen, nur leicht verletzten Insassen des Unfallfahrzeugs und das Gepäck zurück.

Der deutschen Sprache unkundig und ohne unmittelbare Hilfe blieben sie im Normalfall sich selbst überlassen. In diesem Fall allerdings geht bei der JUH-Köln um 15.05 Uhr eine Meldung der BAB-Polizeidienststelle Aggerbrücke mit folgendem Inhalt ein:

Unfallverletzte Personen befinden sich in den Krankenhäusern Siegburg und Sankt Augustin. Es handelt sich um ca. zehn Türken. Bitte übernehmen Sie den Folgedienst.

Gegen 15.15 Uhr setzen sich vier Mitarbeiter des Unfallfolgedienstes Richtung Siegburg in Bewegung. 15.50 Uhr trifft die Gruppe im Krankenhaus Siegburg ein. Es werden sechs hilflose, nicht Deutsch sprechende Türken vorgefunden. Ein Mitglied der JUH-Gruppe ist Türke und nimmt sich besonders seiner Landsleute an. Nach der ambulanten Behandlung werden die sechs Personen per JUH-Bus nach Köln gefahren und kommen dort in der JUH-Unterkunft unter. Zusätzlich werden sie mit heimischer Kost versorgt, die Helfer aus einem türkischen Restaurant herbeischaffen.

Ein Wagen der JUH hat die wichtigsten Gepäckstücke aus dem Unfallfahrzeug

abgeholt, um die Situation der Verunglückten möglichst erträglich zu machen.

Inzwischen hat der türkische JUH-Mitarbeiter die Anschrift von Angehörigen der Beteiligten in Belgien ermittelt. Nach vorheriger Information des Zolls, um die Abfertigung zu erleichtern, werden die in der Kölner Unterkunft Versorgten zu ihren Angehörigen in Gent gebracht. Der Wagen der JUH Köln erreicht gegen 3.00 Uhr morgens den Zielort.

Nach insgesamt 12 Stunden ist die Aktion glücklich beendet.

Es bleibt die Frage, was ohne den Unfallfolgedienst mit den Verunglückten geschehen wäre.

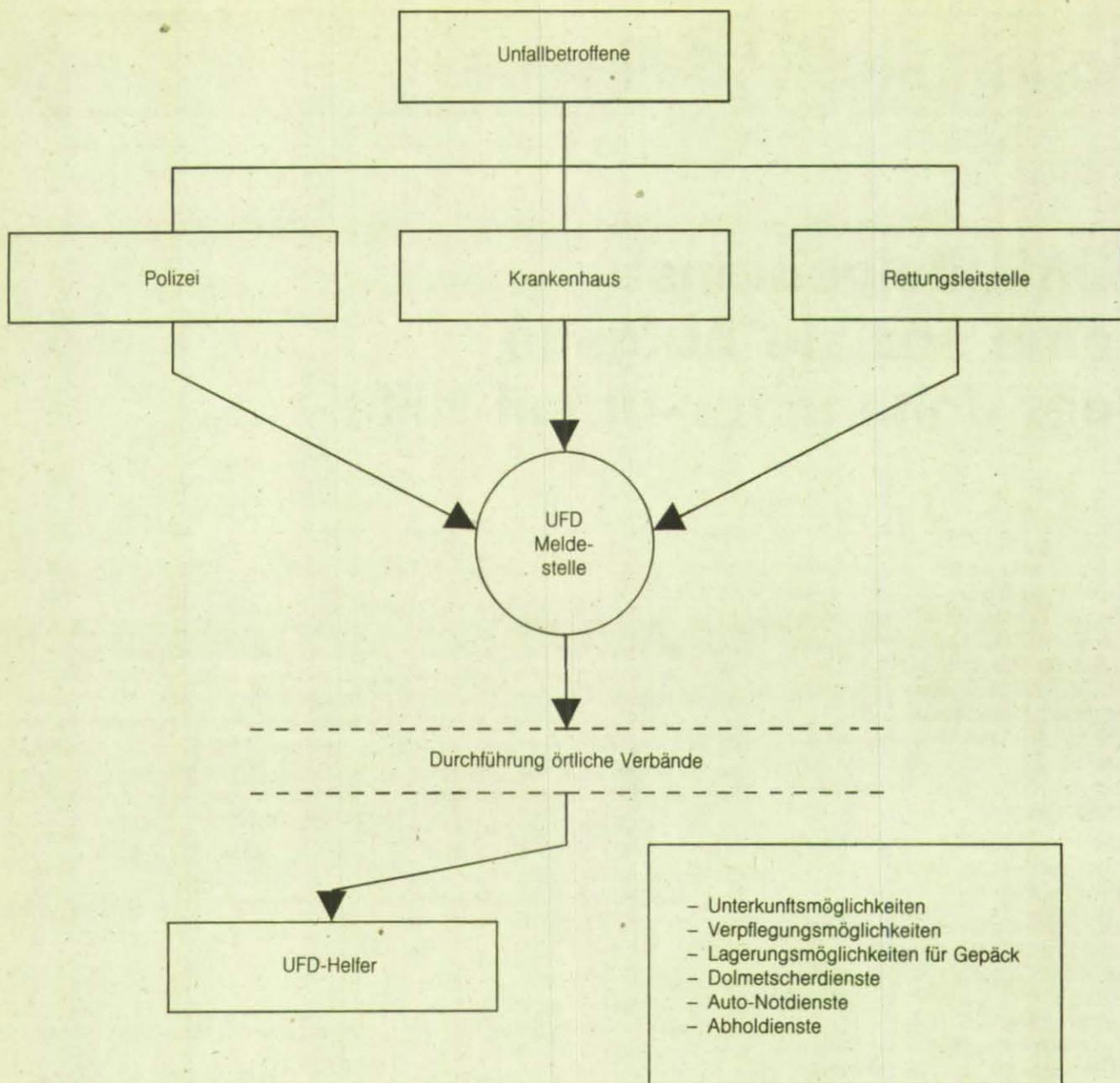
Adressaten des Unfallfolgedienstes

Wenn auch im geschilderten Fall einer ausländischen Familie geholfen werden konnte, kommt ein viel größer gefaßter Personenkreis für diese Hilfeleistung in Frage. Da sind die Bürger zu nennen, die viel auf den Straßen unterwegs sind, wie Berufsfahrer (oft weit von ihrem Heimatort entfernt) sowie Ausflügler und Urlauber. Hinzu kommen solche Personen, die auch in der Nähe ihres Wohnsitzes auf fremde Hilfe angewiesen sind, z. B. allein-stehende Menschen.

Ziel der Bemühungen soll es sein, eine umfassende Betreuung für Unfallopfer und -beteiligte zu schaffen; von der Ersten Hilfe über die ärztliche Versorgung im Krankenhaus bis hin zur Nachsorge durch die JUH und deren Partnerorganisation.

Zeichen der Hilfe — JUH und MHD gründeten 1981 den UFD

Der Unfallfolgedienst setzt überall dort mit seiner Hilfe ein, wo durch Behörden



Ablaufschema „Einsatz des Unfallfolgedienstes“

und bestehende Institutionen nicht oder nur unvollständig geholfen werden kann. Im wesentlichen handelt es sich hier um folgende Fälle:

- Abholen der unverletzten oder ambulant behandelten Personen von der Unfallstelle, der Polizeiwache, der Arztpraxis oder der Kfz-Werkstatt.
- Zuspruch zur Überwindung des ersten Schocks.
- Vorübergehende kurzfristige Unterbringung der Personen und des Gepäcks bis ein Hotel- oder Pensionszimmer gefunden ist.
- Hilfe bei der Besorgung eines Hotel- oder Pensionszimmers.
- Erste Versorgung der Betroffenen mit Nahrungsmitteln.
- Dolmetschertätigkeit bei Ausländern.
- Benachrichtigung von Angehörigen

oder Freunden (eventuell auch des Heimatpfarrers), um eine Rückreise in den Heimatort zu ermöglichen.

- Krankenhausbesuche bei ortsfremden Unfallopfern.
- Sonstige allgemeine Hilfe.

Organisation des Unfallfolgedienstes

Der Unfallfolgedienst wird von den Orts-/ Kreisverbänden in enger Zusammenarbeit mit den Subkommenden des Ordens durchgeführt. In mehr als 80 Meldestellen im gesamten Bundesgebiet laufen die Anforderungen zusammen und werden entsprechend der regionalen Koordination verteilt. So sind z. B. im rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Köln die Johanniter-Unfall-Hilfe, auf der anderen Rheinseite der Malteser-Hilfsdienst Ansprechpartner der Polizei bei Unfällen.

Die Rettungsleitstellen und Rettungswachen der JUH, die eine ständige Erreich-

barkeit sicherstellen, sind die Meldestellen für Polizei und Krankenhäuser. Ebenfalls werden sowohl die Evangelische Kirche als auch die Katholische Pfarrei in den Bereichen der Meldestellen am UFD beteiligt.

Alarmkalender in den beteiligten Verbänden beinhalten Namen und Adressen der Helfer.

Registriert sind auch

- Unterkunftsmöglichkeiten
- Verpflegungsmöglichkeiten
- Lagerungsmöglichkeiten für Gepäck
- Dolmetscherdienste in den wichtigsten Sprachen
- Auto-Notdienste usw.

Die praktische Durchführung des UFD, und damit der Erfolg, wird jedoch bestimmt vom sozialen Engagement des einzelnen und von seinem Verständnis der Verpflichtung zum Dienst am Nächsten.

Joachim Lindig

Zwei Jahre Auslands-Rückholdienst der JUH

Seit nunmehr zwei Jahren ist der JUH-Auslands-Rückholdienst aktiv. Die immer größer werdende Reisefreudigkeit und immer weiter entfernte Urlaubsziele haben zu diesem Arbeitsbereich der JUH geführt. Wie erfolgreich und notwendig dieser weltweite Service ist, hat sich schon nach relativ kurzer Zeit erwiesen. Rückholflüge, die 1984 jedesmal ein „besonderes Ereignis“ für die Kölner Johanner waren, sind mittlerweile eine selbstverständliche Dienstleistung.

Insgesamt wurden von April 1984 bis März 1986 96 Rückholtransporte mit Krankentransport- und Rettungstransportwagen sowie mit Ambulanzflugzeugen oder -hubschraubern durchgeführt.

Von April 1984 bis März 1986 wurden Patienten zurückgeholt aus: Salo, Bruneck, Verona, Locarno, Savonna, Venedig, Meran, Padua, Bad Ischl, Laas, Wörgel, Kirchdorf, Innsbruck, Kitzbühel, Reutte,

Davos, Chambery, Bourg, Chur, Malaga, Basiccka, Mons, Zardar, Budapest, Oradea, Athen, Korsika, Teneriffa, Mallorca.

Diese erfolgreiche Bilanz konnte auch nicht durch die Machenschaften einiger „schwarzer Schafe“ im Flugrettungsbereich geschmälert werden, die 1985 in der Öffentlichkeit für Aufregung sorgten. Einige dubiose Vereine haben das menschliche Bedürfnis nach Schutz in der dazu ungewohnten, fremden Situation vorrangig als Möglichkeit verstanden, Geld zu verdienen.

Beispiele dafür wurden in der ADAC-Motorwelt 5/85 veröffentlicht: In Kempten wurde mit der Aussage, der Rettungshubschrauber Christoph 17 stehe kurz vor dem Ruin, um Spenden geworben. In anderen Fällen wurden die Werber, die auf Provisionsbasis für die „Internationale Flugambulanz“ (IFA) warben, noch deutlicher:

Die Zeiten, in denen jeder Verletzte von der Straße geholt würde, seien bald vorbei. Nur wer der IFA beitrete, könne sicher sein, daß im Notfall auch für ihn ein Hubschrauber bereitstehe. Die Liste der Negativbeispiele ließe sich fortsetzen.

Was die Spendenwilligen nicht wußten: Die Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik starten bei jedem Notfalleinsatz grundsätzlich ohne Ansehen der Person. Diese Einsätze werden von den Krankenkassen bzw. von den Berufsgenossenschaften bezahlt.

Anders ist die Sachlage bei Rückholflügen aus dem Ausland. In der Praxis zeigte sich immer wieder, daß Mitglieder der Krankenkassen, die im Ausland schwer erkrankt oder verunglückt sind, und deren Rücktransport ärztlich befürwortet wird, von der Ablehnung der Kostenübernahme durch ihre Krankenkasse völlig überrascht werden und damit in

Modernstes Fluggerät kommt im Rahmen des Rückholdienstes zum Einsatz.



Durch Kranken- und Notarztwagen der JUH ist auch die weitere Versorgung der Patienten am Boden sichergestellt.



Claus-Peter Ude
Fronhoferstraße 10
1000 Berlin 41

Berlin, den 22. 11. 1984

Johanniter-Unfall-Hilfe
z. Hd. Herrn Lore
Frankfurter Str. 666
5 000 Köln 91

Sehr geehrter Herr Lore,

gleich zu Beginn meines Schreibens muß ich Ihnen den allergrößten Dank der Familien Ude und Ebeling überbringen. Die Rückholaktion meines Schwagers Roland Ebeling aus Polen war wirklich eine famose Leistung Ihrerseits. Eine solch schnelle und unbürokratische Hilfe ist ohne Frage einmalig. Ich glaube, ohne Übertreibung sagen zu können, daß Ihnen das keiner nachmachen kann. Auch Ihr Entgegenkommen im Nachhinein ist nur noch mehr Beweis für eine hervorragende Organisation.

Hier nun noch einmal eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse:

Bei einem Landgang verunglückte der Seemann Roland Ebeling in Danzig so schwer, daß er mit dem Auto nicht transportfähig war. Nach dem Unfall vergingen drei Tage, bevor mich als Schwager des Verunglückten eine Nachricht erreichte. Eine Polin unterrichtete mich, daß Herr Ebeling sich in einem furchtbaren Zustand befände und ich doch alles versuchen sollte, den Verletzten nach Deutschland zu holen, da die medizinische Versorgung in Polen katastrophal wäre. Da sich weder der Kapitän des Schiffes, noch jemand von der Reederei um meinen Schwager kümmerte, versuchte ich nun krampfhaft, den Rücktransport meines Schwagers aus Polen in die Wege zu leiten. Nachdem ich bei etlichen Stellen (Rotes Kreuz, Rettungswacht usw.) erfuhr, wie schwierig das alles werden würde, setzte ich mich mit Ihnen in Verbindung und war total perplex, wie schnell und unproblematisch Sie die Hilfe anboten. Es war für uns alle unfassbar, daß mein Schwager bereits am gleichen Abend in Husum im Krankenhaus untergebracht war. Eine solch hundertprozentige Hilfe verspricht einem im ersten Moment glatt die Sprache.

Abschließend kann ich Ihnen noch berichten, daß sich mein Schwager auch auf Grund Ihrer Hilfe wieder auf dem Wege der Besserung befindet. Sie können diesen Fall gerne als sozusagen „Musterbeispiel für schnelle Hilfe“ verwenden. Auch ich werde mich mit einem kurzen Leserbrief an die hiesige Morgenpost wenden, um Ihre Leistung noch einmal zu würdigen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen alles Gute wünschen und Ihnen und Ihrem Verein nochmals recht herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen
Claus-Peter Ude

Baden-Württemberg

Eine große Planübung

Vorbereitung auf eine Vollübung in diesem Jahr

In der renovierten Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg trafen sich Führungskräfte der JUH Mannheim, Stuttgart, Heilbronn und Aalen zu einer Planübung. Nach der Begrüßung durch den neuen Leiter der Schule, Kuhn, begann das Planspiel.

Günther Wermke, der vom BVS zur JUH kam und zuletzt Leiter der BVS-Schule in Geretsried/Bayern sowie Beauftragter für Katastrophenschutz war und Herrn Wittenberg als Landesdezentern für den Katastrophenschutz der JUH Baden-Württemberg ablöste, war der „Spielleiter“ dieser Übung.

Der Himmel verdunkelte sich, während fröhliche Urlauber noch in Freibädern planschten und auf Campingplätzen Nachmittagskaffee tranken, Hausfrauen den Freitagseinkauf tätigten, Feierabendverkehr herrschte. Ein schwüler Augusttag wie jeder andere.

Um 16.10 Uhr verwüstete ein Wirbelsturm mit nachfolgenden schweren und langandauernden Regenfällen die Ortschaften Neckarsteinach, Dilsberg und Neckargmünd: Häuser wurden zerstört, Autos weggefegt. Schiffe versanken auf dem Neckar, den Campingplatz überrollte eine Flutwelle. Strom- und Telefonleitungen wurden unterbrochen, Brände entstanden durch Blitzschlag, Bundesstraßen waren unpassierbar.

Die Reaktion der verletzten Menschen, die geregelte Einsatzkoordination, die Schadensfeststellung, die Hilfe aus Nachbarkreisen und auch unscheinbare Details, an denen Einsätze scheitern könnten, wurden theoretisch durchgespielt.

Solche Planübungen sind erforderlich, um bei echten Katastrophen nicht vor unbekanntem Führungs- und Hilfeleistungsproblemen zu stehen. Die Veranstaltung war die Vorbereitung auf eine Vollübung des JUH-Landesverbandes in diesem Jahr.

eine oft ausweglose Situation geraten. Um solche Einsätze nicht aus der eigenen Tasche zu zahlen, muß man sich in der Regel zusätzlich absichern, zum Beispiel durch die Mitgliedschaft bei der Johanniter-Unfall-Hilfe, die den kostenlosen Rücktransport aus dem Ausland mit Flugzeug oder Hubschrauber einschließt.

Zur steten Erinnerung an die Leistungen des JUH-Auslands-Rückholdienstes hält die Johanniter-Unfall-Hilfe, Kreisverband Köln, Frankfurter Str. 666, 5000 Köln 91, ab sofort einen zweifarbigen Aufkleber bereit, der gegen Einsendung eines frankierten und adressierten Rückumschlagens gerne zugeschickt wird.

Um im Krankheits- bzw. Unglücksfall zeitliche Verzögerungen bei der Abwicklung des Rücktransportes zu verhindern, sollten beim Anruf der JUH-Köln folgende Angaben gemacht werden:

Anrufer

Name: _____

Adresse: _____

Tel. Nr. _____

Patient

Name: _____

Aufenthaltsort: _____

Tel. Nr. _____

Behandelnder Arzt/Krankenhaus

Name: _____

Tel. Nr. _____

Kontaktperson am Unfallort

Name: _____

Tel. Nr. _____

Inge Klein/Inge Rüttgers

Neues Ausbildungskonzept mit einheitlichen Lernzielen

Auf dem Prüfstand: Die neuen Vorschriften für die Helferausbildung

Den qualitativen Einsatzwert der Helfer und Einheiten bestimmbar machen – Breites Einsatzspektrum ermöglichen

Die Ausbildungssituation im MHD war bislang im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie an örtlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten ausgerichtet war. Qualitative Unterschiede und ein nicht einheitlich festzusetzender Einsatzwert der Helfer und Einheiten war daher die Folge gewesen. Deutlich wurde dies vor allem bei überregionalen Großeinsätzen,

wie z. B. den Katholikentagen. Dann müssen Helfer – bunt zusammengewürfelt – in einem Zug oder in einer Gruppe zusammenarbeiten. Dabei konnte es vorkommen, daß dem einen möglicherweise – aufgrund seiner Spezialisierung zum Fernmelder – einfachste Grundkenntnisse der Ersten Hilfe fehlten oder umgekehrt einem Sanitätshelfer nicht klar war, wie

man im Einsatzfall ein Funkgerät bedient. Um diesen Mißstand abzubauen, hat ein mit Fachleuten aus den Diözesan- und Landesgliederungen zusammengesetzter Arbeitskreis des MHD-Generalsekretariats ein klar gegliedertes Ausbildungskonzept mit einheitlichen Lernzielen entwickelt.

I. 5 Lernzielkatalog

Lernabschnitte	Lernziele	Einzelthemen	Stunden	Ausbildungsform	Unterrichtsmittel
<i>Grundausbildung</i> I. 3.1	Der Helfer soll die Anlässe zur Ersten Hilfe kennenlernen und die notwendigen Maßnahmen richtig durchführen können.	gemäß AV I	16	Unterricht	„Erste-Hilfe-Ausbildungsvorschrift“
I. 3.2	Der Helfer soll erweiterte Kenntnisse in Erster Hilfe und Sanitätskunde erwerben und die notwendigen Maßnahmen richtig anwenden können, um unter Anleitung an Sanitätseinsätzen mitwirken zu können.	gemäß AV II	24	Unterricht	„Der Helfer im Sanitätsdienst“
I. 3.3	Der Helfer soll eine allgemeine Einführung in die Satzung des MHD erhalten, und insbesondere die Aufgaben und Ziele sowie die Rechte und Pflichten als Mitglied im MHD kennenlernen. Darüber hinaus soll er in einer allgemeinen Einführung in den Leitfaden Teil B einen Überblick über die Struktur des MHD anhand des Organisationschemas erhalten.	MHD-Satzung §§ 2 und 3 Leitfaden Teil B, Ziffer 8	1	Vortrag	Anlage 1: — Satzung — Anlage 1: — Organisations-schemata —
I. 3.4	Der Helfer soll die geistigen und religiösen Grundlagen des MHD kennenlernen und anhand des Leitfadens über Selbstverständnis und Auftrag des MHD informiert werden.	Leitfaden Teil A Der Auftrag: — Glaubensauftrag — Auftrag des Malteser-Ritterordens — Auftrag der Caritas — Staatsbürgerlicher Auftrag Die Prinzipien: — Leben aus dem Glauben — Freiwilligkeit — Ehrenamtlichkeit — Mitverantwortung	2	Vortrag, Diskussion	Anlage 1: — Leitfaden — Anlage 2: — Ausarbeitung — Anlage 3: — Zeit- und Organisationsübersicht — Anlage 4: — Geistige Grundlagen —
I. 3.5	Der Helfer soll an verschiedenen Sanitätseinsätzen unter Anleitung mitwirken, um den allgemeinen Einsatzablauf kennenzulernen und die erworbenen Kenntnisse in der Praxis anwenden zu können. (Die Einsätze sollen mindestens in Gruppenstärke erfolgen)	— Einsatzvorbereitung (z.B. Material, Meldung beim Veranstalter) — Einsatzauftrag — Einsatzdisziplin — Umgang mit Verletzten oder Kranken im Rahmen des Einsatzes — Krankentransport im Rahmen des Einsatzes	mind. 8	Praxis	Anlage 5: — Testatheft —

II. Lernzielkatalog: *Allgemeine Fachausbildung* (F 1)

Lernabschnitte	Lernziele	Einzelthemen	Stunden	Ausbildungsform	Unterrichtsmittel
II 1.1	Der Helfer soll seine Kenntnisse über die Aufgaben und Ziele des MHD vertiefen. Er soll einen Überblick über die Gliederungs- und Organisationsstruktur des MHD erhalten und unter Verwendung des Leitfadens (Teil B) die Gliederung des MHD innerhalb einer Diözese nachvollziehen können.	Der Malteser-Hilfsdienst — Aufgaben und Ziele des MHD — Gliederung und Organisation — Leitfaden Teil B	2	Unterricht	Anlage 1 (G): — Satzung und Leitfaden — Anlage 1 (G): — Organisationschema —
II 1.2	Der Helfer soll aus den religiösen und geistigen Grundlagen die Prinzipien ableiten können, die das Handeln der Mitglieder im MHD bestimmen.	Auftrag des Malteser-Helfers	2	Unterricht	Anlage 1 (F 1): Ausarbeitung — Auftrag des Malteser-Helfers —
II 1.3	Der Helfer soll einen Überblick über die Gliederung und die Beschreibung der Einheiten und Einrichtungen erhalten, die der MHD im Rahmen seines Auftrages, auch im KatS, vorhält. Er soll die Einsatzgrundsätze der verschiedenen Fachdienste in ihren Grundzügen kennenlernen.	Einsatzdienste/-bereiche des MHD: — Gliederung, Aufgaben und Einsatzgrundsätze — Sanitätsdienst — Rettungsdienst/Kranken-transport — Betreuungsdienst — Soziale Dienste — Versorgungsdienst — Fernmeldezug — ABC-Dienst — Ausbildung — Katastrophenschutz — Fahrdienste	10	Unterricht	Anlage 2 (F 1): — Sanitätsdienst — Anlage 3 (F 1): — Sanitätszug MHD — Anlage 4 (F 1): — Rettungsdienst — Anlage 5 (F 1): — Betreuungszug — Anlage 6 (F 1): — Soziale Dienste — Anlage 7 (F 1): — Fernmeldezug — Anlage 8 (F 1): — ABC-Zug —
II 1.4	Der Helfer soll — über die allgemeinen Rechtsgrundlagen des Dienstes belehrt werden; — über die rechtlichen Aspekte und ihre Konsequenzen im Rahmen seiner Mitwirkung informiert werden; — den Umfang seines Versicherungsschutzes im Dienst kennenlernen; — über die wesentlichen inhaltlichen Bestimmungen des internationalen humanitären Völkerrechts informiert werden.	Rechtskunde/Belehrung — Rechtsgrundlagen des Dienstes — Helferrecht — Versicherungsschutz — internationales humanitäres Völkerrecht	4	Unterricht	Anlage 9 (F 1): Ausarbeitung — Rechtsgrundlagen des Dienstes und Helferrechts — Anlage 10 (F 1): Ausarbeitung — Versicherungsschutz — Anlage 11 (F 1): Ausarbeitung — internationales humanitäres Völkerrecht — Anlage 12 (F 1): — MHD und Genfer Konvention —
II 1.5	Der Helfer soll — eine Übersicht über örtlich vorhandene Fernmeldemittel erhalten und Bedienungsgrundsätze kennenlernen; — wissen, welche rechtlichen Bestimmungen bei der Bedienung dieser Geräte zu beachten sind; — die strafrechtlichen Folgen bei Verstößen gegen diese Bestimmungen kennen.	Fernmeldemittel — Handhabung der Fernmeldemittel im Einsatz — rechtliche Bestimmungen für die Teilnahme am Fernmeldebetrieb (BOS-Richtlinien) — ggf. Verpflichtungshandlung	4	Unterricht/Praxis	Anlage 13 (F 1): — AV-FM 1 komplett mit Anlagenteil —

Die neu konzipierte Vorschrift – AV 10 – bietet eine doppelte Chance: Zum einen den qualitativen Einsatzwert der Helfer und Einheiten einheitlich und bestimmbarer zu machen und zum anderen ihnen ein breites Einsatzspektrum zu ermöglichen.

Damit kann das einzigartige Ziel erreicht werden, daß jeder Helfer an jeder Stelle eingesetzt werden kann, was bei überregionalen Einsätzen und/oder Katastrophenfällen von unschätzbarem Wert ist. Der Helfer selbst erweitert dadurch sein Einsatzfeld und hat bei der heute häufig

von ihm verlangten Mobilität darüber hinaus den Vorteil, an jedem Ort seinen bis dahin erlangten Ausbildungsstand nachweisen und darauf aufbauend seine Ausbildung vervollständigen zu können. Der Nachweis erfolgt in einem dafür vorgesehenen Testatheft, das dem Helfer mit Beginn der Ausbildung ausgehändigt wird.

In der Grundausbildung (G), die insgesamt 51 Ausbildungsstunden umfaßt, erlernt der Teilnehmer das theoretische und praktische Fundament für die sanitätsdienstliche Betreuung. Gleichzeitig wird der Identifikationsprozeß mit dem

MHD angestoßen, indem eine allgemeine Auseinandersetzung mit den geistigen und religiösen Grundlagen unserer Organisation erfolgt. Am Ende dieser Grundausbildung soll dann die gemäß Punkt 5.2.8 des MHD-Leitfadens vorgesehene Berufung zur HelferIn bzw. zum Helfer erfolgen.

Die sich daran anschließende allgemeine Fachausbildung (F 1), die 50 Stunden umfaßt, ist bewußt allgemein, aber umfassend gehalten. Zielsetzung dieser Ausbildung ist es, Entscheidungshilfen zu geben, damit der Helfer sich später ent-

Lernabschnitte	Lernziele	Einzelthemen	Stunden	Ausbildungsform	Unterrichtsmittel
II 1.6	Der Helfer soll — Grundwissen über den ABC-Selbstschutz erwerben und in der Praxis anwenden können.	ABC-Schutz — Grundlagen für den ABC-Selbstschutz	3	Unterricht/Praxis	Anlage 14 (F 1): — GuV 20.22 Anlage 15 (F 1): — GuV 20.24 Anlage 16 (F 1): — BVS-Fibel — Anlage 17 (F 1): — Taschenkarte Schutz und Selbsthilfe —
II 1.7	Der Helfer soll — erkennen, welche Probleme der einzelne Hilfsbedürftige hat und welche Hilfen ihm im Rahmen der individuellen Betreuung gegeben werden können; — er soll weiterhin die Problematik im Umgang mit Hilfsbedürftigen im Katastrophenfall erkennen können.	Umgang mit Hilfsbedürftigen — Umgang mit Behinderten, Kranken und Verletzten — Individualbetreuung im täglichen Dienst — Problematik im Katastrophenfall	4	Unterricht/Praxis	Anlage 18 (F 1): Ausarbeitung — Umgang mit Hilfsbedürftigen —
II 1.8	Der Helfer soll — die allgemeinen und speziellen Regelungen und Verfahrenswesen für den Dienstbetrieb seiner örtlichen Gliederung kennen; — er soll weiterhin erkennen, daß sein Erscheinungsbild im Dienst (kirchliche Veranstaltungen eingeschlossen) bei der Bevölkerung das Ansehen des MFD maßgeblich mitprägt.	Einweisung in den allgemeinen Dienstablauf der Gliederung — Führungsstruktur — Dienstordnung — Auftreten in der Öffentlichkeit — Dienstbekleidungsordnung — Ausbildungsplan — Alarmierung — Dienstanweisungen	3	Leitfaden Unterricht/Praxis	Anlage 1 (G): Leitfaden Anlage 19 (F 1): — Dienstbekleidungsordnung — (in Überarbeitung) Anlage 20 (F 1): — Ausbildungsplan — Anlage 21 (F 1): — Dienstplan — Anlage 22 (F 1): Ausarbeitung — Alarmierung der Einheiten — Anlage 23 (F 1): Ausarbeitung — Alarmierung eines KSL-Bezirktes — Anlage 24 (F 1): Ausarbeitung — Dienstanweisung —
II 1.9	Der Helfer soll — seine Verantwortung für das ihm anvertraute Material erkennen; — den Umfang der von ihm durchzuführenden Pflege- und Wartungsarbeiten kennen.	Technischer Dienst — Pflege und Wartung der persönlichen Ausstattung — Pflege und Wartung von Gerät und Material	3	Unterricht/Praxis	
II 1.10	Der Helfer soll — am Dienstbetrieb aller Einsatzdienste seiner örtlichen Gliederung teilnehmen, um einen Überblick über seine verschiedenen Einsatzmöglichkeiten als Helfer zu gewinnen.	Teilnahme am Dienstbetrieb aller aktiven Einheiten auf Standortebene	15	Praxis	Anlage 5 (G)/I. 3.5: — Testatheft —

sprechend seinen Neigungen und Eignungen für die eine oder andere fachspezifische Ausbildung melden kann. Darüber hinaus sollen die nächsten Stufen, nämlich Toleranz und Akzeptanz, des Weges bis hin zur endgültigen Identität mit dem Glaubensauftrag und den Prinzipien unserer Organisation ermöglicht werden.

Die Ausbildung zur Wahrnehmung bestimmter Fachfunktionen (F 3) in Einheiten oder Gliederungen erfolgt nach den – soweit bereits vorhandenen – entsprechenden Ausbildungsvorschriften. Die Erarbei-

tung eines Lernzielkatalogs z. B. für die Unterführer Ausbildung ist abgeschlossen und wird demnächst vorgestellt.

Erste Erfahrungswerte mit der AV 10 liegen vor. Bereits ausgebildete Helferinnen und Helfer empfinden es als sehr sinnvoll, wenn beide Ausbildungsabschnitte (G + F 1) unmittelbar nacheinander angeboten werden. Keiner fühlte sich durch die Ausbildung an mehreren Wochenenden überfordert. Begrüßt wurde, daß die Ausbildung einen hohen Informationsgehalt habe, Entscheidungshilfen gebe, realistische Grenzen aufzeige (soweit teilweise

die Erwartungshaltungen der Helfer zu hoch oder überzogen waren), und daß man nach Abschluß der Ausbildung wisse und insofern nüchterner beurteilen könne, was umsetzbar sei und welche Vorstellungen nicht erfüllbar seien.

Da die Ausbildung im wesentlichen von ehrenamtlichen Führungskräften durchgeführt werden soll, ist Voraussetzung, daß die Ausbildungsmaterialien und -unterlagen nicht nur ständig verbessert und überarbeitet, sondern auch verständlich für die Selbsterarbeitung des Multiplikators verfaßt werden. Johannes Praß

Vier Stunden Arbeit für zwei Minuten Film

Eine Filmaufnahme von einer Minute – man sollte annehmen, sie wäre schnell „heruntergedreht“. Aber weit gefehlt! Die zwanzig Schwesternhelferinnen, die für einen Informationsfilm des Bundesverbandes für den Selbstschutz zum Thema „Zivilschutz heute“ vorübergehend zu Laienschwesternhelferinnen avancierten, müssen ziemliche Geduld beweisen, ehe die Aufnahme „im Kasten“ ist. Denn das sechsköpfige Filmteam aus Bonn will seine Sache gut machen und benötigt daher gute zwei Stunden für die Dreharbeit.

Ort des Geschehens an diesem Mittwochnachmittag im Februar ist der Ausbildungsraum der MHD-Dienststelle Erfstadt. Mit drei verschiedenen Kamera-Einstellungen soll eine Ausbildungsstunde in einem SH-Kurs aufgenommen werden. Um die richtige Lernatmosphäre in den Lehrsaal zu bringen, hat Ortsbeauftragter Wilfried Esser etliches Anschauungsmaterial – vom Skelett bis zu den Ingredienzen des Ausbildungskoffers – aufbauen lassen.

Die Schwesternhelferinnen aus Erfstadt und Rheinbach sitzen in SH-Trachten an den Tischen, vor ihnen die roten Mappen für den Pflegehilfsdienst, und warten auf ihren Auftritt. Doch läßt der noch etwas auf sich warten. Denn der Kameramann zeigt sich über die Lichtverhältnisse in dem provisorischen Filmatelier unzufrieden. Bis die sechs Scheinwerfer in idealer Stellung den Raum aufheizen, ist eine halbe Stunde vergangen.

Dann naht der große Augenblick: Der Dozent, Dr. Dieter Bientreu, tritt vor die SH und doziert, diese setzen ein aufmerksames Gesicht auf, der Kameramann hingegen setzt sich in einen Rollstuhl, läßt sich und sein Aufnahmegerät von einem Kollegen langsam an den Schwesternhelferinnen vorbeifahren und ermahnt sie, den Dozenten, nicht die Kamera interessiert anzuschauen. Nach der dritten Prozedur dieser Art hat er dann die ersten dreißig Sekunden Film im Ka-



sten. Eine weitere dreiviertel Stunde liegt hinter den Akteuren.

Mehrere Anläufe notwendig

Nun geht alles recht flott (sprich: in den nächsten 45 Minuten) über die Bühne. Für die beiden anderen Einstellungen ist die Kamera fest auf ein Stativ geschraubt: Das Filmteam will die SH-Gruppe frontal von vorne ablichten, das andere Mal eine Kamerafahrt von der Ausbildungsmappe einer Schwesternhelferin über die Köpfe ihrer Kolleginnen bis hin zum Dozenten unternehmen. Dieser hat als Hauptdarsteller der Szene zwar das zweifellos interessante Ausbildungsziel „Vorbereitung einer Infusion“ gewählt, wird aber im Verlauf der Dreharbeiten dieses Themas überdrüssig. Denn auch hier sind mehrere Anläufe notwendig, bis die SH „professionell“, d. h. ganz normal zuschauen, die Seiten der Mappe durchblättern oder sich Notizen vom Gesagten machen. Als diese schließlich richtig „mitspielen“, gibt der Dozent beim Hantieren mit Infusionsflasche und Schlauch keine erläuternden Worte mehr von sich. Ein Verhalten, das der Kameramann für völlig unrealistisch hält: Die Szene muß wiederholt werden. Plötzlich aber spricht das Aufnahmeteam das erlösende okay, für die meisten SH das Zeichen für den Aufbruch zu Kaffee und Kuchen. Für zwei Schwesternhelferinnen und die Filmleute bedeutet dies aber das Startsignal für die Fahrt zum nächsten Drehort, dem Marienhospital in Erfstadt-Frauenthal.

Unechte ...

„Ich hab' den Leuten schon gesagt, daß heute die neueste Folge der Schwarzwaldklinik gedreht werden soll“, kommentiert der Leitende Arzt, Dr. Erwin Kalbhenn, das Erscheinen des Filmrosses in seinem Krankenhaus. Eine kurze Besprechung, dann ist man sich über den Inhalt der nötigen Filmsequenzen einig: Eine SH assistiert dem Chefarzt der Chirurgie bei einer Wundversorgung in der Ambu-

lanz, dann sollen zwei Schwesternhelferinnen einer Patientin mit einem Unterschenkelgips aus dem Krankenbett helfen.

Für die Ambulanz-Szene ist schnell ein Patient gefunden. Ein MHD-Mitarbeiter wird zur Übernahme dieses Parts gebeten, und schon liegt er auf dem Behandlungstisch, das linke Bein blut- (= jod-) überströmt, umgeben von für die Versorgung notwendigem Personal. Dann aber zeigen sich die Profis in Aktion: Souverän setzt sich der Chefarzt an den OP-Tisch und begutachtet die „Knieverletzung“. Dann schaut er die anwesende SH an, und diese reicht ihm in „herrlich normaler Art und Weise“ den Nadelhalter mit Faden, mit der der Chirurg dann die jodrote Pseudowunde vernäht. Der Kameramann ist von dem Geschehen so fasziniert, daß er bereits beim zweiten Male mitdreht. Und auch Dr. Kalbhenn zeigt sich jetzt von seinen schauspielerischen Qualitäten überzeugt, denn ihm kommt ein begeistertes „Wenn das Professor Brinkmann gesehen hätte“ über die Lippen.

... und echte Patienten

Szenenwechsel: In einem Krankenzimmer des Marienhospitals bereitet sich Frau H. auf ihre Filmrolle vor. Bei ihr handelt es sich jedoch um eine echte Patientin, die wegen einer Beinverletzung in Gips liegt. Ein letztes Mal sollen die Schwesternhelferinnen des MHD ihr Können unter Beweis stellen. Für eine SH ist als Aufgabe vorgesehen, Frau H. beim Verlassen des Bettes zu unterstützen, die andere hat zeitgleich das Kopfkissen aufzuschütteln. Bei der Probeszene klappte es noch nicht ganz. Beide SH befinden sich auf einer Seite des Krankenlagers mit der Folge, daß sie sich gegenseitig bei ihren Tätigkeiten behindern. Als aber der Aufnahmeleiter die Anweisung gibt, die Patientin in die Mitte zu nehmen, läuft die kurze Handlung ab wie am Schnürchen. Und Schluß.

Filmteam und Akteuren ist eine gewisse Erschöpfung, aber auch Zufriedenheit anzusehen. Die Aufnahmen sind nach rund vier Stunden bewältigt und die Malteser haben ihren Teil zum Entstehen des Streifens beigetragen. Zwar wundert man sich ein wenig, daß an dem ganzen Nachmittag nur zwei Minuten gedreht worden sind (von dem bei der Zusammenstellung des Materials mit Sicherheit noch einiges herausgeschnitten wird), aber wichtiger erscheint jetzt der Gedanke, gute Arbeit geleistet zu haben.

Der Film wird insgesamt eine Länge von zwölf Minuten haben. Er wird die wesentlichen Aspekte des Zivilschutzes in der Bundesrepublik aufzeigen und bei Seminaren und sonstigen Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorgeführt werden. Stephan Stickelmann

5. Bundeswertungsspielen in Wissen/Sieg

45 musiktreibende Züge der Feuerwehr treffen sich am 7./8. Juni 1986

Das 5. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehr findet Samstag, den 7. 6. 1986 und Sonntag, den 8. 6. 1986 in Wissen/Sieg statt. Diese vom Deutschen Feuerwehrverband ausgerichtete Bundesveranstaltung hat in den letzten Jahren zunehmendes Interesse gefunden, nachdem der DFV durch die Erarbeitung bundeseinheitlicher Richtlinien hierfür die notwendigen Grundlagen geschaffen hat. Festgelegt ist bereits, daß das 6. Bundeswertungsspielen im Jahre 1990 in Friedrichshafen/Bodensee stattfindet und danach in einem vierjährigen Turnus.

Die Benennung der Teilnehmerzüge erfolgt grundsätzlich über die Mitgliedsverbände des DFV. Es bleibt den jeweiligen Landesfeuerwehrverbänden überlassen, nach welchem Modus sie diese Teilnehmergruppen in ihrem Lande ermitteln. Seitens des DFV und seines Fachausschusses wurde jedoch darauf hingewiesen, daß erfahrungsgemäß nur durch vorausgegangene Landeswertungsspielen



das erwartete Niveau der Teilnehmerzüge erzielt werden kann.

An den Wertungsspielen innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes können nur musiktreibende Züge der Feuerwehren teilnehmen. Diese Wertungsspiele sollen den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren Gelegenheit geben, ihre Leistungen von einem berufenen Gre-

Beteiligung aus den einzelnen Bundesländern:

Bundesland	Teilnehmerzüge		in Wertungsgruppe:					
	Soll	Ist	1	2	3	4	5	6
Baden-Württemberg	8	7	5	-	1	-	-	1
Bayern	3	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	1	1	-	-	-	-	1	-
Hessen	11	10	6	1	2	1	-	-
Niedersachsen	12	11	5	-	-	6	-	-
Nordrhein-Westfalen	8	8	7	-	-	1	-	-
Rheinland-Pfalz	5	4	1	-	-	3	-	-
Saarland	1	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	6	4	2	-	-	1	1	-
Summen	56	45	26	1	3	12	2	1

Teilnehmerzüge 1986

Bundesland in Wertungsgruppe:
1 2 3 4 5 6

Baden-Württemberg

1 Renchen	a	-	-	-	-	-
2 Echterdingen	a	-	-	-	-	-
3 Offenburg	a	-	-	-	-	-
4 Pforzheim	a	-	-	-	-	-
5 Nürtingen	b	-	-	-	-	-
6 Echterdingen	-	-	X	-	-	-
7 Offenburg	-	-	-	-	-	X

Hamburg

1 Hamburg-Sasel	-	-	-	-	X	-
-----------------	---	---	---	---	---	---

Hessen

1 Großen-Buseck	a	-	-	-	-	-
2 Kirchhain	b	-	-	-	-	-
3 Fränk. Crumbach	a	-	-	-	-	-
4 Atzbach	b	-	-	-	-	-
5 Bad Schwalbach	a	-	-	-	-	-
6 Oberkleen	a	-	-	-	-	-
7 Holzheim	-	X	-	-	-	-
8 Steinau	-	-	X	-	-	-
9 Homberg/Ohm	-	-	X	-	-	-
10 Schwalbach	-	-	-	X	-	-

Niedersachsen

1 Königslutter	b	-	-	-	-	-
2 Peine-Salzgitter	b	-	-	-	-	-
3 Rhode	b	-	-	-	-	-
4 Misburg	b	-	-	-	-	-
5 Hannover	b	-	-	-	-	-
6 Banteln	-	-	-	X	-	-
7 Delligsen	-	-	-	X	-	-
8 Goslar	-	-	-	X	-	-
9 Parsau	-	-	-	X	-	-
10 Nette	-	-	-	X	-	-
11 Betheln	-	-	-	X	-	-

Nordrhein-Westfalen

1 Deuz	b	-	-	-	-	-
2 Beleck	b	-	-	-	-	-
3 Neunk.-Seelscheid	a	-	-	-	-	-
4 Eschweiler	b	-	-	-	-	-
5 Dülmen	b	-	-	-	-	-
6 Altena	b	-	-	-	-	-
7 Kleve	-	-	-	X	-	-
8 Detmold	b	-	-	-	-	-

Schleswig-Holstein

1 Ostermoor	b	-	-	-	-	-
2 Mölln	a	-	-	-	-	-
3 Kropp	-	-	-	X	-	-
4 Niendorf/St.	-	-	-	-	X	-

Rheinland-Pfalz

1 Asbach	b	-	-	-	-	-
2 Bingen Dromersh.	-	-	-	X	-	-
3 Wissen	-	-	-	X	-	-
4 Dorn-Dürkheim	-	-	-	X	-	-

* Hinweis zur Gruppe 1:

a = mit Taktstock, b = mit Tambourstab

mium prüfen zu lassen, um u. a. dadurch Hinweise und Ratschläge zu erhalten, die für ihre Aufwärtsentwicklung von Nutzen sind. Außerdem dienen die Spiele der Förderung der Kameradschaft untereinander. Ferner soll durch Wertungsspielen das Interesse am Musizieren in den Feuerwehren gefördert werden. Der Öffentlichkeit wird bei diesen Wertungsspielen Gelegenheit geboten, sich von den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren durch gute Musik erfreuen zu lassen.

Bei den Wertungsspielen wird in folgenden Gruppen gewertet:

1. Spielmannszüge
2. Fanfarenzüge
3. Gemischte Züge (Spielmanns- und Fanfarenzüge)
4. Musikzüge (Harmoniebesetzung)
5. Musikzüge (reine Blechbesetzung)
6. Moderne Züge

Das Wertungsspielen besteht aus zwei Teilen:

- a) dem Bühnenspiel (zwei Auftritte),
- b) dem Straßenspiel (ein Auftritt).

Das Bühnenspiel besteht aus zwei Musikstücken, die getrennt bewertet werden. Beide Vorträge sollen zusammen nicht mehr als max. 15 Minuten umfassen. Das Straßenspiel wird auf kurzen, markierten Strecken durchgeführt. Die Bewertung der Vorträge erfolgt durch ein Wertungsgericht, welches aus drei Wertungsrichtern besteht. Die Anzeige der Wertungspunkte erfolgt nach jedem Bühnenvortrag offen (sog. „Olympia-Wertung“) und beim Straßenspiel verdeckt (wird nach Vortragsende nicht bekanntgegeben), wobei jeder Wertungsrichter einen bestimmten Teilbereich bewertet.

Um eine bundeseinheitliche Bewertung bei Wertungsspielen zu ermöglichen, hat der Deutsche Feuerwehrverband entsprechende Wertungsgrundlagen geschaffen, die jedoch den Entscheidungsspielraum der Wertungsrichter nicht einengen. Die Aufgabe der Wertungsrichter ist es u. a. auch, die zur Wertung angetretenen Musikzüge auf erkennbare Mängel aufmerksam zu machen und ihnen gezielte Hinweise für eine Leistungsverbesserung zu geben. Das Wertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehr ist kein Wettstreit oder Preisspielen! Um aber den Teilnehmern einen Anreiz zu möglichst hoher Leistung zu bieten und um einen Leistungsvergleich zu ermöglichen, werden die Vorträge mit Noten bewertet. In den einzelnen Rangstufen werden Auszeichnungen in Gold, Silber oder Bronze verliehen. Beim Bundeswertungsspielen wird grundsätzlich in der höchsten Klasse, der Klasse A, gespielt. Für das 5. Bundeswertungsspielen in Wissen haben die Mitgliedsverbände des DFV insgesamt 45 musiktreibende Züge der Feuerwehr gemeldet (siehe Tabellen).

Zeitplan für Samstag, den 7. Juni 1986

(Wertungsgruppen 1+3+6)

Bühnenspiel

Start-Nr.	Start-Zeit	Gruppe	Name des Zuges
1	9.00	1	Detmold
2	9.16	1	Altena
3	9.32	1	Königslutter
4	9.48	1	Dülmen
5	10.04	1	Misburg
6	10.20	1	Asbach
7	10.36	1	Hannover
8	10.52	1	Eschweiler
9	11.08	1	Nürtingen
10	11.24	1	Rhode
11	11.40	1	Atzbach
12	11.56	1	Kirchhain
Pause	12.12	×	
13	13.00	1	Peine-Salzgitter
14	13.16	1	Belecke
15	13.32	1	Ostermoor
16	13.48	1	Deuz
17	14.04	1	Oberkleen
18	14.20	1	Bad Schwalbach
19	14.36	1	Renchen
20	14.52	1	Echterdingen
21	15.08	1	Offenburg
22	15.24	1	Pforzheim
23	15.40	1	Mölln
24	15.56	1	Neunkirchen-Seelscheid
25	16.12	1	Großen-Buseck
26	16.28	1	Fränkisch Crumbach
27	16.44	3	Steinau
28	17.00	3	Echterdingen
29	17.16	3	Homburg/Ohm
30	17.32	6	Offenburg
Ende	17.48	×	

Straßenspiel

Start-Nr.	Start-Zeit	Gruppe	Name des Zuges
1	10.30	1	Kirchhain
2	10.36	1	Peine-Salzgitter
3	10.42	1	Belecke
4	10.48	1	Ostermoor
5	10.54	1	Deuz
6	11.00	1	Oberkleen
7	11.06	1	Bad Schwalbach
8	11.12	1	Renchen
9	11.18	1	Echterdingen
10	11.24	1	Offenburg
11	11.30	1	Pforzheim
12	11.36	1	Mölln
13	11.42	1	Neunkirchen-Seelscheid
14	11.48	1	Großen-Buseck
15	11.54	1	Fränkisch Crumbach
16	12.00	3	Steinau
Pause	12.06	×	
17	13.30	3	Echterdingen
18	13.36	3	Homburg/Ohm
19	13.42	6	Offenburg
20	14.48	1	Detmold
21	13.54	1	Altena
22	14.00	1	Königslutter
23	14.06	1	Dülmen
24	14.12	1	Misburg
25	14.18	1	Asbach
26	14.24	1	Hannover
27	14.30	1	Eschweiler
28	14.36	1	Nürtingen
29	14.42	1	Rhode
30	14.48	1	Atzbach
Ende	14.54	×	

Zeitplan für Sonntag, den 8. Juni 1986

(Wertungsgruppen 2+4+5+6)

Bühnenspiel

Start-Nr.	Start-Zeit	Gruppe	Name des Zuges
1	9.00	2	Holzheim
2	9.20	4	Dorn-Dürkheim
3	9.40	4	Wissen
4	10.00	4	Kropp
5	10.20	4	Bingen-Dromersheim
6	10.40	4	Delligsen
7	11.00	4	Goslar
8	11.20	4	Parsau
9	11.40	4	Nette
10	12.00	4	Kleve
Pause	12.20	×	
11	13.00	4	Betheln
12	13.20	4	Banteln
13	13.40	4	Schwalbach
14	14.00	5	Niendorf/St.
15	14.20	5	Hbg.-Sasel
Ende	14.40	×	

Straßenspiel

Start-Nr.	Start-Zeit	Gruppe	Name des Zuges
1	10.30	4	Parsau
2	10.36	4	Nette
3	10.42	4	Kleve
4	10.48	4	Betheln
5	10.54	4	Banteln
6	11.00	4	Schwalbach
7	11.06	2	Holzheim
8	11.12	5	Niendorf/St.
9	11.18	5	Hbg.-Sasel
10	11.24	4	Dorn-Dürkheim
11	11.30	4	Wissen
12	11.36	4	Kropp
Pause	11.42	×	
13	12.30	4	Bingen-Dromersheim
14	12.36	4	Delligsen
15	12.42	4	Goslar
Ende	12.48	×	

Präsidium und Präsidialrat erstmalig zu Gast im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfing Repräsentanten der DLRG

„Das, was Sie in Deutschland zum Wohle der Bevölkerung leisten, kann nicht hoch genug bewertet werden.“

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfing jüngst die Mitglieder des Präsidiums der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und die Präsidenten der Landesverbände zu einem Meinungsaustausch. Von seiten der Bundesregierung nahmen an dem Gespräch die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Prof. Dr. Rita Süßmuth sowie der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, teil. Die Delegation der DLRG wurde angeführt von ihrem Präsidenten Prof. Dr. Siegfried John.

Der Bundeskanzler ließ sich bei dem Gespräch, das in einer aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre stattfand, ausführlich über die Arbeit der DLRG informieren.

Präsident John übernahm es, die Arbeit der DLRG vorzustellen und aufzuzeigen, wo „der Schuh z. Z. am meisten drückt“.

Prof. Dr. S. John: „Über die Situation der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft sind Sie über unsere Bundesgeschäftsstelle vorinformiert.“

Gestatten Sie mir jedoch noch einmal eine Art Zusammenfassung zur Lage der „DLRG-Nation“. Die hier versammelten Funktionsträger der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft repräsentieren in der Bundesrepublik Deutschland rund eine halbe Million Mitglieder. Damit ist die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft die größte Wasserrettungsorganisation der Welt. 70% unserer Mitglieder sind Jugendliche bis zu 25 Jahren.

Unter unserem Leitgedanken „Humanität und Sport“ haben wir über 30 Millionen unserer Mitbürger das Schwimmen gelehrt. Im gleichen Zeitraum wurden rund 175 000 Menschen vor dem sicheren Tod des Ertrinkens bewahrt.

Millionen erholungssuchender Bürger an der deutschen Ost- und Nordseeküste, an den Seen, Flüssen und in den Bädern unseres Vaterlandes bis zum schwäbischen Meer, dem Bodensee, genießen durch unser Wirken Sicherheit in der Freizeit.

Garanten für diese Sicherheit sind u. a. Tausende von freiwilligen Rettungsschwimmern, Bootsführern, Rettungstauern, Funkern, die diesen Rettungswachdienst während ihrer Freizeit verse-

Erstmals Gäste des Bundeskanzlers waren Präsidium und Präsidialrat der DLRG. Auf dem Foto von links nach rechts: Bernd Schäfer, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit; Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium; Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl; Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit; Jochen Bartholdt, DLRG-Vizepräsident, und DLRG-Präsident Prof. Dr. Siegfried John. (Foto: Reineke)





Zu Gast im Kabinettsaal der Bundesregierung.

hen. Wenn man unseren Rettungsgedanken seit Gründung der DLRG 1913 betrachtet, hat sich an der Grundidee unseres Engagements eigentlich nicht viel geändert. Geändert haben sich die gewachsenen Anforderungen, und aus diesen Anforderungen wiederum gibt es ein gewachsenes Aufgabenfeld.

Gestatten Sie mir, einige Passagen aus diesem Aufgabenkatalog aufzuzeichnen. Vorrangig, und getreu unserer Satzung, steht die Schwimm- resp. Rettungsschwimmausbildung. Diese Schwimm- ausbildung erfolgt nicht nur in der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit, in den Schulen, in den befreundeten Verbänden bis hin nach Übersee in die deutschen Auslandsschulen.

Es kommt zu zahlreichen Rettungsschwimm-Vergleichswettkämpfen auf nationaler und internationaler Ebene.

Eingebunden in Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Die DLRG ist seit Jahren in viele Rettungsdienste und Katastrophenschutzgesetze der Länder eingebunden. In diesem Verbund erfolgt eine hochqualifizierte Ausbildung im Funk- und Fernmeldewesen für die Mitwirkung bei der Abwendung und Bekämpfung von Katastrophen am und im Wasser.

Zahlreich erfolgte Akuteinsätze sind bededtes Zeugnis unseres freiwilligen Engagements zum Wohle unserer Mitbürger.

Die DLRG bekennt sich zum Natur- und Umweltschutz. DLRG-Mitglieder beteiligten sich an Reinigungs- und Schmutzbe-seitigungsaktionen an der Nord-/Ostsee-küste sowie an den Stränden und Ufern der deutschen Binnengewässer.

Aber auch im wissenschaftlichen Bereich werden Techniker und Ärzte unserer Gesellschaft tätig bei der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Wasserrettung. Beispielhaft ist hier die Bundes-Lehr- und Forschungsstätte der DLRG in Berlin, die weltweite Beachtung gefunden hat, z. B. bei der Behandlung durch Tauchunfall bedingter Querschnittsläh-mungen.

Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, sind bei einem Berlin-Aufenthalt schon heute herzlichst eingeladen, diese Ein-richtung als Beispiel einer echten Bürger-initiative einmal zu besichtigen.

Besonderes Augenmerk genießt unsere Jugendarbeit. Die Jugend der DLRG versteht sich durch ihr selbsterarbeitetes Grundsatz-Programm als integrierter Teil des Gesamtverbandes und hat sich die Aufgabe gestellt, eine offene Jugendar-beit aufzubauen. Ziele und Konsequenzen sind in der DLRG-Bundesjugendordnung festgeschrieben.



Dank für den Empfang: Präsident Prof. Dr. S. John und DLRG-Bundesgeschäftsführer Paul Jünke (rechts) überreichen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl Rettungsgedenkmünzen zur Erinnerung.

Auf dem Gebiet der Wasserrettung gibt es ein weltweites Engagement. Hier ist die DLRG Mitglied in der „Fédération internationale de Sauvetage aquatique“ (FIS) sowie der „World Life Saving“ WLS.

Es ist das besondere Verdienst meines leider so früh verstorbenen Vorgängers Prof. Dr. J. N. Schmitz, den Anstoß gegeben zu haben, diese beiden Weltorganisationen zusammenzuführen. Große Schritte sind in dieser Richtung bereits getan, und für die angestrebte Fusion besteht große Wahrscheinlichkeit. Es wäre ein schöner Erfolg internationaler Zusammenarbeit.

Eine hervorragende Zusammenarbeit erfolgt auch mit befreundeten Verbänden und Organisationen, beispielsweise dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Sportföderation der Berufsfeuerwehren, um nur einige zu nennen.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler, gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur organisatorischen Struktur der DLRG.

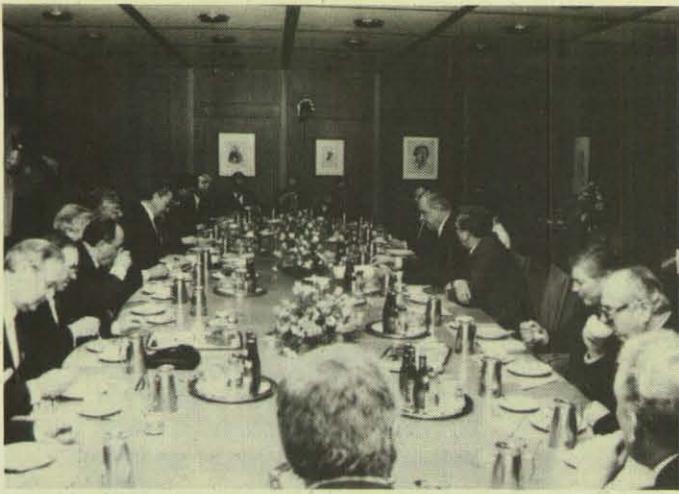
Diese Gesellschaft ist, wenn man so will, ein eigenartiges Gebilde. Quasi eine Zwitterorganisation. Sie ist keine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Keine klare Zuständigkeit bei den Bundesministerien

Sie ist keine rein caritative Organisation. Sie ist kein reiner Sportverein. Die DLRG ist schlicht eine private gemeinnützige Organisation sui generis. Daraus resultiert, daß es eben keine klaren Zuständigkeiten in den Bundesministerien gibt. Diese Situation hat Vor- und Nachteile. Kann man einerseits als gemeinnütziger Verein beispielsweise zweckgebundene Sammlungen, Lotterien, Tombolen und ähnliches veranstalten, kann man andererseits schlecht in einem Bundeshaushalt ressortieren.

So gesehen haben die Lebensretter ihr eigenes Geld zum Retten noch mitgebracht. Die Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß diese Wege der Geldbeschaffung für unsere ehrenamtliche Arbeit nicht mehr zumutbar sind. Besonderes Anliegen ist deshalb die Unterstützung des zentralen Rettungswachdienstes durch die Bundesregierung. Dabei sehen wir die Problembereiche:

1. In der Qualifizierung der Aus- und Fortbildung der Rettungsschwimmer, Bootsführer, Rettungstaucher, Fernmelder und Wachleiter auf örtlicher und regionaler Ebene.
2. In einer Bundeszentrale für Aus- und Fortbildung von Führungskräften des zentralen Einsatzbereiches.
 - Wachleiter, Regional- und Landesbeauftragte für den „Rettungswachdienst“



Annähernd zwei Stunden diskutierten die Vertreter der DLRG und der Bundesregierung ...



... über beide Seiten interessierende Fragen und Möglichkeiten zur Lösung anstehender Probleme.

– Instruktionen zur Einweisung, ergänzenden Aus- und Fortbildung und Betreuung von Wachmannschaften, insbesondere Bootsführern.

3. In der Ausstattung ortsfremd eingesetzter Wachmannschaften.

Die Aufgabenstellung unseres Präsidiums steht in der Verpflichtung, grundsätzliche Angelegenheiten des – ansonsten in der Regie der örtlichen/bezirklichen DLRG-Gliederung und damit in der Verantwortlichkeit des zuständigen Landesverbandes verbleibenden – Rettungswachdienstes vor dem Hintergrund der zurückliegenden Erfahrungen und der sichtbar gewordenen Probleme aufzugreifen und zukunftsweisend zu regeln. Darüber hinaus müssen überregionale und länderübergreifende Einsatzbereiche im Rahmen „Zentraler Einsatzleitungen“ in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesverbänden geschaffen und koordiniert werden. So beispielsweise zentrale Einsatzleitungen für die Nord- und Ostsee (Schleswig-Holstein), für die südliche Nordsee (Niedersachsen), den Bodensee (Baden-Württemberg) und die Rheinschiene (Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz). Diese Postulate für die Aufgabenstellung sind mit der Bereitstellung von Geld verbunden.

Aus unserer Sicht mit bescheidenen Summen für das große Äquivalent, das

die DLRG bringt. Leider waren uns bisher die Türen der Ministerien verschlossen.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler, gestatten Sie mir eine kurze Passage der Rede des Herrn Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, die er anlässlich unserer Bonner Bundestagung 1983 gehalten hat, zu zitieren: „... Angesichts der wichtigen humanitären und gesellschaftspolitischen Aufgaben, die die DLRG erfüllt, will die Bundesregierung – wie bisher – ihren Teil dazu beitragen, daß diese Aufgaben auch nachhaltig wahrgenommen werden können“.

Abschließend brachte der Herr Staatssekretär zum Ausdruck, daß die DLRG gewiß sein kann, daß die Bundesregierung für die Probleme der DLRG auch künftig ein offenes Ohr haben und sich bemühen wird, die Arbeit der DLRG im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. „Auch bei schwieriger Situation in den öffentlichen Kassen wollen wir der DLRG helfen, soweit wir nur können.“

Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß der Herr Staatssekretär damit – wie bisher – die Sportförderung der DLRG mit Schwerpunkt auf internationalem Gebiet gemeint hat.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler, die hier versammelten Verantwortlichen an der Spitze unserer Organisation haben

sich bemüht, bei Vorgesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen ins Gespräch zu kommen. Dabei haben wir mit Genugtuung und Freude zugleich erkennen können, daß wir uns nicht nur im Parlament, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit eines guten Rufes erfreuen.

Deshalb erhoffen sich die zumindest ministeriell heimatlosen Lebensretter eine Zuordnung in einem Ministerium mit einem bescheidenen Ettattitel.

Uns, hochverehrter Herr Bundeskanzler, gereicht es zur großen Ehre, daß Sie heute die Repräsentanten unserer DLRG in das Kanzleramt geladen und damit dieser humanitären Gesellschaft Referenz erwiesen haben.

Fast eine halbe Million Augenpaare sind vertrauensvoll auf Sie gerichtet in der Hoffnung Ihrer Unterstützung unseres Anliegens zum Wohle der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Wir danken Ihnen!“

Im Anschluß an die Ausführungen von Prof. Dr. Siegfried John, die Dr. Helmut Kohl mit großem Interesse zur Kenntnis nahm, entwickelte sich zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungsvertretern einerseits sowie den Repräsentanten der DLRG andererseits ein über einstündiger intensiver Dialog.

Hierbei nahm der Bundeskanzler zunächst eine positive Wertung der DLRG und ihrer gemeinnützigen Arbeit vor. Der Bundeskanzler: „Die Arbeit Ihrer Organisation ist mir nicht fremd. Im Gegenteil. Ich selber habe im Jahre 1943 den Grundschein erworben und in den Jahren 1944 und 1945 zeitweise Badeaufsicht – Sie sagen heute Rettungswachdienst – geleistet. Heute sind es u. a. meine Söhne, die durch ihre Rettungsschwimmerausbildung mir die Arbeit Ihrer Organisation positiv vor Augen halten.“



Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth.



Besichtigung des Palais Schaumburg. Das Amtszimmer des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer.



Ölgemälde aller bisherigen Bundeskanzler zieren die Wände im Bundeskanzleramt.

Das, was Sie in Deutschland zum Wohle der Bevölkerung leisten, kann nicht hoch genug bewertet werden. Müßte die öffentliche Hand das, was Sie als DLRG mit vielen anderen humanitären und sozialen Hilfsorganisationen in unserer Gesellschaft einbringen, durch hauptamtlich entlohnte Kräfte bezahlen, dann wäre unser Gemeinwesen längst bankrott."

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl weiter: „Bei der Vorbereitung auf unser heutiges Gespräch habe ich festgestellt, daß es ja wohl das erstmal ist, daß Sie zu einem Gespräch mit dem Bundeskanzler im Bundeskanzleramt zu Gast sind. Ersehen Sie aus meiner Einladung meine persönliche Einstellung und Wertschätzung gegenüber Ihrer Organisation.“



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: „Lassen Sie uns den begonnenen Dialog fortsetzen und anstehende Probleme gemeinsam lösen.“

Sich anschließende Fragen, mit denen der Bundeskanzler Auskunft über die Struktur, eventuelle Nachwuchsprobleme und Organisation der DLRG erbat, aber auch die Frage, in welchem Umfang sich die DLRG-Arbeit als Freizeitangebot in die Kasernen, beispielsweise der Bundeswehr, integrieren lasse, wurden von den Vertretern des Präsidiums und durch die Landesverbandspräsidenten beantwortet.

Seitens der Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) und des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, wurde dann im Detail auf die derzeitige Förderung durch die beiden Ministerien eingegangen.

Bundesministerin Süßmuth gab einen Überblick über die in den letzten Jahren an die DLRG geleistete finanzielle Förderung, Ministerin Süßmuth wies darauf hin, daß die Förderung durch ihr Haus als kontinuierlich, den Bedürfnissen der DLRG angeglichen, erfolgt sei. Von seiten der Vertreter der DLRG wurde darauf hingewiesen, daß von einer kontinuierlichen Förderung im Bereich des Rettungseinsatzes keineswegs gesprochen werden könne. Der seit Jahren festgeschriebene Betrag von 25 000 DM erlaube nicht, die erforderliche Ausbildung im Bereich des Rettungseinsatzes zu betreiben. Die Prüfung der Frage, in welchem Umfang der jährlich gleichbleibende Zuschuß in Höhe von 25 000 DM angehoben werden könne, sicherte Frau Ministerin Süßmuth kurzfristig zu.

Die Entwicklung der DLRG-Sportförderung kennzeichnete Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt angesichts der jährlich steigenden Beträge als erfreulich. Waffenschmidt anerkannte aber, daß trotz Einbindung der DLRG in die Sportkonzeption des Deutschen Sportbundes, der „echte Durchbruch“ zur Anerkennung des Leistungssportes der DLRG noch nicht erreicht werden konnte.

Die Vertreter der DLRG wiesen darauf hin, daß in den Mitteln der Sportförderung für 1986 u. a. eine Jahresmiete von 10 000 DM für die Benutzung des Bundeswehrhallenbades in Warendorf enthalten ist, die von seiten der DLRG gezahlt werden muß, weil sie nicht zu den olympischen Verbänden gehört.

Der Bundeskanzler bezeichnete dies als eine „Stilblüte des Bürokratismus“ und bat Dr. Waffenschmidt, sich darum zu bemühen, eine Gleichstellung zu erreichen.

Der erste Besuch einer DLRG-Delegation beim Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl endete mit der Vereinbarung, den begonnenen Dialog auf Kanzlerebene fortzusetzen und auf der Ebene der Ministerien weiter zu vertiefen.

Bernd Schäfer

Presseschau des Inlands

Die Nürtinger glauben, ohne Bunker sicher zu sein

Für den Oberbürgermeister ist das Ergebnis eine „große Überraschung“, für den CDU-Fraktionsvorsitzenden schlichtweg „ein Rätsel“. 85,2 Prozent der Abstimmenden votierten in Nürtingen (Kreis Esslingen) in einem Bürgerentscheid gegen den Ausbau einer Tiefgarage zu einem Zivilschutzraum für 2 000 Personen. Nur 14,8 Prozent (Wahlbeteiligung: 57 Prozent) waren für den ersten Schutzraum in einem öffentlichen Gebäude der 35 000-Einwohnerstadt.

Eine Front von SPD, Grünen und kirchlichen Gruppen hatte in Anzeigen, Leserbriefen, auf Veranstaltungen und mit Flugblättern gegen das Vorhaben der Mehrheitsparteien CDU, FDP, „Unabhängige Freie Bürger“ (UFB) und des parteilosen Oberbürgermeisters mobilisiert. Mit Slogans wie „Bunker nützen nichts im Ernstfall, also brauchen wir keine“ bewegten sie 11 800 Nürtinger, mit Nein zu stimmen. Folge des Votums in Nürtingen, wo die Schutzraum-Gegner das erforderliche Quorum von 30 Prozent der Wahlberechtigten überschritten haben: Die Stadt wird nicht mehr initiativ im Schutzraumbau.

Oberbürgermeister Alfred Bachofer meint, daß die Bürger „quer Beet durch alle Parteien“ gegen das Vorhaben gestimmt haben. „Das Resultat überrascht mich, weil der Bürgerentscheid von uns sorgfältig vorbereitet wurde.“ Bachofer verweist auf eine städtische Informationsbroschüre, die an alle Haushalte verteilt worden sei. Andere meinen, daß da nicht genug getan wurde gegen die „breite emotionale Kampagne“ (UFB-Fraktionsvorsitzender Walter Staffa) derer, die im Schutzraumbau Kriegsvorbereitungen sahen.

Gegenargumente, etwa daß solche Zufluchtsräume auch Schutz vor atomarem Regen oder gegen explodierende Atomteiler bieten können, gingen in den allgemeinen Gefühlsaufwallungen unter. Staffa: „Die Gegner des Schutzraums waren weitaus aktiver als die Befürworter, die letztlich völlig untergebuttert wurden. Die entscheidenden Versäumnisse sind aber wohl bei der Bundesregierung zu

suchen, die bis heute eine klare Gesetzgebung wie die Schweiz nicht zustandegebracht hat.“

Nach dem Zivilschutzgesetz wird der Bau von Schutzräumen zwar staatlich gefördert, ist aber nicht verpflichtend. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Zufluchtsräume nur für 3,6 Prozent der Bevölkerung (In der Schweiz für 85 und in Schweden für 70 Prozent). Die Einrichtung der Zivilschutzplätze hätte Nürtingen keinen Pfennig gekostet – der Bau wäre vom Bund finanziert worden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Nauendorf freut sich über das Votum der Nürtinger: „Solche Schutzräume nützen kaum etwas in einem Kriegsfall. Wir sollten uns statt dessen mehr auf die Abrüstung konzentrieren.“ Er glaubt, daß für den Ausgang des Votums vor allem eine Ärzte-Gruppe beigetragen hat, die in Anzeigen erklärte, daß solche Zufluchtsräume „im Ernstfall keinen ausreichenden Schutz bieten“.

Nürtingen ist nach Waldkirch im Breisgau die zweite Gemeinde in Baden-Württemberg, wo der geplante Ausbau öffentlicher Einrichtungen zu Schutzräumen durch Bürgerentscheid verhindert wurde. In Bonn ist man aber nicht besorgt, daß in dieser Frage ein Flächenbrand entstehen könnte. Hans-Günter Kowalski vom Bundesinnenministerium: „Die Mittel, die diese Gemeinden bekommen hätten, kriegen nun eben andere.“

(Die Welt, Bonn)

Beim Brandschutz sollen „Angstzuschläge“ wegfallen

Ein Gesamtschaden von drei bis vier Mrd. DM entsteht jedes Jahr durch Gebäudebrände. Daher sind Arbeiten zur Verhütung oder doch Verminderung von Schäden an Menschen und Sachwerten durch vorbeugenden Brandschutz im Bauwesen sehr hoch einzuschätzen. Das BMFT fördert seit einigen Jahren das Verbundprojekt „Brandverhalten von Stahl- und Stahlverbundkonstruktionen“. Insgesamt sind an dem Projekt 20 Partner aus Wissenschaft und Praxis beteiligt.

Das Forschungsvorhaben hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, anstelle aufwendiger Untersuchungen im Einzelfall durch umfassende Globaluntersuchungen und wirtschaftliche Rechenarbeit die Grundlagen für den Brandfall als Bemessungsgröße schon im Planungsstadium zu erarbeiten.

„Brandschutz nach Maß“ kann man das nennen, denn wenn das Bauteilverhalten von Stütze, Träger oder Dach bekannt ist

und danach berechnet werden kann, läßt sich auch kostengünstiger bauen, einfach weil dann die sogenannten „Angstzuschläge“ wegfallen.

Seitdem Stahl zunehmend als Baustoff verwendet wird, ist immer wieder untersucht worden, wie der mit vielen guten Eigenschaften ausgestattete Stahl so eingesetzt werden kann, daß er seine Aufgabe erfüllt – auch bei einem Brand. Bei den Forschungsarbeiten steht neben der Vereinfachung und dem Abbau der Vorschriften und der Entwicklung neuer Schutzsysteme und Technologien für den Brandschutz die kostengünstigste Lösung für den Baupraktiker im Vordergrund: Es gilt, mit einfachen Mitteln und Verfahren sicher und erschwinglich zu bauen. Das Brandrisiko soll also berechenbar gemacht werden.

Dem Test der Forschungsergebnisse aus dem BMFT-Projekt diente auch ein Naturbrandversuch, der am 10. Dezember 1985 an einem Instituts- und Verwaltungsgebäude in Stuttgart vor seiner Inbetriebnahme vorgenommen wurde. Dabei wurden alle Lösungsmöglichkeiten, die zuvor in vielen Einzelversuchen ihre Feuerbeständigkeit bis zu 90 Minuten unter Beweis gestellt hatten, einem realistischen Brandversuch unterzogen. Das Ergebnis wird nun analysiert.

(BMFT-Journal, Bonn)

Helfer sind bei Unglücken unfallversichert

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß die Hilfeleistung bei Unglücksfällen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung steht. Deshalb muß die Unfallversicherung der öffentlichen Hand für den Körperschaden eines Mannes aufkommen, der auf dem Heimweg von der Arbeit bei der Bergung eines verunglückten Autos geholfen hat. Als sich der Mann dann anschließend von der Fahrerin des Wagens verabschiedete, wurde er von einem herankommenden Fahrzeug erfaßt und schwer verletzt. Das Bundessozialgericht ging in seinem Urteil davon aus, daß bei lebensnaher Betrachtungsweise auch noch die Verabschiedung von der Fahrerin des geborgenen Wagens zu der vorausgegangenen Hilfeleistung gehörte.

Das Gericht kam ferner zu dem Ergebnis, daß der Mann durch seine Hilfe bei der Bergung des Autos seine eigene Heimfahrt von der Arbeit unterbrochen hat. Die Unfallversicherung der öffentlichen Hand muß für den Unfall aufkommen, weil der Mann in einer Gefahren- und Notsituation geholfen hat. (Az: BSG 2 RU 19/84)

(Kölnischer Stadtanzeiger)

Presseschau des Auslands

Wiener Stadtrat kritisiert Katastrophenschutz: Frühwarnsystem fehlt weiter

Von allen Bundesländern hinke Wien im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes am weitesten hinten nach. Es gebe zwar ein Katastrophenschutzgesetz für die Bundeshauptstadt, doch fehle es an den notwendigen Folgemaßnahmen ebenso wie an einem Frühwarnsystem und Evakuierungsplänen. Seine scharfe Kritik am Zustand des Zivil- und Katastrophenschutzes auf Wiener Landesebene erneuerte der Wiener VP-Stadtrat Anton Fürst im Gespräch mit der „Presse“.

„Die Wiener VP drängt schon seit Jahren auf eine Ausweitung der Vorsorgemaßnahmen im Falle lokaler Katastrophen“, meinte Fürst. Er denke dabei gar nicht an Zivilschutz im Falle eines Atombombenabwurfs, sondern an die „alltäglichen“ Ernstfälle, denen jede Großstadt jederzeit ausgesetzt sei. „Die Hochwassergefahr im Bereich der Neuen Donau etwa wird noch bis zum Jahre 1992 bestehen bleiben, da bis dahin die rechte Donaukante ungeschützt ist.“

Konkret fehle es, so der VP-Stadtrat, an den notwendigen begleitenden Maßnahmen „im Kielwasser“ des Katastrophenschutzgesetzes, an einem Frühwarnsystem, an Nahrungsmittel- und Medikamentendepots sowie an Evakuierungsplänen.

„Derzeit sind nicht einmal die Wiener Spitäler mit größeren Mengen von Verbandszeug versorgt, weil sie nicht über die zu einer Lagerung notwendigen Räumlichkeiten verfügen“, meinte Fürst.

Das sei mindestens ebenso beunruhigend wie die Tatsache, daß man die Tunnel der Wiener U-Bahn auch nach langjähriger Planungserfahrung noch immer nicht so ausgestattet habe, daß sie auch als Schutzräume eingesetzt werden könnten.

Als beispielgebend auf dem Sektor des Katastrophenschutzes führte Fürst dabei die skandinavischen Länder, allen voran Dänemark, an. Dort gebe es etwa auf den

letzten Seiten der Telefonbücher exakte Evakuierungspläne.

„Die Wiener Stadtverwaltung hat aber offensichtlich ein gestörtes Verhältnis zu dieser Art von Vorbeugemaßnahmen“, meinte Fürst.

So habe etwa eine Architektin im Rahmen einer Untersuchung über den möglichen Umbau ehemaliger Luftschutzkeller in Schutzräume den Vorschlag gemacht, einen Raum im Bezirksamtsgebäude Innere Stadt als „Musterschutzraum“ auszugestalten, um den Informationsstand innerhalb der Bevölkerung zu heben. Eine Reihe einschlägiger Firmen hätte ihre Produkte dazu kostenlos zur Verfügung gestellt. Dieses Ansuchen sei von der Gebäude- und Amtshausverwaltung der Stadt allerdings mit der Begründung abgelehnt worden, die Bevölkerung könnte diese Maßnahmen mißverstehen.

„Wir haben für Mitte Jänner eine Zivilschutztagung mit allen Bezirksvorstehern einberufen, auf der die verschiedenen Einzelaktivitäten der Bezirke koordiniert werden sollen“, erklärte dazu der ressortzuständige Wiener Stadtrat Helmut Braun. Dabei soll auch die Einstellung der Bevölkerung zum Zivilschutz durchgearbeitet werden. (Die Presse, Wien)

24 000 Mann Regionalreserve

In Dänemark wird eine 24 000 Mann starke Regionalreserve unterhalten, die auch der Zivilverteidigung zur Verfügung stehen soll. Ihr zur Seite stehen 60 400 Angehörige der Heeresheimwehr, darunter 8 400 Frauen.

Die Feldheeresreserven umfassen 35 000 Mann. Weitere 6 000 gehören zu den Verstärkungstreitkräften.

(Gefahrenabwehr, Bonn)

Luftschutztruppen unterstützen Zivilschutz

Rund 450 Zürcher Zivilschutzdienstpflichtige üben, aufgeteilt in zwei Aufgebotsgruppen ... gemeinsam mit Soldaten des

Luftschutzregimentes 41 im Raum Enge-Albisgütli-Friesenberg ... den Ernstfall. Man geht von der Ausgangslage aus, daß die Schweiz von einem Kriegsausbruch in Europa erfaßt wurde und Luftangriffe auf den Raum Zürich erfolgt sind. Es soll nun das Zusammenspiel der beiden Partner Zivilschutz und Armee erprobt und gefestigt werden. Die Luftschutztruppen unterstützen die Zivilschutzorganisation dort, wo Hilfe nötig ist. Dies kann in der Herrichtung einer Betreuungssammelstelle bestehen, es kann dies aber auch der Ruf nach Mannschaft und Material für die Brandbekämpfung sein, wenn die eigenen Mittel nicht mehr ausreichen.

Gemeinsame Übungen entsprechen einer langjährigen Forderung. Einerseits werden an den Rapporten die Kader von Armee und Zivilschutz zusammengeführt und mit den Problemen des Partners konfrontiert, andererseits zeigt der Einsatz an der Front sehr rasch die Schwachstellen auf. Zudem kann der Zivilschutz von dem Wissen und der Leistungsfähigkeit der Armee profitieren ...

Ein Rundgang ... zeigte, wie auf einem Fabrikgelände Pionier- und Brandschutzdetachements zuerst an den Geräten übten, bevor sie an einem in Flammen gesteckten Abbruchobjekt gegen Feuer und Brandschutz zu kämpfen hatten. Im Schulhaus Döltschihalde wurde ein zentraler Einrückungsort mit sanitärischer Eintrittsmusterung und Materialfaßstraße eingerichtet. Zudem erhielten im Schulhaus Angehörige der Schutzraumorganisation ihre Instruktion. Beim Restaurant Schweighof konnte sich die Bevölkerung über die Schutzplatzzuweisung und über den Zivilschutz im allgemeinen orientieren lassen ... Die Zusammenarbeit zwischen Luftschutz und Zivilschutz war dann wieder an einem andern Ort sichtbar. Beim Straßenverkehrsamt richteten die Soldaten ... eine Betreuungssammelstelle ein, die dann vom Zivilschutz entsprechend möbliert und betrieben wurde, und im Untergeschoß einer Versicherungsanstalt in der Enge stellte die Betriebsschutzorganisation die Räume der Armee für eine Sanitätshilfsstelle zur Verfügung ... (Neue Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Selbstlöschender Papierkorb

Täglich werden Zigaretten, Streichhölzer oder sogar der Inhalt des Aschenbeckers unachtsam in den Papierkorb geworfen. Häufig muß es erst zu einem spektakulären Ereignis kommen, bevor Konsequenzen gezogen werden. Denn schon durch einen noch glühenden Zigarettenstummel oder ein glimmendes Streichholz kann ganz erheblicher Schaden entstehen.



Dieser Gefahr soll die Konstruktion eines Papierkorbes vorbeugen, in welchem eine entstehende Flamme selbsttätig erlöscht. Das Prinzip besteht darin, daß bei einer Verbrennung aufsteigenden Gase durch den besonders gestalteten Rand der Einwurföffnung umgeleitet werden und unterhalb der Öffnung ein festgepreßtes Gaspolster bilden. Dadurch ist die Sauerstoffzufuhr unterbrochen und das Feuer erstickt. Der Sicherheit-Papierkorb wird in verschiedenen Größen und Materialien sowohl für den Innenbereich als auch für Außenanlagen angeboten.

Foto: Düperthal GmbH

Neue Mehrzweckleiter mit 16 Metern Arbeitshöhe

Vielseitige Einsatzmöglichkeiten bietet die kleinste Drehleiter DLK 16-4SE. Neben der Verwendung als Rettungsgerät eignet sich diese Neuentwicklung z. B. als Arbeitsbühne oder Kran, aber auch zur Beleuchtung von Einsatzstellen. Die kleine



und wendige Mehrzweckleiter mit Sofortanstieg hat 16 m Arbeitshöhe bei 4 m Ausladung. Für das Fahren ist lediglich Führerschein Klasse III notwendig.

Der Betreiber kann unter verschiedenen 4,5-t-Fahrgestellen wählen, die bestimmte Forderungen zum Leitaraufbau erfüllen. Von zwei Hecksteuerständen aus wird die Senkrechtabstützung mit 2,6 m Stützbreite bedient.

Der Leitersatz besteht aus drei Leiterteilen mit insgesamt 18 m Länge, die von zwei hydraulischen Ausschubzylindern und einer sechsfachen Zwangsseilführung aus- und eingezogen werden. Aufrechten läßt sich der Leitersatz bis zu 75° und absenken bis -11° (für Unterflureinsätze). An der Spitze der Unterleiter befindet sich eine Hebeeinrichtung für 1 100 kg.

Der stehende, zwangsgesteuerte Rettungs- und Arbeitskorb hat 180 kg Tragfähigkeit. Eine Parallelsteuerung hält den Korb immer senkrecht.

Auf Wunsch lassen sich zur großräumigen Ausleuchtung einer Einsatzstelle zwei 1 000-W-Flutlichtstrahler am Korb montieren, die ein separater Generator mit Strom versorgt. Zur Bergung nicht gefährdeter Personen wird eine Krankentrage-Lagerung auf den Korb aufgesetzt. Eine weitere Möglichkeit ist der Einsatz der Drehleiter als Wasserturm, bei dem ein Wendestrahrohr mit maximal 1 000 l/min Wurfmenge ebenfalls am Korb befestigt wird.

Foto: Krupp

Gehörschutz-Kapsel mit Kühlflüssigkeit

Eine neuentwickelte Gehörschutzkapsel mit einer Kombination von Flüssigkeit und Schaumstoff im Dichtungskissen

schützt den Träger nicht nur vor Schalleinwirkung, sondern auch vor Wärme.

Die besondere Flüssigkeit leitet die Wärme rund um das Ohr schneller und besser als herkömmliche Dämm-Materialien. Beim Einsatz an warmen Arbeitsplätzen wird so das Mikroklima in den Gehörschutz-Kapseln entscheidend verbessert. Durch seine besondere Struktur schließt das Kissen immer dicht ab. Durch diese Ausgleichsfähigkeit garantiert es auch höchste Dämmwirkung gegen Schall.

Die zweite Komponente, der Schaumstoff, hat die Aufgabe, den Flüssigkeitsdruck zu absorbieren und damit als komfortabler Puffer zu wirken. Das Dichtungskissen bleibt so immer elastisch und ist bequem zu tragen. Die Schaumstoff-Kammer ermöglicht darüber hinaus auch das geringe Gewicht von rund 208 Gramm.

Bilsom

Explosionswarngerät für alle Einsatzgebiete

Das Meßprinzip aller Explosimeter beruht auf der katalytischen Verbrennung der brennbaren Gase und Dämpfe an sogenannten Pellistoren. Dieses Meßprinzip hat sich weltweit bewährt und ermöglicht unkomplizierte Meßköpfe.



Das vorgestellte Meßgerät bietet die schnelle Meßwertanzeige mit optischem und akustischem Signal. Dieses mobile Explosimeter verfügt über zwei unabhängige Meßverstärker und kann damit auf zwei verschiedene Gase oder zwei Meßbereiche für dasselbe Gas kalibriert werden. Je nach Ausführung bietet das Gerät bis zu 40 Stunden netzunabhängige Betriebsdauer. Es ist auch mit digitaler Flüssigkristallanzeige lieferbar.

Foto: Compur

Neue Bücher

Katastrophenmedizin

Herausgegeben von E. Ungeheuer

Deutscher Ärzte-Verlag GmbH,
5000 Köln 40

„Katastrophenmedizin ist kein Schlagwort, sondern – wie die Ereignisse des Jahres 1985 in Indien, Mexiko und Kolumbien gezeigt haben – bittere Realität und somit einer Herausforderung für Ärzte und Rettungsdienste.

Auch hierzulande ist bei Katastrophen im Industrie-, Verkehrs- und Sportbereich (Brüssel) der Massenansturm Schwerverletzter auch denkbar, ganz zu schweigen von Terrorakten oder sonstigen Auseinandersetzungen. Für diese Eventualfälle muß man gerüstet sein und „trainieren“.

So heißt es im Begleittext zum jüngst erschienenen Buch „Katastrophenmedizin“, herausgegeben von E. Ungeheuer. Über die Probleme des Massenansturms Kranker und Verletzter berichten Fachautoren aus der Bundesrepublik Deutschland, aber auch aus der Schweiz. Da geht es um „Richtlinien für den Behandlungszwang auf dem Schadenplatz“, um „Die Aufrechterhaltung von Atmung und Kreislauf auf dem Transport beim Massenansturm“ oder um „Die Bedeutung des Rettungssanitäters am Katastrophenort“.

Das Buch, das auszugsweise auf dem 3. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin vorgetragen wurde, soll dazu beitragen, ein „offensichtlich vorhandenes Wissensdefizit der meisten Ärzte auf dem Gebiet der Katastrophenmedizin zu verringern, in dem es die wissenschaftlichen Aspekte eines Teiles dieses weiten Feldes darstellt“ – so schreibt der Herausgeber im Vorwort. Und weiter heißt es: „Der Herausgeber wünscht, daß das vorliegende Werk mit dazu beitragen möge, die fundamentale humanitäre Aufgabe zu erfüllen, den in körperliche und seelische Not geratenen Katastrophenopfern zu helfen. Es soll allen Ärzten Kenntnisse in der Katastrophenmedizin vermitteln und Anstöße zum aktiven Engagement geben.“

Africa Convoy

Von J. Kobusch
EFB-Verlag, 6450 Hanau

Eine Idee wurde Wirklichkeit: Elf umgebaute und wüstenpistengebrauchsfähige Lastwagen starteten in Richtung Khartum, Sudan. Die Trucks kamen auch an, nach ungeheuren Schwierigkeiten mit Behörden, nach uneingehaltenen Versprechungen, nach tagelangem, verzweifeltem Verschollensein und dem eisernen Willen der zwei Dutzend Männer und Frauen.

Wie der Africa Convoy ans Ziel kam, schildert das Buch, ungeschminkt und authentisch. Zugegeben – es kam zu Pannen, sogar zu der emotionalen Vorstellung, die Fahrzeuge des Convoys lieber in Flammen aufgehen zu lassen, als sich dümmliche Funktionärsprüche gefallen zu lassen. Zum Schluß wurden sämtliche Nutzfahrzeuge dankbar übernommen. Ein kleiner Beitrag, den Hunger und die Not in der Zone grauenhafter Vegetationslosigkeit zu mildern.

Reden und gewinnen

Von Helmut Krusche
Ariston Verlag AG, CH-1207 Genf 6

Das Buch vermittelt dem Leser nicht nur das Standardwissen eines guten Redners; er hilft ihm auch, die notwendigen Fähigkeiten für ein angstfreies, sicheres und überzeugendes Reden zu entwickeln. Der Verfasser zeigt, wie dieses Ziel durch richtiges Denken und konsequenten Einsatz geistiger Techniken und Methoden erreicht werden kann.

Der Leser erfährt alles, was ein Redner wissen und beachten muß, was zu seiner Sicherheit beiträgt, wie er durch Aussehen, Auftreten und Körpersprache wirken und dank richtiger Atmung seine Sprechtechnik verbessern kann. Er lernt auch, sich im Alphazustand durch mentales Verhaltenstraining auf den Rederfolg zu programmieren.

J. Henry Dunant

Eine Biographie in Dokumenten und Bildern
Von Willy Heudtlass
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Am 30. Oktober 1985 war der 75. Todestag des Gründers des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention, Henry Dunant. Die Biographie geht den Höhen und Tiefen des großen Schweizers nach, der der erste Träger des Friedens-Nobel-

Preises 1901 war. Angefangen von den ersten Lebensjahren im Haus in der Rue Verdaine am Südufer des Genfer Sees bis zum entscheidenden Erlebnis, das Henry Dunant prägen sollte in seinen späteren Werken: die Schlacht von Solferino.

Das Schicksal Dunants zeigt, daß Widerstände aller Art überwindbar sind. Dunant hat mit seiner Urheberschaft für die Gründung des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention der Humanität und dem Frieden gedient.

Auf 268 Seiten mit zahlreichen Abbildungen zeichnet Willy Heudtlass unter Mitarbeit von Walter Gruber das Leben und Werk von Henry Dunant nach.

Feuerwehr in Aktion

Von Werner Kuhn
Verlag pro juventute, CH-8008 Zürich

Das neue Jugendsachbuch vermittelt sachkundig und spannend das Wissen, das „Feuerwehrrfans“ und andere interessierte Laien von dieser Institution haben möchten. 400 farbige Fotos und 350 ebenfalls farbige Illustrationen veranschaulichen den klaren, aufschlußreichen Text.

Es wird zudem ein vertiefter Einblick in das Feuerwehrwesen geboten, der das Verständnis für organisatorische und technische Zusammenhänge dieser weitverzweigten und gut funktionierenden Einrichtung fördert und ermöglicht. Aber nicht nur der Brandbekämpfung, sondern auch der Brandverhütung wird das notwendige Gewicht beigemessen.

Richtlinien zur kardiopulmonalen Wiederbelebung

Herausgegeben von der American Heart Association
perimed Fachbuch Verlagsgesellschaft mbH, 8520 Erlangen

Der Inhalt des Buches gliedert sich in die Themenbereiche Wiederbelebung der Atmung, Durchführung der externen Herzmassage, Fehler bei der Durchführung kardiopulmonaler Reanimation und Spezielle Wiederbelebungssituationen. Es werden Hilfsmittel zur Freihaltung der Atemwege aufgezeigt und die Behandlung kardialer Notfälle dargestellt.

Mit den Themen EKG Monitoring, Akuter Myokardinfarkt und Medikamente im Rahmen der erweiterten Sofortmaßnahmen schließt das für den medizinischen Fachmann lehrreiche Buch ab.

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Allgemeines

Der Kats-Einheit „Löschzug Löschen und Retten“ (LZ-R) ist ein RW 1 zugeordnet.

Personelle Besetzung

- 1 Truppführer
- 1 Feuerwehrmann
- 1 Kraftfahrer 3/Maschinist

Aufgabenbereich

Im Rahmen seiner einsatztaktischen Möglichkeiten wird der RW 1 für den nachstehenden Aufgabenbereich des LZ-R eingesetzt.

Aufgaben des LZR im einzelnen

Der LZ-R nimmt an Schadenstellen Aufgaben wahr, die die Rettung von **Menschen** und Tieren zum Ziele haben; er schützt und/oder birgt Sachwerte. Er bekämpft Brände, die Menschen, Tiere und Sachwerte unmittelbar oder mittelbar gefährden.

Er leistet **Technische Hilfe** im Rahmen von Sofortmaßnahmen an Schadenstellen und kann die Löschwasserversorgung auch anderer Brandschutzeinheiten übernehmen.

Allgemeine Anforderungen

Fahrgestell und Aufbau des RW 1 entsprechen den Anforderungen nach DIN 14 555 Teil 1 und 2. Die vom Bund beschaffte 3. Bauserie entspricht bereits dem Gelbdruck/Entwurf vom August 85. Die Serien 1 und 2 werden entsprechend modifiziert. Der RW 1 ist geeignet zur Aufnahme eines Trupps 1/2 und einer feuerwehrtechnischen Beladung nach DIN 14 555/2. Er ist ausgestattet mit einer hydr. Trommelseilwinde mit 50 KN Zug nach vorne. Verlastet ist ein tragbarer, auf einem Schiebegerüst herausziehbarer, 5-kVA-Stromerzeuger.

Feuerwehrtechnische Beladung

Die Beladung entspricht im wesentlichen der DIN 14 555/2. Es sind verlastet

- Schutzkleidung und Schutzgerät
- Löschgerät
- Rettungsgerät
- Sanitätsgerät
- Beleuchtungs- und Signalgerät
- Arbeitsgerät

Angaben zum Fahrgestell

Als Fahrgestelle sind bisher beschafft worden:

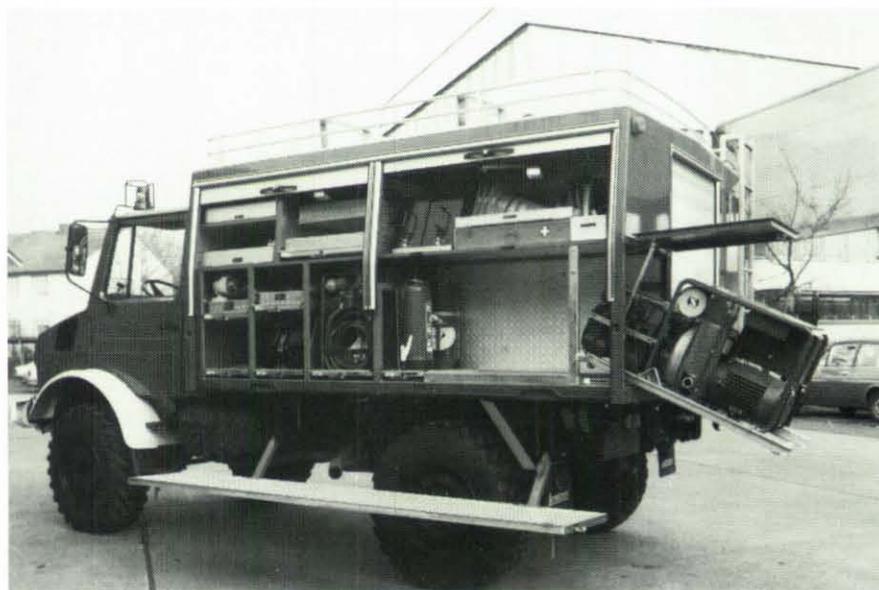
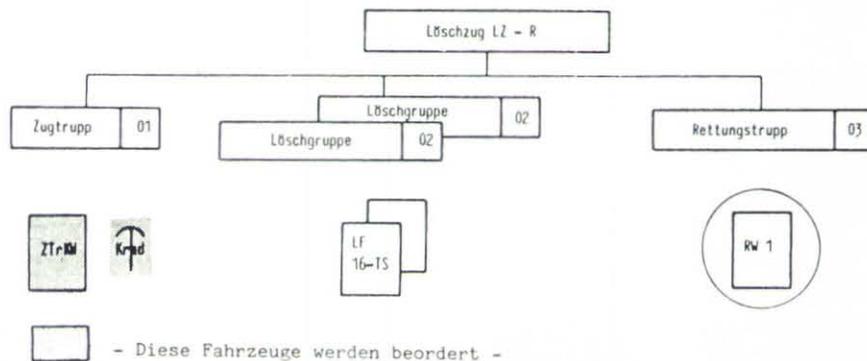
- Typ M 130 M 7 FAL, zul. Ges.-Gew. 7 490 kg, Diesel KW 96, 6 086 cm³ Hubraum, Allradantrieb, Abmessungen: Länge 5 650, Breite 2 440, Höhe 3 050 mm, Bereifung: 12.5 R 20/12 PR
- Typ Unimog U 1 300 L, zul. Ges.-Gew. 7 490 kg, Diesel KW 96, 5 636 cm³ Hubraum, Allradantrieb, Abmessungen: Länge 5 800, Breite 2 430, Höhe 3 170 mm

Die Fahrzeuge sind mit je zwei Rundumkennleuchten ausgestattet. Zur Ausstattung gehören ein Satz Bordausstattung über 2,5 t zul. Ges.-Gew. und ein Satz Kfz-Werkzeug und Zubehör.

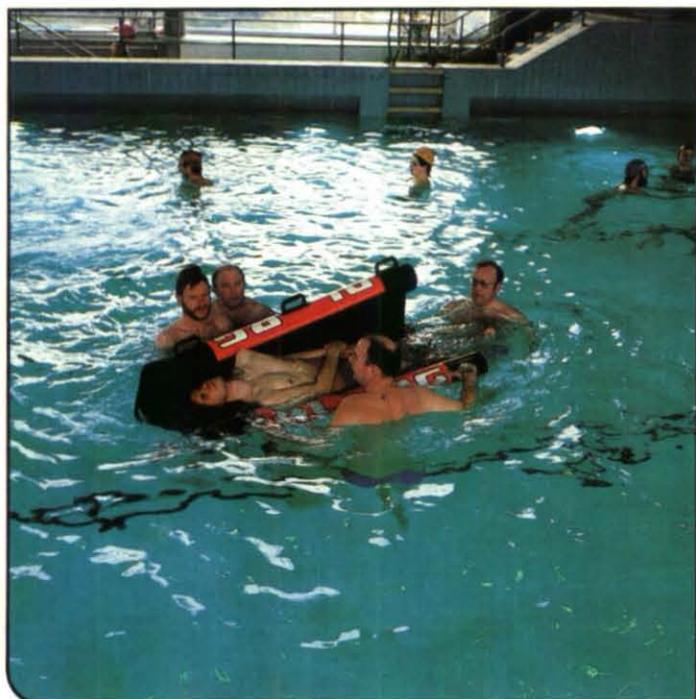
Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

Der Rüstwagen 1 (RW 1)



DLRG-Wachleiter an der deutschen Nord- und Ostseeküste



Wenn die Badesaison beginnt, reisen wieder tausende sonnenhungriger Menschen an die Küsten von Nord- und Ostsee. Um die Sicherheit der zahlreichen Badegäste ist seit Jahren die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) bemüht. Wachleiter, Wachgänger und Bootsführer der DLRG leisten täglich ehrenamtliche Arbeit an den Wachstationen der deutschen Nord- und Ostseeküste.

Um auf ihre Tätigkeit und ihre Einsätze bestens vorbereitet zu sein, werden sie von der DLRG in entsprechenden Lehrgängen geschult. Der Wachleiter der DLRG, in seiner Funktion verantwortlich für den Rettungswachdienst in seinem Stationsbereich, wird in einem speziellen Wachleiter-Seminar auf seine Tätigkeit vorbereitet: Vom Umgang mit den verschiedenen Rettungshilfen über die Wetterkunde, Schockbehandlung, Wiederbelebung bis zur Menschenführung gestaltet sich der Inhalt des Seminars. (Dazu auch Bericht im Innenteil dieser Ausgabe.)